

Solidarität Demokratie Zukunft

DGB

GEGENBLENDE

Das gewerkschaftliche Debattenmagazin · www.gegenblende.de

Ausgabe 26 März/April 2014

Eine humane und gerechte Arbeitswelt braucht neue Regeln!

Impressum

Deutscher Gewerkschaftsbund
Debattenmagazin GEGENBLENDE,
Redaktion: Dr. Kai Lindemann/Redaktionsassistentin: Martina Hesse
Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin
Telefon +49 (0) 30 24 060 757, E-Mail kai.lindemann@dgb.de

Hinweis: Die GEGENBLENDE-pdf-Version enthält keine ausführlichen Autorenprofile,
Bilder und Kommentare. Diese sind auf der Homepage www.gegenblende.de einsehbar.

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Editorial	4
Missbrauch von Werkverträgen und Lohnsklaverei im Fadenkreuz der Gewerkschaften	5
von Goswin Brehe	
Die verunsicherte Mitte	12
von Prof. Dr. Cornelia Koppetsch	
Der große Krieg (Buchrezension)	17
von Dr. Siegfried Sunnus	
Kurskorrekturen in der Arbeitsförderung – Qualifizierungsoffensive einleiten.....	20
von Peer Rosenthal	
China vor dem Burnout	25
von Tomasz Konicz	
Die gespaltene Opposition (Kolumne)	31
von Albrecht von Lucke	
Der Kompromiss als integrative Kraft	35
von Prof. Dr. Gerhard Wegner	
Die Dopinggesellschaft	40
von Dr. Erich Vogt	
Crowdsourcing	47
von Julia Neugebauer und Dr. Thomas Klebe	
Raus aus der Retro-Falle der Ungerechtigkeit.....	54
von Christiane Benner	

Burnout – Das gesellschaftliche Leid der Erschöpfung.....	58
von Prof. Dr. Sighard Neckel	
Werkverträge in Forschung und Entwicklung.....	62
von Dr. Sandra Siebenhüter, Dr. Andreas Renz	
Das große Versagen: Wie sich die Wirtschaftswissenschaft ändern muss.....	68
von Prof. Dr. Gustav Horn	
20 Jahre Pflegeversicherung – Kein Grund sich auszuruhen	76
von Marco Frank	
Leistung – Das Endstadium der Ideologie.....	80
von Dr. Lars Distelhorst	
Internationalismus oder „deutsche Arbeit“	85
von Ulrich Breitbach	
Der Massenmörder und seine Parallelwelt (Buchrezension)	90
von Joachim Kasten	
Sieben Wege zu einer Korrektur der Vermögensverteilung in Deutschland.....	95
von Prof. Dr. Brigitte Unger	
Warum Arbeitsgestaltung wichtig ist und worum es dabei geht.....	102
von Dr. Martin Kuhlmann	
Von Lateinamerika lernen?	111
von Prof. Dr. Hans-Jürgen Burchardt, Nico Weinmann	
Die große Transformation: Wie wollen wir leben?	117
von Dr. Inge Paulini	

Editorial

Die Arbeitswelt ist zunehmend durch neue Formen der Beschäftigung, wie Werkverträge und Crowdfunding, negativ beeinflusst. Leistungsdruck und psychische Belastungen tun ihr Übriges. Die GEGENBLENDE 26 setzt sich mit diesen Herausforderungen in den Schwerpunktbeiträgen auseinander. Artikel über China und Lateinamerika machen in der Ausgabe die internationale Perspektive auf. Aber auch die skandalöse Vermögensverteilung, das Gedenken an den 1. Weltkrieg, die Lohnungerechtigkeit zwischen Männern und Frauen und die Rolle der Wirtschaftswissenschaften in der Krise sind neben weiteren spannenden Beiträgen Inhalt der Ausgabe.

Viel Spaß bei der Lektüre der pdf-Ausgabe wünscht

Kai Lindemann

Missbrauch von Werkverträgen und Lohnsklaverei im Fadenkreuz der Gewerkschaften

von Goswin Brehe

Im Jahr 1985 berichtete Günter Wallraff in seinem Buch „Ganz unten“ in Bezug auf die damalige Arbeitswelt von „ins Absurde gesteigerter Entmenschlichung“ und einem „Rückfall in frühkapitalistische Systeme“. Er hatte zwei Jahre lang als Gastarbeiter Ali Levent alle möglichen Beschäftigungen in Deutschland ausgeübt. Das ist nun 30 Jahre her und scheinbar ist der „Rückfall“ weiter vorangeschritten, wie die folgenden Erfahrungen aus der Ermittlungsarbeit vermuten lassen.

Der Ort Emsdetten mit seinen 35.000 Einwohnern liegt im beschaulichen Münsterland. Hier scheint die Welt noch in Ordnung. 2007 lag das Durchschnittseinkommen je Steuerpflichtigem bei 37 696 Euro jährlich und 18 Einkommensmillionäre leben in der Stadt. Bei einer Arbeitslosenquote von 4 bis 5 Prozent, einem gut organisiertem Vereinsleben und dem einen oder anderen kulturellen Highlight sollte es sich in der Stadt gut leben lassen - solange man nicht am Stadtrand in den Wohnsilos wohnen muss. Hier sind nämlich die Arbeiterinnen und Arbeiter untergebracht, die bei einem Emsdettener Zerlegebetrieb in der Fleischverarbeitung tätig sind. Vor den völlig verwahrlosten Häusern, die irgendwie an DDR-Platte erinnern, parken Fahrzeuge aus verschiedenen osteuropäischen Ländern.

Im Juli 2013 müssen die Emsdettener in ihrer „Volkszeitung“ folgende Schlagzeilen lesen:

„Werkvertragsarbeit - Billige Arbeit und teure Miete. Lohndumping mit Zeitarbeits- und Werkvertragsmodellen. Arbeiter aus Osteuropa, die Stundenlöhne von zum Teil unter 5 Euro erhalten. Die unter unglaublichen Bedingungen untergebracht sind und dafür auch noch überteuerte Mieten bezahlen sollen.“

Nachdem die kommunalen Behörden der Öffentlichkeit weitgehend ihre Machtlosigkeit in der Frage der Beschäftigungs- und Wohnbedingungen eingestehen und die Verantwortung bei dem Zerlegebetrieb sehen, kommt es im September 2013 zu einer „Großrazzia gegen Schwarzarbeit“. Auch hierüber berichtet die Emsdettener Volkszeitung:

„60 Zoll- und Steuerfahnder haben am Mittwoch die Räume des Fleischproduzenten *Fine Food* auf der Hollefeldstraße durchsucht. Sie ermitteln gegen 22 Beschuldigte

wegen des Verdachts auf Schwarzarbeit. (...) Eine Mitarbeiterin des Betriebs sagt gegenüber unserer Zeitung, dass sie lediglich 3,50 Euro pro Stunde verdienen würde. Lohndumping und unmenschliche Unterbringung vieler Mitarbeiter sind bereits vor einigen Wochen angeprangert worden. Arbeiten also Osteuropäer, die unter anderem von Leiharbeitsfirmen vermittelt wurden, illegal zu Hungerlöhnen in dem Zerlegebetrieb? Dies herauszufinden ist in den kommenden Wochen die Arbeit der Ermittler.“

Die erste Stellungnahme eines Unternehmenssprechers veröffentlicht die Lokalzeitung ebenfalls:

„Die Zerlegung gehört zu den qualifizierten Tätigkeiten unserer Branche, sodass nur entsprechend qualifizierte Arbeitnehmer eingesetzt werden können. Erfahrungsgemäß können für solche Tätigkeiten Mitarbeiter nicht gewonnen werden, wenn ihnen keine angemessene Vergütung gezahlt wird. Nähere Einzelheiten hierzu können wir Ihnen nicht mitteilen, weil wir über die bei anderen Unternehmen gezahlten Vergütungen natürlich keine genaue Kenntnis haben.“

Am 20.12.2013 ist der Skandal dann perfekt. Wieder aus der Emsdettener Volkszeitung:

„Schwarzarbeit bei Fine Food - Zoll nimmt Fleisch-Unternehmer fest. Sozialversicherungsbetrug in Millionenhöhe: Das Hauptzollamt Münster hat einen Fleisch-Unternehmer und einen seiner Vorarbeiter verhaftet. Sie haben im Emsdettener Betrieb *Fine Food* die Fleischzerlegung organisiert.“

Auch der Unternehmenssprecher kommt erneut zu Wort:

„Wir prüfen die Situation mit Hochdruck, um zu gewährleisten, dass wir nur mit Vertragspartnern arbeiten, die sich gesetzeskonform verhalten.“

Der „Fall Emsdetten“ ist nicht einzigartig, er kommt in Deutschland häufiger und in noch extremerer Ausprägung vor. Emsdetten ist nur ein Beispiel dafür, wo die organisierte Schwarzarbeit mit den Komponenten „Missbrauch von Werkverträgen“ und „Lohnsklaverei“ schon angekommen ist.

Missbrauch von Werkverträgen

Viele Fälle der organisierten Schwarzarbeit beruhen auf einem gemeinsamen Tatbestand: dem Missbrauch von Werkverträgen, häufig mit illegalen Vertragsgestaltungen. Dabei ist der Werkvertrag nach § 631 BGB eine zivilrechtliche Vertragsart, die aus dem Wirtschaftsleben nicht weg zu denken ist. Aus dem

Werkvertrag ergibt sich die Verpflichtung zur Herstellung eines versprochenen Werkes gegen Entrichtung einer vereinbarten Vergütung, wobei der Werkvertragsnehmer einen herbeizuführenden Erfolg schuldet. Stellt der Werkvertragsnehmer seinem Auftraggeber nur Personal gegen einen Stundenverrechnungspreis zur Verfügung und übergibt das Weisungsrecht gegenüber den Werkvertragsarbeitnehmern an den Auftraggeber, liegt nicht ein gültiger Werkvertrag sondern eine Arbeitnehmerüberlassung vor.

Der Verleih von Arbeitnehmern ist in Deutschland erlaubnispflichtig und durch das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) reguliert. Die Erteilung einer Erlaubnis zur Arbeitnehmerüberlassung ist an Bedingungen geknüpft und Leiharbeiter haben Anspruch auf Einhaltung einer Lohnuntergrenze bzw. „Equal Pay“. Außerdem ist jeder „Verleih eines Arbeitnehmers“ mit Dokumentationspflichten sowohl beim Verleiher als auch beim Entleiher verbunden. Diese Vorschriften sollen verhindern, dass die Leiharbeiter schlechter gestellt sind als ihre festangestellten Kollegen.

Da das AÜG im Bereich der Werkverträge nicht greift, weichen die Protagonisten der organisierten Schwarzarbeit auf unechte Werkverträge aus. Hierbei wird ein in der Schriftform nicht zu beanstandender Werkvertrag geschlossen und die erbrachte Leistung auch als „Gewerk“ und nicht nach geleisteten Stunden abgerechnet. Die tatsächliche Ausführung der Arbeiten weicht dann aber extrem von der Schriftform ab. Der illegale Verleiher verfügt über fast keine Betriebsmittel, agiert regelmäßig „aus dem Wohnzimmer“ heraus. Die vorgeblichen Werkvertragsarbeitnehmer werden in die Betriebsabläufe und die Weisungsstruktur des Beschäftigungsbetriebes integriert. Die beteiligten Unternehmer rechnen die erbrachten Leistungen nach Stunden ab, wobei für die Rechnungslegung in der „weißen Buchführung“ Arbeitsstunden in Leistungsmengen (z. B. zerlegte Tiere) abgerechnet werden.

Spätestens mit der EU-Osterweiterung ab dem Jahr 2004 und der damit zeitweise einhergehenden Beschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit konnten Arbeiternehmer aus den Beitrittsländern nur als Werkvertragsarbeitnehmer oder Scheinselbständige hier tätig werden. Der Zugang zum regulären deutschen Arbeitsmarkt war ihnen weiter verschlossen. Im Ausland gegründete Briefkastenfirmen haben dann unechte Werkverträge mit inländischen Unternehmen abgeschlossen und auf diese Weise sowohl Beschränkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit als auch die Erlaubnispflicht in der Arbeitnehmerüberlassung umgangen.

Mit dieser Strategie lässt sich natürlich auch die deutsche Sozialversicherung umgehen. Die Arbeitsverhältnisse der „faktisch verliehenen“ Werkvertragsarbeitnehmer mit der ausländischen Briefkastenfirma werden formell nach dem Recht ihrer jeweiligen Heimat geschlossen. Es gilt dann das Sozialversicherungsrecht des Heimatlandes (Stichwort: Entsendung). Diesem Aspekt

kommt bei den besonders üblen Fällen von Lohnsklaverei eine nicht unbedeutende Rolle zu.

Lebens- und Arbeitsbedingungen

Es bleibt allerdings nicht bei dem oben beschriebenen Missbrauch von Werkverträgen. Die eingesetzten Arbeitnehmer sind in der Regel dem Wohlwollen ihrer „Chefs“ voll und ganz ausgeliefert. Stellen diese „Chefs“ ihren persönlichen wirtschaftlichen Vorteil über das Wohlergehen der Arbeitnehmer, kommt es zu Lohnsklaverei in unterschiedlichen Ausprägungen.

Grundlage für die planmäßige Ausbeutung ist zunächst mal die Schaffung einer breit gefächerten Subunternehmerpyramide, wobei die Spitze der Pyramide durch den Hauptauftraggeber (z. B. Eigentümer eines Fleischzerlegebetriebes) besetzt wird. In der ersten Ebene unter dem Hauptauftraggeber finden sich dann 1 bis 3 durchaus namhafte und gut situierte Unternehmen. Jeder Unternehmer der ersten Sub-Ebene beauftragt wiederum 3 bis 5 Subunternehmer, die dann ihrerseits die zweite Sub-Ebene bilden. Schon bei mittelständischen Unternehmen mit einem Arbeitskräftebedarf von einigen hundert Arbeitern kann die Subunternehmerpyramide bis zu 5 Ebenen und 30 bis 50 Subunternehmer unterschiedlichster Güte aufweisen.

Wozu dient dieser Aufwand? Ganz allgemein werden durch diese Subunternehmerpyramide die Verantwortlichkeiten verwischt. Die Betriebssitze der Subs befinden sich an verschiedenen Orten im In- und Ausland. Das stellt die staatlichen Prüf- und Ermittlungsbehörden sehr häufig vor banale Zuständigkeitsprobleme. Den Nachweis zu führen, dass die Spitze der Pyramide verantwortlich ist für Straftaten, die unter den Namen der Subs in der 3. bis 5. Ebene begangen wurden, ist sehr schwierig.

Die Lebens- und Einkommensverhältnisse in den osteuropäischen Beitrittsländern sind schlecht. Viele Osteuropäer arbeiten lieber in Deutschland für 3 bis 5 Euro pro Stunde als in der Heimat (meist ohne staatliche Stütze) arbeitslos zu sein. Natürlich wird die etwaige Mindestlohnunterschreitung in der Buchführung des/der Arbeitgeber/s nicht dargestellt. Der simpelste aber sehr effektive Trick besteht darin, einfach nicht alle Stunden zu bezahlen, die gearbeitet wurden. Wenn von 200 gearbeiteten Stunden nur 100 Stunden bezahlt werden, reduziert sich ein ggf. vereinbarter Stundenlohn von 8,50 Euro auf 4,25 Euro. Natürlich erfasst der Hauptauftraggeber in der Subunternehmerpyramide nur die Arbeitszeit seiner eigenen Arbeitnehmer. Eine oft gehörte Standardausrede bei der Ermittlungsarbeit lautet: *„Für die Arbeiter der Subs bin ich nicht zuständig!“*

Sofern die Werkvertragsarbeitnehmer aus dem Ausland nach Deutschland entsandt werden, erfolgt die Sozialversicherung in der Heimat. Wenn dabei die Entsendung über eine Briefkastenfirma im Ausland erfolgt, ergeben sich weitere „Einsparpotentiale“ für die Täter der organisierten Schwarzarbeit. Wie soll z. B. die bulgarische Sozialversicherung die tatsächlich in Deutschland eingesetzte Anzahl von Werkvertragsarbeitnehmern und deren korrekte Lohnhöhe in Erfahrung bringen? Aber auch Korruption und Urkundenfälschungen sind beliebte Methoden zur Erlangung der Entsendebescheinigungen, als Bestätigung der Sozialversicherung im Ausland.

Ein weiteres Feld zur Ausbeutung ist die Unterkunft. Es ist gang und gäbe, dass auch mit der Unterbringung dieser Menschen ein Geschäft gemacht wird. Mehrbettzimmer mit 3 bis 6 erwachsenen Menschen sind die Regel. Dabei nutzen dann schon mal 6 bis 12 Arbeitnehmer eine Wohnung. Der Mietzins für jede einzelne „Schlafstelle“ liegt nicht selten bei 200 Euro monatlich. Die Profiteure dieser Machenschaften verbergen sich traditionell hinter undurchsichtigen Firmengeflechten. Das Gesamtkonzept dieser Lohnsklaverei in Deutschland wird abgerundet durch ein System des „Kleinhaltens“ der Betroffenen. Hier schrecken die „Vorarbeiter“ auch nicht vor der Anwendung von Gewalt zurück.

Die Arbeitsstunde eines Facharbeiters kann in Deutschland unter legalen Bedingungen einen Stundenverrechnungspreis von 25 bis 45 Euro erreichen. Wenn diese Arbeitsstunde illegal und ohne wesentliche „Nebenkosten“ für 3 bis 5 Euro eingekauft werden kann, ergeben sich exzellente Verdienstmöglichkeiten. Die Gewinnmargen sind nicht schlechter als diejenigen, die mit Waffen-, Drogenhandel oder Zwangsprostitution erzielt werden können.

Deshalb treten immer mehr „alte Bekannte“ aus dem Bereich der organisierten Kriminalität, Rockerbanden und andere mafiöse Strukturen, in die organisierte Schwarzarbeit ein. Da diese Täter vor Straftaten wie Lohnwucher, Bestechung, Urkundenfälschung, Nötigung und Körperverletzung keineswegs zurückschrecken, sind sie auch in der Lohnsklaverei wirtschaftlich sehr erfolgreich. Nebenbei bemerkt: In den oben beschriebenen Subunternehmerpyramiden lässt durch das Verwenden von nicht leistungshinterlegten Rechnungen aus der untersten Sub-Ebene Bargeld für die Bezahlung von Schwarzarbeitern in nahezu beliebiger Höhe generieren.

Folgen für die gewerkschaftliche Arbeit

Den Betroffenen wird der Zugang zu den Gewerkschaften weitgehend verwehrt. Damit wird durch die formell korrekten, aber in Bezug auf das Werk unechten Werkverträge und die „Begleitumstände der Lohnsklaverei“ die Tarifautonomie unterlaufen. Die Betriebsräte der betroffenen Unternehmen (soweit sie überhaupt vorhanden sind) stehen ziemlich machtlos vor diesem Ausbeutungssystem. Allein

schon der Versuch das Geflecht von Werkverträgen, Leiharbeit und Subunternehmen zu durchblicken, kann zu einer unüberwindbaren Hürde werden.

Organisierte Schwarzarbeit ist hoch kriminell. Es werden dabei nicht „nur“ einige wenige Wanderarbeitnehmer über den Tisch gezogen. Die fiskalischen Schäden sind immens. Zusätzlich wird die Tarifautonomie unterlaufen. Und Unternehmer, die keine illegalen Geschäfte machen wollen, werden verunsichert und schlimmstenfalls in die Illegalität getrieben.

Seit Beginn der 90er Jahre engagiert sich die Zollverwaltung in der Schwarzarbeitsbekämpfung. Ab dem 01.01.2004 wurden mit der Gründung der Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) die in der Schwarzarbeitsbekämpfung tätigen Kräfte der Arbeits- und Zollverwaltung unter dem Dach der Zollverwaltung fusioniert. Die Kolleginnen und Kollegen der FKS kontrollieren, prüfen, ermitteln und ahnden hoch motiviert und sind dabei von der Sinnhaftigkeit ihrer Tätigkeit im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung überzeugt. Über die Erfolge der FKS wird in den Medien ständig und nicht nur in der Emsdettener Volkszeitung berichtet.

Anders als die Zollfahndung, an deren Spitze das Zollkriminalamt steht, wird die FKS von den Bundesfinanzdirektionen geführt. Diese Sparte der Zollverwaltung sieht sich eher als klassische „Finanzverwaltung“, die für die Erhebung von Steuern und Abgaben zuständig ist. Die Bekämpfung von organisierter Kriminalität wird dort insbesondere in den „Führungsetagen“ als Fremdkörper angesehen. Die Eingliederung der FKS in eine Verwaltungsbehörde führt zu Defiziten bei der Ausstattung und Führung.

So wird die FKS beispielsweise mit geschäftspolitischen Instrumenten einer Verwaltung geführt. In den sogenannten Zielvereinbarungen, die zwischen den Bundesfinanzdirektionen und den Dienststellen vor Ort festgelegt werden, finden sich überwiegend quantitativ ausgerichtete Ziele für die FKS. So wird zum Beispiel die Zahl einzuleitender Ermittlungsverfahren vorgegeben. Die Qualität dieser Verfahren spielt dabei keine Rolle. Ob der FKS - Ermittler einen Leistungsempfänger bei der Schwarzarbeit in der Imbissbude erwischt oder aber einen Intensivtäter der organisierten Schwarzarbeit bis zur U-Haft bringt, ist für den „Grad der Zielerreichung“ ohne Belang. Die umfassende Revision der geschäftspolitischen Vorgaben für die FKS ist deshalb ein gewerkschaftliches Betätigungsfeld.

In § 1 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes (SchwarzArbG) wird ausgeführt: „Zweck des Gesetzes ist die Intensivierung der Bekämpfung der Schwarzarbeit.“ Die Regierungsbegründung zum SchwarzArbG aus dem Jahre 2004 spiegelt das wie folgt wider: „Schwarzarbeit hat in Deutschland ein alarmierendes Niveau erreicht. Sie schädigt gesetzestreue Unternehmer sowie Arbeitnehmer und verursacht enorme Einnahmeausfälle bei den Sozialkassen und dem Fiskus. Schwarzarbeit ist kein

Kavaliersdelikt, sondern handfeste Wirtschaftskriminalität, die dem Gemeinwesen schweren Schaden zufügt.“ Die FKS soll durch erhöhten Kontroll- und Ermittlungsdruck auf die Einhaltung der Vorschriften drängen und Ordnungswidrigkeiten und Straftaten im Bereich der Schwarzarbeit und der illegalen Beschäftigung verhüten bzw. aufdecken und verfolgen.

Der Zoll verfügt in der FKS über sehr motivierte und exzellent ausgebildete Prüf- und Ermittlungsbeamte. Die Ermittlungserfolge im Bereich organisierter Schwarzarbeit mit den Komponenten „Missbrauch von Werkverträgen“ und „Lohnsklaverei“ sind fast immer auf die besondere Einsatzbereitschaft der Kolleginnen und Kollegen zurückzuführen und weniger auf die von den Bundesfinanzdirektionen geprägte Behördenstruktur. Ziel gewerkschaftlicher Arbeit muss es daher sein einerseits den von dieser „Lohnsklaverei“ Betroffenen ggf. auch individuell mit Rat und Tat zur Seite zu stehen und andererseits für die FKS die zur Intensivierung der Bekämpfung der Schwarzarbeit geeigneten Arbeitsbedingungen bei den zuständigen politischen Instanzen einzufordern.

Aber nicht nur die Gewerkschaften und die Politik nehmen sich des Themas an. Ein letzter Auszug aus der Emsdettener Volkszeitung vom 07.01.2014: „In scharfer Form äußerte sich der Vorsitzende des Landes-Caritasrates Oldenburg, Peter Kossen, zu den Werkverträgen für Leiharbeiter in Fleischbetrieben. Beim Neujahrsempfang des Osnabrücker Bischofs Franz-Josef Bode ging er am Wochenende mit diesem „offenkundigen Unrecht“ hart ins Gericht. „An vielen Stellen müssen wir von Ausbeutung und von moderner Sklaverei sprechen“, sagte der katholische Geistliche. Werkverträge dienten zur Lohndrückerei und zum Umgehen minimalster Standards.“

Prälat Peter Kossen hat wohl aus der Schwangerschaftskonfliktberatung Hinweise zu den Beschäftigungsbedingungen von Werkvertragsarbeitnehmerinnen erhalten. Der Geistliche wird in der Zeitung mit den Worten zitiert: „Bulgarische und rumänischen Arbeiterinnen, die ungeplant schwanger werden, verlieren alles: Sie haben keine Rechte, kein Geld, keine Versicherung.“

Im März 1983 begann Günter Wallraff seine Recherchen zu „Ganz unten“ indem er sich als Ausländer, der für wenig Geld auch Schwerst- und Drecksarbeit übernimmt, auf Arbeitssuche begab. Vor dem Hintergrund der Not der schwangeren Wanderarbeitnehmerinnen, die im Jahr 2013 aus wirtschaftlichen Gründen zur Abtreibung gezwungen werden, stellt sich die Frage, was sich in den letzten 30 Jahren verändert hat?

Autor: Goswin Brehe, geboren 1969, Prüf- und Ermittlungsbeamter in der Finanzkontrolle Schwarzarbeit

Die verunsicherte Mitte

von Prof. Dr. Cornelia Koppetsch

Im öffentlichen Diskurs ist seit einigen Jahren von der Gefährdung der Mittelschicht die Rede. Im Vordergrund steht dabei meist ein Opfer-Narrativ: Die Mittelschicht wird von gesellschaftlichen Umwälzungen erfasst und muss Verluste an Sicherheit, Wohlstand und Einflussmöglichkeiten hinnehmen. Dieser Diskurs hat mit der Finanzmarktkrise im September 2008 einen vorläufigen Höhepunkt erreicht. Hier zeigten sich erstmals die Abgründe eines durch Finanzmärkte gesteuerten Kapitalismus. Die zum Fetisch erhobene Vorstellung, Geldkapital könnte sich in Gestalt von Wertpapieren abgelöst von der Realwirtschaft vermehren, erzeugte Blasen und deren Platzen führte zu Dominoeffekten in allen Volkswirtschaften.

Es scheint zunächst sehr einleuchtend, die „Globalisierung“, vor allem die Akteure aus der Finanzwelt, wie z.B. Unternehmensvorstände, Ratingagenturen oder Investmentbanker, für aktuelle Krisenerscheinungen verantwortlich zu machen. Dieser moderne Geldadel eignet sich gut als Projektionsfläche und Gegner in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Doch ist dies nur die halbe Wahrheit. Die Angehörigen der Mittelschicht sind unbeabsichtigt zu zentralen Akteuren einer Gesellschaftsordnung geworden, die sie doch eigentlich kritisieren und als deren Opfer sie sich fühlen. Sie sind zu Mittätern geworden – etwa als Pioniere neuer, „flexibler“ Arbeitsformen, als spekulierende Kleinanleger, als auf Steuersenkungen pochende Wähler, als Teilnehmer im Bildungswettbewerb und vor allem als Träger einer neuen Mentalität der Exklusivität. Interessanterweise ist es nun ausgerechnet das Streben nach Sicherheiten und der Wunsch nach Stabilität, der die Mittelschicht unfreiwillig zur Vollstreckerin problematischer Entwicklungen werden lässt.

Die Mittäterschaft der Mittelschicht soll zunächst an zwei Beispielen, am Beispiel des Bildungswettbewerbs und am Beispiel der Finanzmarktkrise, aufgezeigt werden. Darüber hinaus wird gezeigt, auf welche Weise unterschiedliche Milieus der Mittelschicht zur sozialen Schließung und Ausgrenzung beitragen.

Bumerang-Effekte – Bildungswettlauf und Vermögensvorsorge

Betrachten wir zunächst die Aktivitäten rund um das Bildungsthema. "Die Signalfunktion des Bildungsthemas", wie Heinz Bude es 2010 in einem gleichlautenden Fachartikel nannte, besteht darin, dass Bildung ein Positionsgut ist, ein solches also, welches Vorteile allein aufgrund seiner relativen Exklusivität verschafft. Eltern sorgen sich um den richtigen Platz für ihr Kind im Bildungssystem. Wer das öffentliche Schulsystem in Anspruch nimmt, fragt sich, was zu Hause getan werden muss, um die Schwächen der schulischen Bildung auszugleichen. Häufig

werden die nicht unerheblichen Kosten für Privatschulen, Auslandsaufenthalte oder Exzellenzuniversitäten von den Großeltern übernommen. Darin steckt die Logik des Überbietungswettbewerbs, denn neue, höhere Bildungsabschlüsse stufen automatisch die Qualifikationen der anderen herab. Bildungszertifikate werden durch die Bildungsexpansion entwertet. Damit wächst die Gefahr, dass für die Teilnehmer am Bildungswettbewerb lediglich die individuellen Bildungsausgaben, nicht aber die Erwerbschancen steigen.

Noch deutlicher wird die Mittäterschaft der Mittelschicht im Bereich der Vermögens- und Finanzvorsorge. Viele Mittelschichtsbürger fragen sich, wie das eigene Vermögen oder das Ersparte optimal gesichert werden kann, denn schließlich soll es als Altersvorsorge dienen oder an die Kinder weitervererbt werden. Die jüngsten Eurokrisen um Griechenland, Zypern, Spanien und Portugal erschütterten den Glauben in die Geldwertstabilität zusätzlich. Hektisch werden Eigentumswohnungen und Inflationsanleihen erworben. Die Immobilienpreise explodieren und besonders versierte Anleger ziehen auch Silber, Gold und Platin als Wertaufbewahrungsspeicher in Betracht.

Die gegenwärtig angebrochene Ära des Finanzmarktkapitalismus wird also wesentlich auch durch die Mittelschicht getragen und schlägt auf ebendiese zurück. Finanzmarktkapitalismus bedeutet ja zunächst, dass sich die Finanzierung großer Unternehmen von den Kredite gebenden Banken auf Aktienbeteiligungen durch Fonds (auch Renten- und Immobilienfonds) verlagert hat. Unternehmen, die für ihre Geschäfte und ihre weitere Expansion zusätzliches Kapital benötigen, beschaffen sich dies nicht mehr als Kredit von ihrer Hausbank, sondern durch die Ausschüttung von Aktien. Die Voraussetzung dafür, ist die vermehrte Verfügbarkeit von Kapital durch Wachstum auch der Privatvermögen. Und hier kommt die Mittelschicht ins Spiel: Ohne den beträchtlichen intergenerationellen Aufstieg, wie ihn die Mittelschicht in der Bundesrepublik und in anderen hochentwickelten Industrieländern nach dem Zweiten Weltkrieg erlebte, wäre dieses Wachstum der Vermögen nicht zustande gekommen. Durch den wachsenden Reichtum breiter Bevölkerungsschichten stieg die Nachfrage nach neuen Anlagemöglichkeiten.

Denn wie verhalten sich Personen, die zu Geldreichtum gekommen sind, welche Kalküle verfolgen sie? Rein theoretisch wäre denkbar, dass die Vermögenden mit ihrem Einkommen zufrieden sind, ihre Konsumausgaben erhöhen und Überschüsse spenden. Doch gerade in Deutschland sind die konsumtiven Verhaltensmuster eher nicht verbreitet. Vor allem die Gruppe der sozialen Aufsteiger verspürt nur geringe Neigung, finanzielle Überschüsse zu verausgaben. Gerade sie haben das Muster der aufgeschobenen Belohnung verinnerlicht und sind daher bestrebt, ihr Geld so einzusetzen, dass es ihrem weiteren Aufstieg und der Weitergabe ihres Status in der Generationenfolge dient.

Deshalb übertragen immer mehr Mittelschichtsbürger ihr Geld den Fondsgesellschaften, die bekanntlich höhere Renditen als das klassische Spargbuch bieten, und beteiligen sich so an der Aushöhlung des Wohlfahrtskapitalismus. Das im Überfluss vorhandene Kapital weicht mangels realer Investitionsobjekte auf Anlagen aus, die keine echten Renditen erbringen, sondern in denen das Geld selbst zum Anlageobjekt wird. Falls die Unternehmen die vereinbarten Renditeziele nicht erfüllen, werden sie verkauft oder geschlossen, Arbeitsplätze werden abgebaut oder ins Ausland verlagert. Somit kommt es, wie Christoph Deutschmann dies 2008 in einem Beitrag für die Zeitschrift *Leviathan* 36 ausdrückt, zu einem "kollektiven Buddenbrooks-Effekt". Im Klartext: Das in Aktien investierte Vermögen der Mittelschicht führt zur Prekarisierung von Arbeit und Arbeitnehmern und damit zur Aushöhlung der Mittelschicht selbst. Die Vorteile der einen sind die Nachteile der anderen.

Szenen der sozialen Ausgrenzung

Aber auch in anderen Hinsichten beteiligen sich Mittelschichtsbürger an problematischen Entwicklungen, z.B. bei der Vertiefung sozialer Spaltungen und Klassengegensätze. Betrachten wir das besonders abstiegsgefährdete Milieu der Facharbeiter. Viele festangestellte Facharbeiter sind der Ansicht, dass der gesellschaftliche Wohlstand besser verteilt werden müsse und dass es momentan in der Gesellschaft nur noch ein Oben und ein Unten gibt. Auch glauben etwa die Hälfte der Befragten, dass die heutige Wirtschaftsweise auf Dauer nicht überlebensfähig sei, und sind der Auffassung, dass Gewerkschaften eine „notwendige Gegenmacht gegenüber Kapital- und Finanzmarktinteressen“ darstellen (Dörre et al 2011: 38).

Merkwürdigerweise bleiben aber das eigene Selbstverständnis und vor allem das eigene Handeln von diesen gesellschaftskritischen Ansichten unberührt. Denn in der konkreten Alltagspraxis lässt sich bei den festangestellten Facharbeitern eher ein Trend zur Entsolidarisierung beobachten. Leiharbeiter werden von dem Club der Festangestellten ausgeschlossen, sie werden als Arbeitnehmer zweiter Klasse behandelt. Als Feindbilder sind unter Facharbeitern auch die Arbeitslosen beliebt. Obwohl Hartz IV als klare Bedrohung auch des eigenen sozialen Status wahrgenommen wird, bleibt die eigene Betroffenheit doch eher hypothetisch. Rund 50 Prozent der Befragten stimmten der Aussage zu, „auf Arbeitslose solle größerer Druck ausgeübt“ werden. Hieran zeigt sich, dass trotz starker Gesellschaftskritik eine Wagenburgmentalität vorherrscht, die keine Solidarisierung mit Leiharbeitern oder Arbeitslosen, sondern eine klare Abgrenzung vornimmt.

Weniger offensichtliche, aber ebenso wirksame Formen der Abgrenzung, zeigen sich auch in den großstädtisch-bürgerlichen Milieus der Mittelschicht, die in jeder Hinsicht zu den Gewinnern gesellschaftlicher Entwicklungen gezählt werden können. Seit den 1990er Jahren vollzog die gebildete Mittelschicht einen Gesinnungswandel

weg von alternativen Einstellungen hin zu einer klassischen bürgerlichen Mentalität. Das zeigt sich u.a. an dem Wandel vieler städtischer Quartiere. Oberflächlich betrachtet handelt es sich um ehemals „linke“ Stadtteile, also um Stadtteile, in denen viele Personen leben, die für sich beanspruchen, über die richtige linksliberale Gesinnung, Toleranz gegenüber anderen und Sinn für gesellschaftliche Solidarität und das Allgemeinwohl zu verfügen. Sie werden von Personengruppen bevölkert, die sich für Werte wie Gleichheit und Gerechtigkeit, für Ökologie und gesellschaftliche Integration einsetzen.

Vor allem Berlin gilt als *Eldorado* toleranter Lebensformen. Doch zeigt sich in den urbanen Stadtteilen wie Friedrichshain, Prenzlauer Berg, Kreuzberg oder Schöneberg, dass die gesellschaftliche Spaltung auch die Linken erfasst hat, zumal die Wohlhabenden unter den „Linken“ längst ins bürgerliche Lager abgedriftet sind. Die ehemalige Linke wird zum Schauplatz neuer Kulturkämpfe um die richtigen Lebensentwürfe innerhalb der eigenen Reihen: Linke Aufsteiger mit Geld und gutem Gewissen stehen linken Aussteigern gegenüber, die an dem Modell festhalten wollen, aktuell jedoch aus ihren urbanen Lebensräumen verdrängt werden. So hat sich Berlin-Friedrichshain in den 1990er Jahren sehr schnell vom Arbeiterviertel zum Szenequartier mit hohem Akademikeranteil entwickelt, mindestens zwei Drittel der Bewohner rund um den S-Bahnhof Ostkreuz sind in den vergangenen Jahren zugezogen. Das Ende der Metamorphose der *In*-Stadtteile von einer linken Hausbesetzerszene zur urbanen Öko-Enklave wird mit den Touristenströmen besiegelt. Auch deshalb reagierten die Autonomen Linken verstärkt mit Krawallen.

In Berlin-Prenzlauer Berg, einer weiteren Hochburg der jungen, urbanen Dienstleistungseliten, ist die Hälfte der Bevölkerung zwischen 25 und 45 Jahre alt, der Anteil der Akademiker verdoppelte sich seit 1995. Kosmopolitisches Denken und Toleranz findet hier scheinbar eine materiale Grundlage: So liegt der Anteil der Ausländer bei 11 Prozent und damit nur geringfügig unter dem Berliner Durchschnitt. Doch die Zusammensetzung ist eine völlig andere. Die größte Gruppe bilden Franzosen, gefolgt von Italienern, Amerikanern, Briten, Spaniern und Dänen. Eine G8-Bevölkerung, hoch gebildet und in qualifizierter Arbeit. Es gibt zehnmal mehr Japaner als Ägypter und der Anteil der Türken beläuft sich auf 0,3 Prozent. Weder türkische Migranten noch Telecafés prägen das Straßenbild. Man kann sich im Prenzlauer Berg *achso* tolerant fühlen, weil Toleranz nicht herausgefordert wird. Und Toleranz kann man sich leisten, nicht zuletzt deshalb, weil man sicher ist, dass die eigenen Kinder hier in die richtigen Schulen gehen - nämlich auf Schulen ohne "Migrationsprobleme". Die Zuwanderung wird über den Preis pro Quadratmeter Wohnraum gesteuert. Oder, wie es Henning Sußebach in seiner für das ZEITmagazin LEBEN vom 08.11.2007 vielzitierten Glosse "Bionade-Biedermeier" formulierte: "Prenzlauer Berg ist ein Ghetto, das ohne Zaun auskommt - weil es auch ohne diesen zunehmend hermetisch wirkt."

Beide Beispiele zeugen von einer klaren Selbstabschließungstendenz. Das darunter liegende Handlungsskript lautet: Selbstschutz durch Selbstabschließung, Staturerhalt durch die Herausbildung exklusiver Clubs. Dabei zeigen sich durchaus Milieuunterschiede: Im Milieu der Facharbeiter wird die Abgrenzung nach unten, häufig offensiv, z.B. durch die Denunziation von Arbeitslosen betrieben, wogegen Ausschließungsmechanismen im Prenzlauer Berg, das für das moderne Bürgertum steht, weitaus subtiler aber umso effizienter vollzogen werden. Explizite Abgrenzung und Hetze gegen sozial Schwächere ist tabu. Sie wird über Mieten, Preise und häufig auch den subtilen Rassismus der kulturellen Überlegenheit (ggü. vermeintlich unfortschrittlichen Religionen etc.) betrieben.

Zweitens zeugen beide Beispiele von einem gespaltenen Bewusstsein nach dem Prinzip – gute Moral/schlechte Gesellschaft. Man selbst zählt sich zu den Guten, Toleranten und weiß sich erfüllt vom kritischen Bewusstsein, während es in der „Gesellschaft da draußen“ immer rauer zugeht. Deshalb muss jeder schauen, wo er bleibt – das sind nun mal die Spielregeln. Mittelstandsbürger agieren häufig als Alltagskritiker des Finanzmarktkapitalismus („da draußen“) und seiner Verwerfungen, ohne dass ihr eigenes Selbstverständnis davon berührt wird. Diese Bewusstseinspaltung kann sich jedoch als trügerisch erweisen. Sie funktioniert nur so lange, wie die „schlechte Gesellschaft“ eben tatsächlich auch draußen bleibt und nicht auf einen selbst zurückschlägt.

Drittens zeigen die Beispiele, dass das "Alternative" nicht mehr als Ort des Widerstandes taugt. Werte wie "Kreativität", "Selbstverwirklichung", "Autonomie" und "Expressivität" sind heute den gesellschaftlichen Strukturen in Produktion, Arbeit und Konsum längst einverleibt worden. Sie sind selbst zu Herrschaftsinstrumenten geronnen. So bedienen sich Arbeitsagenturen und Wohlfahrtsinstitutionen zunehmend der Rhetorik der "Selbstverantwortung", um sozialstaatliche Ansprüche abzuweisen. Ob Arbeitslose oder Hartz IV-Empfänger, ob alleinerziehende Mütter oder verarmte Rentner, sie alle werden unter dem Vorzeichen des aktivierenden Sozialstaates (Lessenich 2008) dazu angehalten, sich in erster Linie selbst zu helfen. Vielleicht gelingt es in Zukunft einer nachfolgenden Generation die Widersprüche dieser Mittelstandslogik zu überwinden.

Zuletzt erschienen von Cornelia Koppetsch: ["Die Wiederkehr der Konformität"](#)
[Campus-Verlag 2013](#)

Autorin: Prof. Dr. Cornelia Koppetsch, geboren am 13. 3. 1967 in Werdohl,
Professorin für Soziologie an der TU Darmstadt

Der große Krieg (Buchrezension)

von Dr. Siegfried Sunnus

Dieses Buch über den Ersten Weltkrieg endet keineswegs im Jahr 1918. Im Schlusskapitel „Der Erste Weltkrieg als politische Herausforderung“ zieht der Autor Herfried Münkler den Vergleich zwischen dem heutigen China und dem damaligen wilhelminischen Kaiserreich und kommt zu dem Ergebnis, dass sich China „heute in einer ähnlichen Position befindet wie das Deutsche Reich vor einem Jahrhundert und die Konstellationen im Fernen Osten mit denen auf dem Balkan vor dem Ersten Weltkrieg vergleichbar seien: Das ‚Reich der Mitte‘ durchläuft zurzeit eine Phase der stürmischen Wirtschaftsentwicklung, strotzt vor Kraft und sucht nach Möglichkeiten, seine ökonomische Stärke in politischen Einfluss umzusetzen – und dies nicht nur in Ostasien, sondern weltweit.“

Chinas Abhängigkeit von Rohstoffen macht es verwundbar. Als industrieller Spätstarter ist dem Land der Zugang zu den globalen Märkten für strategische Ressourcen nicht leichtgefallen. Auch deshalb leistet es in Afrika in großem Stil Entwicklungshilfe. Darin besteht durchaus eine Ähnlichkeit zum Deutschen Reich im Übergang vom 19. zum 20. Jahrhundert und wie dieses hat es die Sorge, von Rohstoffen abgeschnitten zu werden. Inzwischen arbeitet China am Aufbau einer Kriegsflotte, die die Rohstoffzufuhr sichern soll, aber auch einen Risikofaktor für die US-Kriegsmarine darstellt, die in der indonesischen Inselwelt und im Indischen Ozean operiert. Das kann auf längerer Sicht zu einer Konfrontation führen, die dem deutsch-britischen Gegensatz am Anfang des 20. Jahrhunderts ähnelt.

Der deutsch-britische Flottenkonflikt hätte keineswegs in einem Krieg münden müssen – das ist die zentrale These von Münklers Buch – aber er ist durch ein peripheres Scharmützel „scharf gemacht“ worden, und das könnte auch heutzutage durch unscheinbare Konflikte eintreten: Ein Streit um eine Inselgruppe, die von Japan und China beansprucht wird, oder eine chinesische oder russische Militäraktion gegen einen kleineren Nachbarn könnten international eskalieren. „Das ‚Drehbuch‘ vom Sommer 1914 zeigt, wie sich ein solcher Konflikt unter keinen Umständen entwickeln darf.“

Münkler kommt es darauf an, „strategisches und systemisches Lernen“ zu unterscheiden. Ersteres bedeutet, dass China die Fehler vermeidet, die Deutschland begangen hat – aber nicht in dem Sinn, dass es den ‚Griff nach der Weltmacht‘ nicht anstreben sollte, sondern ihn einfach friedlich, konsensorientiert und geschickter vornimmt. Das systemische Lernen dagegen wäre darauf ausgerichtet, Konstellationen zu verhindern aus denen der Erste Weltkrieg hervorgegangen ist. „Während jede am Konflikt beteiligte Macht für sich allein und ohne Austausch mit

anderen strategisch lernen kann, ist systemisches Lernen auf Kommunikation und Austausch angewiesen; die Lernergebnisse müssen kommuniziert werden, damit daraus Schlussfolgerungen für die Implementierung von Eskalationsblockaden und Verständigungsmechanismen gezogen werden können (...) Aus keinem Krieg kann in dieser Hinsicht mehr gelernt werden als aus dem Ersten Weltkrieg. Er ist ein Kompendium für das, was alles falsch gemacht werden kann.“

Die Forschung ist mittlerweile von der Alleinschuld Deutschlands abgegangen. Während Fritz Fischer sie 1961 mit seinem Werk „Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/1918“ als bewiesen ansah, zeigen mittlerweile die Auswertungen der Akten aller Kriegsparteien ein viel differenzierteres Bild. Allerdings muss die größere Verantwortung des Deutschen Reiches hervorgehoben werden. Es hätte für eine Bremsung der Eskalation eintreten können – getreu der Bismarkschen Haltung gegenüber dem Balkan. Das andere *Movens* für die damalige Eskalation war der deutsche „vermeintliche Zwang zum Präventivkrieg“ gegen Frankreich. Er ließ der politischen Führung im Deutschen Reich keine Chance, den Konflikt zuerst mit Russland, das als erstes mobilisierte, auszutragen. Der schon detailreich geplante Aufmarsch gegen Frankreich war nicht mehr zu stoppen und selbst die völkerrechtlich problematische Besetzung Belgiens, von der Frankreich durch sein Parlament gehindert wurde, wurde durch deutsche Militärs umstandslos in Kauf genommen.

Welchen Einfluss hatte der deutsche Militarismus?

Abgewogen urteilt Münkler über die jeweiligen Rüstungsstärken und kommt zu dem Ergebnis, dass Deutschland und Österreich viel weniger militarisiert waren als Frankreich und Russland. Hinzu kommt, dass der preußische Kriegsminister eine Vergrößerung des Heeres ablehnte, weil er eine Zunahme der unbeliebten bürgerlichen Offiziere verhindern wollte. Das führt zur Spur, dass das Militär „die Rückzugsbasis einer im sozialen Abstieg befindlichen Schicht“ war. Die preußische Aristokratie sah in der kaiserlichen Armee und Marine die Lebensform, „in der ihre gesellschaftliche Sonderstellung zum Ausdruck“ kam und in der sie „sich gegen das Vordringen bürgerlicher Lebensvorstellungen, insbesondere gegen die wachsende Bedeutung des Geldes, abzuschotten versuchte“, denn inzwischen waren viele Junker hochverschuldet. Ihre soziale Stellung und feudale Lebensart passte einfach nicht mehr zur aufstrebenden Industrienation und so schufen sie sich im Militär einen Schutzraum. Münkler schlussfolgert: „Der deutsche Militarismus beeinflusste eher die innere Struktur des Reiches und die darin stattfindenden politisch-sozialen Kämpfe als dessen Außenpolitik.“ Damit wären wir schon bei der Revolution resp. der Konterrevolution, den Arbeiter- und Soldatenräten und den Freikorps, letztere wurden häufig von mittellosen Junkern aus den entlegensten preußischen Landstrichen geführt. Aber zurück zum Kriegsgeschehen.

Die Feststellung Münklers, dass das Deutsche Reich eigentlich keine Kriegsziele hatte, ist überraschend. Im Verlauf des Krieges wurden allerdings umso mehr phantastische Ziele formuliert, die nur einen Zweck erfüllten: die Friedensverhandlungen zu blockieren.

Während in Frankreich und Großbritannien der Erste Weltkrieg der „Große Krieg“ geblieben ist - wegen der großen Opferzahl und den starken Verwüstungen in Frankreich -, geriet er in Deutschland in den Schatten der schrecklichen Dimension des Zweiten Weltkriegs und des Holocausts. Erst der historische Abstand lässt den Ersten Weltkrieg in seiner eigenen Art hervortreten: die besondere Situation der k.u.k.-Monarchie, die Verteidigungsleistung der Deutschen mit dem Vorteil der „Inneren Linie“, der Sieg über Russland mit dem Befördern der dortigen Revolution (an der auch deutsche Kriegsgefangene beteiligt waren), die rapide Entwicklung der Militärtechnik und noch viele weitere Besonderheiten dieser Zeit werden in Münklers Buch eindrücklich im historischen Kontext geschildert.

Als sehr eindrücklich empfinde ich den Schlussabschnitt „Der Erste Weltkrieg als Herrschaft der Paradoxien“: Die militärischen Sieger wurden zu den eigentlichen Verlierern. Die USA, die erst eingreifen als die Entente ihre Kräfte verausgabt hat und die Deutschen ihnen mit einem unvergleichlich naiven Coup in Mexiko genügend Anlass boten, setzten nach dem Krieg den Dollar als internationale Leitwährung gegenüber dem britischen Pfund durch. Der an die Stelle der Kabinettskriege getretene Nationalkrieg ließ nun die Regierungen fürchten, „dass ohne Annexionen und Reparationen die Erwartungen der unteren Schichten auf soziale Besserstellung als Lohn für die Lasten des Krieges nicht erfüllt werden könnten“. Die Stellung der Frau wurde durch den Krieg keineswegs befördert, vielmehr verschwand die ‚Krise der Männlichkeit‘ mit Kriegsbeginn, und der Staat, „der sich im Krieg als männermordender Moloch erwies, entwickelte parallel dazu die Charakterzüge einer wohlwollenden und fürsorglichen Versorgungseinrichtung, und das war bevorzugt dort der Fall, wo er an die Stelle der an die Front geschickten Männer und Väter trat“. Mit dem Scheitern des preußischen Offiziersadels trat ein Machtzuwachs der Arbeiterklasse und des Großunternehmertums ein. Das Bürgertum konnte „als klassische Zwischen- und Vermittlungsschicht“ den durch „den Krieg freigesetzten Fliehkräften“ nicht standhalten. Was folgte, war ein ‚Zeitalter der Extreme‘, wie Eric Hobsbawm es nannte.

In der Danksagung des Buchs kommt zum Ausdruck, dass Münkler die Zeit von einem Jahr für die Arbeit am Buch dem „Opus-magnum-Stipendium“ der Thyssen- und der VW-Stiftung verdankt. Er dankt aber auch seiner Großmutter, die ihm als Kind viel von ihrem Verlobten erzählte, der 1917 in Galizien gefallen war: „Durch ihre Erzählungen stand mir dieser eine Soldat des Großen Krieges damals vor Augen; während der Arbeit an dem Buch ist er in meine Erinnerung zurückgekehrt und hat mir so manches Mal über die Schulter geschaut. So ist meine Großmutter Luise, die

von 1882 bis 1984 gelebt hat, zum Bindeglied zwischen mir und den beschriebenen Ereignissen und Entwicklungen geworden. Für sie war dieser Krieg, wie für Millionen andere, ein furchtbares Unglück.“

Herfried Münkler, Der Grosse Krieg. Die Welt 1914 – 1918, Rowohlt Berlin 2013

Autor: Dr. Siegfried Sunnus, geboren 1941 in Memel (Klaipeda), Pfarrer i. R.

Kurskorrekturen in der Arbeitsförderung – Qualifizierungsoffensive einleiten

von Peer Rosenthal

Die aktuellen arbeitsmarktpolitischen Diskussionen sind zunehmend auf Fragen der Regulierung atypischer Beschäftigung und der Einführung von Mindestlöhnen begrenzt. So wichtig und zentral diese Aspekte auch sind, werden sie allein den arbeitsmarktpolitischen Herausforderungen nicht gerecht. Denn hinter dem vermeintlichen ‚deutschen Beschäftigungswunder‘ stehen immer noch 6,7 Millionen Menschen, die Arbeit suchen oder ihre Arbeitszeit ausweiten wollen (Statistisches Bundesamt 2013). Insbesondere haben die mehr als vier Millionen ‚Hartz-IV‘-Leistungsberechtigten, von denen die Hälfte seit mehr als vier Jahren im Leistungsbezug feststeckt (BA 2013), schlechte Perspektiven auf gesellschaftliche Teilhabe durch Erwerbsarbeit. Bessere Perspektiven zu eröffnen hieße in diesem Fall, deutliche Kurskorrekturen in der Arbeitsförderung vorzunehmen und eine Qualifizierungsoffensive einzuleiten.

Prämissen der Aktivierungsreformen

In Deutschland wurde seit 1998 mit den arbeitsmarktpolitischen Reformen der Aktivierungspfad eingeschlagen. Durch niedrigere Lohnersatzleistungen sollte der ökonomische Anreiz zur Aufnahme einer Beschäftigung erhöht werden, dabei wurden die Grenzen zumutbarer Beschäftigung strenger gefasst sowie die Sanktionsmöglichkeiten ausgeweitet. Flankiert wurde diese Strategie durch eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, indem Minijobs, Leiharbeit und Befristungen erleichtert wurden (Betzelt/Bothfeld 2011). Die Qualität der Wiederbeschäftigung (z.B. auf einen dem Vorigen ähnelnden Arbeitsplatz) nach Phasen der

Arbeitslosigkeit wird als nachrangig angesehen, dadurch bildet die konsequente Vermittlung auf „jeglichen“ Arbeitsplatz einen Vorrang gegenüber individueller Förderung mit Leistungsbezug. Zugespielt heißt die Devise: „jede Arbeit sei besser als Keine“. Damit spielt der Qualifikationsschutz bei der Vermittlung nur noch eine untergeordnete Rolle. Das hat Auswirkungen auf die Ausgestaltung und Anwendung der arbeitsmarktpolitischen Förderinstrumente. Während die Mehrzahl der mit den ‚Hartz‘-Reformen verbundenen Instrumente (z.B. die Ich-AG) schon wieder Geschichte sind, sind die vorgenommenen Veränderungen bei dem Kerninstrument der Weiterbildungsförderung bis heute virulent.

Qualifizierungsförderung in der Aktivierung

Die veränderten Prämissen der Arbeitsförderung führten zunächst zu einem Einbruch der Teilnehmerzahlen an Weiterbildungsmaßnahmen. Hiervon waren insbesondere die längerfristigen Umschulungsmaßnahmen betroffen, obgleich neuere Wirkungsstudien positive Beschäftigungseffekte aufzeigen (Deeke u.a. 2011). Die wichtigste institutionelle Veränderung war die Einführung des Bildungsgutscheins. Infolgedessen weist die Arbeitsverwaltung nicht mehr einzelne Bildungsmaßnahmen zu, sondern teilt einen Gutschein aus, auf dem das Bildungsziel, die Maßnahmedauer und die regionale Begrenzung festgehalten werden. Bildungsgutscheine werden nur für Maßnahmen anerkannt, wenn diese von Bildungsträgern angeboten werden, die von sogenannten Zertifizierungsagenturen zugelassen wurden. Zudem orientieren sich die Maßnahmekosten an bundeseinheitlichen Durchschnittskostensätzen. Mit der Einführung des Gutscheinmodells sind Selektionseffekte sowohl bei der Vergabe als auch bei der Einlösung einhergegangen. Betroffen von dieser doppelten Selektion sind insbesondere sozial benachteiligte Arbeitslose mit geringen Arbeitsmarktchancen (Kruppe 2009). So wurde die berufliche Weiterbildung als einstiges „Herzstück“ (Oschmiansky/Ebach 2012) der deutschen Arbeitsförderung mit dem Ziel der Stattsicherung und Aufstiegsmobilität vor dem Hintergrund der Aktivierungsreformen und des verstärkten Vermittlungsvorrangs auf die Funktion der „kurzfristigen Vermittlungshilfe“ (Bosch 2012) reduziert.

Qualifizierungsförderung im Spiegel der Akteure

Was bislang nicht vorliegt, sind Studien zur Umsetzung der Qualifizierungsförderungen. Die Arbeitnehmerkammer Bremen hat daher eine Regionalstudie durchgeführt, in dessen Mittelpunkt die Auswertung qualitativer Interviews mit Maßnahmeteilnehmenden, Jobcenter-Beschäftigten und Beschäftigten von Weiterbildungsträgern steht (Arbeitnehmerkammer 2013). Im Folgenden wird die Perspektive der Jobcenter-Beschäftigten auf die institutionellen Rahmenbedingungen beleuchtet.

Die Erwartungshaltung von Arbeitssuchenden an eine individuelle und qualitative Beratung ist aus Sicht der Jobcenter-Beschäftigten berechtigt, aber unter den realen Rahmenbedingungen nur schwer realisierbar. Zwar hat sich die Betreuungsrelation verbessert, weicht in der Praxis aber immer noch erheblich von den gesetzlich definierten Vorgaben ab. Des Weiteren ist aus Sicht der Jobcenter-Beschäftigten das Ziel der Vermittlungen in Arbeit oft schwer zu vereinbaren mit den Bedürfnissen arbeitsmarktbenachteiligter Gruppen. Dieses Spannungsverhältnis hat im Zuge der seit 2010 nahezu halbierten Fördermittel weiter zugenommen. Der Vermittlungsvorrang führt auch zu Kontroversen zwischen Arbeitssuchenden und Vermittlern. Während die Arbeitssuchenden an einer existenzsichernden und qualifizierten Tätigkeit interessiert sind, die nur mit einer zeit- und kostenaufwändigen Weiterbildung erreicht werden kann, wird auf Seiten der Jobcenter oftmals die schnelle Vermittlung priorisiert. Teilweise werden von Jobcenter- und Bildungsträgerseite die Folgen der Vermarktlichung der Weiterbildung kritisch eingeschätzt. Während von Seiten der Jobcenter der Verlust der Kostenkontrolle und steigende Maßnahmekosten genannt werden, führen die Weiterbildungsträger insbesondere die Konsequenzen schwankender und schwer zu kalkulierender Nachfrage ins Feld. Diese Entwicklungen spitzen sich immer dann zu, wenn bei der Ausgabe von Bildungsgutscheinen von den beschlossenen Planungen abgewichen wird (Hermeling 2013). Für die Entwicklung einer mittelfristigen regionalen Förderstrategie wird der auf 12 Monate begrenzte Handlungsrahmen als hinderlich angesehen. Dies gilt insbesondere auch deshalb, weil keine Mittelübertragungen von einem Jahr ins nächste Jahr möglich sind und zunehmend mehr Arbeitsfördermittel zur Deckung der Verwaltungs- und Personalkosten umgewidmet werden.

Schlussfolgerungen

Im Bereich der Arbeitsförderung bedarf es einer Rückbesinnung auf das alte Herzstück der Qualifizierungsförderung für eine nachhaltige Arbeitsmarktteilhabe. Der Schlüssel zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und für sozialen Aufstieg ist in einer grundständigen Qualifizierungsförderung zu sehen. Dabei gilt es vor allem, für den hohen Anteil von Personen ohne Berufsabschluss im SGB II adressatenorientierte abschlussbezogene Maßnahmen zu entwickeln und zu finanzieren.

Dafür braucht es eine Neuformulierung der Arbeitsmarktpolitik, die nicht länger dem kurzfristigen Ziel der Arbeitsmarktintegration verfällt, „bei gleichzeitiger Geringschätzung der beruflichen und persönlichen Talente sowie Präferenzen“ (Schröder 2013). Vielmehr muss nachhaltige gesellschaftliche Teilhabe durch gute Arbeit Vorrang bekommen. Um diesem Ziel näher zu kommen, sind vier Bausteine vorstellbar:

1. Wer flächendeckend nachhaltige Teilhabechancen auf gute Arbeit auch für bislang benachteiligte Gruppen eröffnen will, muss die Förderanstrengungen erhöhen. Dies gilt insbesondere, wenn verstärkt in abschlussbezogene und damit längerfristige Qualifizierungsmaßnahmen investiert werden soll. Die hierfür im Koalitionsvertrag vorgesehenen zusätzlichen Mittel von 350 Millionen Euro im Jahr sind dafür ein erster Schritt, wiegen die vorgenommenen Kürzungen seit 2010 aber nicht auf.
2. Eine gehobene Rolle kommt im gesamten Prozess den Arbeitsvermittlern zu. Arbeitsuchende sind auf sie und ihre Kompetenzen angewiesen. Dafür ist eine Verbesserung der Betreuungsrelationen ebenso zwingend wie eine weitere Reduzierung der Befristungsquoten und Investitionen in Personalentwicklung. Um dies zu gewährleisten, benötigen die Jobcenter endlich auskömmliche Verwaltungsbudgets.
3. Teilnehmerinnen und Teilnehmer einer Qualifizierung müssen Aufwandsentschädigungen und Bildungsprämien erhalten. Die Teilnahme an einer Weiterbildung ist mit einem Mehraufwand verbunden, der zu Lasten des ohnehin zu geringen Hartz-IV-Regelsatzes geht. Neben einer solchen Mehraufwandsentschädigung sollten mit Prämien bei erfolgreich bestandener Zwischen- und Abschlussprüfung zusätzliche Anreize gesetzt werden.
4. Eine auf qualitative Ziele ausgerichtete Arbeitsmarktpolitik bedarf auch einer Neuausrichtung ihres Steuerungssystems, da die Bewilligung von Arbeitsförderung bislang in hohem Umfang von betriebswirtschaftlich dominierten Kostenkalkülen bestimmt wird. Kriterien wie nachhaltige Vermittlung und die Förderung von Berufsabschlüssen müssen entsprechend berücksichtigt werden.

Die Veränderung solcher Stellschrauben würde dazu beitragen, die Perspektive auf abschlussbezogene Qualifizierung in der Arbeitsförderung wieder zu stärken. Auch die Koalitionsfraktionen haben sich die Förderung von Geringqualifizierten und Langzeitarbeitslosen auf die Fahne geschrieben, sind dabei aber vage geblieben (Jakob/Kolf 2013). Hier gilt es jetzt, den Koalitionsvertrag im Interesse der Arbeitsuchenden mit Leben zu füllen.

Literatur/Quellen:

Arbeitnehmerkammer Bremen (Hrsg.) (2013): Qualifizieren statt aktivieren! Förderung beruflicher Weiterbildung für Arbeitsuchende in Bremen. [Schriftenreihe 1/2013 der Arbeitnehmerkammer Bremen](#).

BA (2013): [Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II. Verweildauern im SGB II](#)

Betzelt, S./ Bothfeld, S. (2011): Activation and Labour Market Reforms in Europe: Challenges to Social Citizenship - Introduction. In: Betzelt, S./Bothfeld, S. (Hrsg.): Activation and Labour Market Reforms in Europe. Challenges to Social Citizenship. Basingstoke, S. 3-14

Bosch, G. (2012): Berufliche Weiterbildung in Deutschland 1969 bis 2009: Entwicklung und Reformoptionen. In: Bothfeld, S./Sesselmeier, W./Bogedan, C. (Hrsg.): Arbeitsmarktpolitik in der sozialen Marktwirtschaft. Vom Arbeitsförderungsgesetz zum Sozialgesetzbuch II und III. 2., aktualisierte und erweiterte Auflage. Wiesbaden, S. 106-125.

Deeke, A./Dietrich, H./Kruppe, T./Lott, M./Rauch, A./Stephan, G./Wolff, J. (2011): Geförderte Qualifizierungsmaßnahmen in Deutschland: Aktuelle Evaluationsergebnisse im Überblick. In: Sozialer Fortschritt 60 (9), S. 196-203.

Hermeling, S. (2013): Qualifizieren statt Aktivieren! Bericht zur Lage der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Lande Bremen. Arbeitnehmerkammer Bremen, S. 46-51.

Jakob, J./Kolf, I. (2013): Arbeitsmarktpolitik im Koalitionsvertrag: Richtige Richtung – aber nur zögerliche Schritte. In: Soziale Sicherheit 62 (12), S. 405-409.

Kruppe, T. (2009): Bildungsgutscheine in der aktiven Arbeitsmarktpolitik. In: Sozialer Fortschritt 58 (1), S. 9-19.

Oschmiansky, F./Ebach, M. (2009): Vom AFG 1969 zur Instrumentenreform 2009: Der Wandel des arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums. In: Bothfeld, S./Sesselmeier, W./Bogedan, C. (Hrsg.): Arbeitsmarktpolitik in der sozialen Marktwirtschaft. Vom Arbeitsförderungsgesetz zum Sozialgesetzbuch II und III. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 79-93.

Schröder, W. (2013): Was ist zu tun? Zielperspektiven einer inklusiven Arbeits-, vorsorgenden Sozial- und progressiven Steuerpolitik. In: [Gegenblende Nr. 23](#)

Statistisches Bundesamt (2013): Ungenutztes Arbeitskräftepotenzial: 6,7 Millionen Menschen wollen (mehr) Arbeit. [Pressemitteilung 297/13 vom 5. September 2013](#)

Autor: Peer Rosenthal, geboren 1979, Referent der Geschäftsführung bei der Arbeitnehmerkammer Bremen

China vor dem Burnout

von Tomasz Konicz

Kann die Volksrepublik eine Transformation des kreditgetriebenen Wachstums vollführen und ein nachfrageorientiertes Wirtschaftsmodell etablieren?

„Bis hierhin lief es ganz gut.“ auf diesen Nenner ließen sich die Folgen des halsbrecherischen Kreditwachstums bringen, das seit Krisenausbruch 2008 zur wichtigsten Konjunkturstütze in der Volksrepublik China avancierte. Im vergangenen Januar ist das Kreditwachstum im offiziellen chinesischen Bankensektor unerwartet um 14 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum angestiegen (insgesamt rund 160 Milliarden Euro). Dies war der höchste Wert seit vier Jahren. Unter Berücksichtigung des wuchernden Schattenbanksektors, in dem Kredite völlig unreguliert außerhalb der Bankbilanzen vergeben werden, schwelte die sogenannte Gesamtfinanzierung in der Gesellschaft (TSF - *Total Social Financing*) um 18,5 Prozent auf ein Volumen von umgerechnet 310 Milliarden Euro an. Diese tatsächliche Kreditexpansion übertraf die Prognosen um 36 Prozent.

Somit scheinen die offiziellen Bemühungen der chinesischen Geldpolitik, die enorme Verschuldungsdynamik in der „Werkstatt der Welt“ in den Griff zu kriegen, einen schweren Dämpfer erlitten zu haben. Mit einer Reihe von geldpolitischen Maßnahmen hat es Peking vermocht, die offizielle TSF-Rate im zweiten Halbjahr 2013 auf 9,5 Prozent zu senken, um so der sich immer stärker abzeichnenden Blasenbildung im Reich der Mitte entgegenzuwirken. Doch brachte diese Drosselung der expansiven chinesischen Geldpolitik – die ähnlich der amerikanischen Strategie

des „Tapering“ umgesetzt wird – eine Reihe ernsthafter Verwerfungen mit sich. Mehrmals stand der chinesische Finanzsektor am Rande einer Panik, als aufgrund versickernder Liquidität die Kreditzinsen im Interbankenmarkt in astronomische Höhen schossen und sich erst nach Liquiditätsspritzen der Zentralbank wieder normalisierten.

Der Staat und die Blase

Zudem hat die Beinahe-Pleite des auf dem grauen Kapitalmarkt gehandelten Fonds „Credit Equals Gold No. 1“ deutlich gemacht, dass die chinesische Volkswirtschaft bereits voll von einer Schuldenblase erfasst wurde und in dieser Dynamik gefangen ist: Die rund 700 wohlhabenden Anleger dieses dubiosen Fonds, die mit einer Dividende von zehn Prozent gelockt wurden, mussten mittels eines staatlichen Bailouts vor dem drohenden Totalverlust Ende Januar gerettet werden, da sich auf den Märkten eine Panik abzeichnete. Dieses Vorgehen illustriert die Ausweglosigkeit der chinesischen Wirtschafts- und Geldpolitik, die zu einer Geisel der Verschuldungsdynamik in China wurde. Der Staat kann nur noch versuchen, die mit dem Platzen der Blase einhergehende Panik herauszögern – um den Preis deren weiterer Aufblähung.

Schließlich wurden die Bemühungen um eine Reduzierung der Kreditvergabe im Bankensektor durch das stürmische Wachstum des chinesischen Schattenbankwesens weitgehend zunichtegemacht. So soll die Kreditvergabe auf diesem total unregulierten grauen Finanzmarkt 2013 – also genau in dem Jahr, in dem Peking die Kreditvergabe zu drosseln versuchte – um 43 Prozent angestiegen sein. 2012 betrug dieser Anstieg nur 25 Prozent (Werte jeweils im Jahresvergleich). Dabei weiß eigentlich niemand so genau, welche Ausmaße dieser Schattenbanksektor – der mit dem offiziellen Bankensektor aufs Engste verflochten ist – bereits angenommen hat. Die unterschiedlichen Schätzungen schwanken hier zwischen einem Marktvolumen von umgerechnet 2,5 Billionen Euro (rund 40 Prozent des chilenischen BIP!) bis zu 4,4 Billionen Euro.

China wurde in den vergangenen Jahren offensichtlich von einer Defizitkonjunktur erfasst – von einem Aufschwung, der durch Schuldenmacherei befeuert wurde. Die Anfänge dieser chinesischen Defizitkonjunktur können relativ genau datiert werden: Mit dem Ausbruch der Finanz- und Weltwirtschaftskrise ab 2007 und 2008 geriet das bisherige chinesische Wirtschaftsmodell in die Krise. Bis zum jenem Zeitpunkt beruhte das stürmische Wachstum der Volksrepublik auf der Exportindustrie, die mit einem Millionenheer billiger und gut ausgebildeter Arbeiter versorgt wurde. Die enormen Handels- und Leistungsbilanzüberschüsse Chinas bildeten somit bis zum Ausbruch der Weltwirtschaftskrise die mit Abstand wichtigste Konjunkturstütze und die Quelle der gigantischen chinesischen Devisenreserven. Doch nach den massiven Wirtschafts- und Nachfrageeinbrüchen in den chinesischen Exportmärkten in den

USA und insbesondere in Europa musste Peking reagieren: China legte ab 2008 das in Reaktion zur Wirtschaftsleistung weltweit größte Investitionsprogramm auf (es umfasste rund 12 Prozent des damaligen BIP!), das zur Initialzündung der derzeitigen Schuldenblase wurde.

Investitionen, Export und Nachfrage

Seit 2008 ist die chinesische Konjunktur nicht mehr Export-, sondern Investitionsgetrieben, während der Binnenkonsum weiterhin keine relevante Rolle spielt. Das Land wurde mit Infrastrukturprojekten überzogen und mit ganzen Geisterstädten zugesperrt, deren Wohneinheiten auch Jahre nach Fertigstellung keine Käufer finden. In diesen fünf Jahren ist die Gesamtverschuldung Chinas von 120 Prozent des BIP auf nun 190 Prozent angestiegen, wobei ein Großteil des Kreditwachstums auf den Schattenbanksektor zurückzuführen ist, der vor 2008 kaum eine Rolle spielte. Zum Vergleich: In den fünf Jahren, die dem Platzen der gigantischen Immobilienblase in den USA vorangingen, stieg die dortige Gesamtverschuldung „nur“ um 40 Prozent des BIP. Über Chinas Banken schwebt ein gigantischer „Schatten“ im Umfang von 15 Billionen US-Dollar, warnte die prominente Ökonomin Chalene Chu in einem Interview mit dem britischen *Telegraph*. Um diesen Betrag sei der Bankensektor in nur fünf Jahren angeschwollen. Es sei kaum vorstellbar, dass diese extreme Kreditexpansion nicht zu „massiven Problemen“ in China führen werde. Zudem werden die chinesischen Devisenreserven (rund vier Billionen US-Dollar) nicht im großen Ausmaß zur Krisenbewältigung eingesetzt werden können, da dies automatisch zu deren Abwertung führen würde. Chinas durch Exportüberschüsse akkumulierter Devisenschatz sieht somit nur dann beeindruckend aus, solange er nicht „angefasst“ und veräußert wird.

Die sich zuspitzende Spekulationsdynamik bringt eine zentrale Fehlentwicklung der stürmischen Modernisierung Chinas erneut zum Vorschein, die eigentlich schon seit zwei Dekaden besteht: Das chinesische Wachstum ist nicht selbsttragend. Bis zum heutigen Tag ist es der Führung in Peking nicht gelungen, die Konsumbereitschaft der gesamten Bevölkerung verteilungspolitisch in ausreichendem Maße zu beleben, um die Binnennachfrage zum wichtigsten Träger des Wirtschaftswachstums zu machen. Trotz gradueller Fortschritte (2013 wuchs der Binnenhandel um 13,1 Prozent) sind die Folgen der Exportausrichtung noch nicht einmal ansatzweise behoben. Denn der Anteil des Konsums am chinesischen BIP sank von gut 50 Prozent in den frühen 90er Jahren auf nur noch 35 Prozent in 2011. Das bedeutet letztendlich, dass die allgemeine Reallohnentwicklung (inklusive der armen Landarbeiter) nicht mit dem Wachstum mithielt.

Chinas Wachstum war schon seit dem Beginn des 21. Jahrhunderts auf Verschuldung angewiesen - nur wurde sie bis 2008 exportiert. Irgendwer musste ja die Waren

aufkaufen, die Chinas ArbeiterInnen produzierten, ohne selber konsumieren zu können. Diese Exportüberschüsse Chinas resultierten in einem gigantischen Leistungsbilanzüberschuss, der 2007 den Spitzenwert von 10 Prozent des chinesischen BIP überschritt. Das war nur möglich, weil sich die Zielländer der Exporte selber verschuldeten. Dies geschah in Form der uns sattsam bekannten und mit Blasenbildung einhergehenden Defizitkonjunktoren in den USA und Europa, die China die Ausbildung von enormen Handelsüberschüssen und zur Anhäufung der riesigen Devisenreserven ermöglichten. Nach dem Platzen der Blasen in den USA und Teilen Europas - und dem Einbruch der chinesischen Handelsüberschüsse, die inzwischen niedriger sind als diejenigen Deutschlands - verlagerte China im Gefolge der gigantischen Konjunkturprogramme die Verschuldungsdynamik ins Binnenland. In Reaktion auf das Platzen der Blasen in den Absatzmärkten der chinesischen Exportindustrie initiierte Peking somit seine eigene Verschuldungsdynamik, die zum Wachstumsmotor wurde!

Arbeit und Gerechtigkeit in Maos Reich

Wieso scheint aber eine rasche Belebung der Binnennachfrage im Reich der Mitte kaum machbar? Trotz aller Sonntagsreden chinesischer Parteifunktionäre, die immer wieder eine rasche Belebung des Konsums propagieren, findet der immer wieder angemahnte Anstieg des Anteils des Binnenkonsums am BIP nicht statt. Bei der Beantwortung dieser Frage lohnt ein Blick ins südostasiatische Kambodscha, wo zum Jahreswechsel Streiks und Proteste von Textilarbeitern vom Militär zusammengeschossen wurden. Viele der demonstrierenden Arbeiter, die höhere Löhne als die landesüblichen 80 US-Dollar forderten, waren für chinesische Textilunternehmer tätig, die ihre Produktionsstätten nach Kambodscha verlagerten, da die dort ortsansässigen Arbeiter nur rund ein Drittel der Löhne ihrer chinesischen Kollegen erhalten. Das steigende Lohnniveau der chinesischen Facharbeiter lässt Tendenzen der Betriebsverlagerung entstehen. Das zieht wiederum Potential für den Binnenkonsum aus China ab und verstärkt die interne Einkommenshierarchie – wir kennen diese Prozesse aus Europa zu genüge.

Das Millionenheer chinesischer Industriearbeiter kann also nur mit Niedriglöhnen international konkurrenzfähig produzieren. Bereits jetzt sind viele der in China tätigen Exportunternehmen - wie etwa der wegen seiner brutalen Arbeitsbedingungen berüchtigte IT-Auftragsfertiger Foxconn - dabei, ihre Standorte aufgrund steigender Löhne in die unterentwickelten chinesischen Ostprovinzen oder gleich ins billigere Ausland zu verlagern. Foxconn-Chef Terry Gou kündigte Mitte Februar an, eine große Smartphone-Fabrik in Indonesien zu errichten – und sie hauptsächlich mit Industrierobotern auszustatten. Dies soll nach dem Willen des Konzernchefs nur ein erster Schritt in Richtung einer umfassenden Automatisierungsoffensive sein. „Wir haben eine Million Arbeiter“, tönte Gou auf einer Investorenkonferenz Ende 2013: „in der Zukunft werden wir eine Million

Roboter haben.“ Inzwischen ist eine Kooperation zwischen dem Internetgiganten Google – der vor Kurzem die Roboterfirma Boston Dynamics übernommen hat – und Foxconn bekannt geworden, die gerade die schnelle Durchsetzung dieser Automatisierungswelle ermöglichen soll. Nur mit absolut niedrigen Löhnen können Chinas Facharbeiter mit den immer besser und billiger werdenden Robotern „konkurrieren“. Eine nachfrageorientierte Ausrichtung der chinesischen Volkswirtschaft nach dem Vorbild der westlichen Konsumgesellschaften der 50er oder 60er Jahre – bei der Chinas Arbeiter genügend verdienen würden, um die selbst produzierten Waren auch zu konsumieren - scheitert somit letztendlich an dem hohen Produktivitätsniveau, das die globalisierte Weltwirtschaft inzwischen erreicht hat.

Bubble-Economy

Bis jetzt lief es mit dem kreditbefeierten Wachstum ganz gut für die Volksrepublik. Doch entscheidend ist nicht die beeindruckende Aufstiegsphase, sondern der unweigerlich bevorstehende Fall, der jeder Blasenbildung folgt. Die Entwicklung in China ist Teil der globalen Blasenökonomie, die der nachfrageorientierte US-Ökonom und Nobelpreisträger Paul Krugman in einem [Beitrag für die New York Times](#) kritisierte. Angesichts der gegenwärtig zusammenbrechenden Spekulationen in vielen Schwellenländern sprach Krugman von einem „Zeitalter der Blasen“, in dem sich die gesamte Weltwirtschaft befindet.

Die sich immer deutlicher abzeichnende Schuldenkrise in China birgt übrigens - zusammen mit den einsetzenden Verwerfungen in vielen Schwellenländern - auch für das exportfixierte deutsche „Geschäftsmodell“ ein enormes Krisenpotenzial. Bekanntlich konnte Deutschlands Exportindustrie die einbrechende Nachfrage im krisengeschüttelten Europa, das von der Bundesregierung auf eine wirtschaftlich und sozial verheerende Hungerdiät gesetzt wurde, durch einen raschen Anstieg der Exporte im außereuropäischen Ausland kompensieren. Neben den USA waren hiervon China, Südostasien und viele Schwellenländer betroffen. Die deutschen Ausfuhren nach China sind von 5,6 Milliarden 1996, über 27,5 Milliarden 2007, bis auf 66,6 Milliarden 2012 angestiegen. Der chinesische Absatzmarkt spielt insbesondere für den deutschen Maschinenbau und die Fahrzeugindustrie eine wichtige Rolle. Diese Neuausrichtung der deutschen Exportströme wird auch an dem Wachstum der Ausfuhren in alle BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien und China) deutlich, deren Anteil am Gesamtexport Deutschlands von 4,3 Prozent in 1996 auf 11,4 Prozent in 2011 hochschnellte.

Insgesamt umfassten die deutschen Exporte in Länder außerhalb der EU 2012 bereits circa 44 Prozent der deutschen Gesamtausfuhren. Der Anteil der Ausfuhren in den europäischen Währungsraum sank krisenbedingt von 42,8 Prozent 2008, über 39,7 Prozent 2011 auf knapp 38 Prozent 2012. Diese erfolgreiche Neuausrichtung der

deutschen Absatzmärkte versetzte die deutsche Politik überhaupt erst in die Lage, Europa eine derart harte „Sparpolitik“ auf zu oktroyieren. Doch nun dürfe sich diese Strategie angesichts der Blasenbildung in der Volksrepublik und der unübersehbaren Krisentendenzen in vielen Schwellenländern bitter rächen. Deutschland weißt inzwischen neben Italien die europaweit höchste Exportabhängigkeit von dieser krisengebeutelten Region auf. Die drohende Schuldenkrise in der Volksrepublik dürfte somit auch das exportfixierte deutsche „Geschäftsmodell“ in Schieflage bringen.

Es sind aber nicht nur die oben dargelegten inneren Schranken, die ein selbsttragendes Wachstum in China verunmöglichen. Der ungeheure Wachstumszwang, der dem mit brachialen, sozialen Gegensätzen einhergehendem Entwicklungsmodell Chinas innewohnt, stößt immer stärker auch an „äußere“, an ökologische Grenzen. Der ungeheure Raubbau an der Natur findet seinen sichtbarsten Ausdruck in der extremen Luftverschmutzung, die viele der fossil versorgten Megametropolen Chinas plagt. Der Großraum Peking, der im vergangenen Jahr an 189 Tagen unter Smog litt, wurde in einem Bericht der Schanghaier Akademie für Sozialwissenschaften als „für Menschen kaum bewohnbar“ eingestuft. Die Feinstaubwerte in der Region haben im vergangenen Januar mehrmals die Grenze von 500 Mikrogramm pro Quadratmeter überschritten. Gesundheitlich unbedenklich sind laut der Weltgesundheitsorganisation (WHO) Werte bis 10 Mikrogramm pro Quadratmeter, einer Feinstaubbelastung von 25 Mikrogramm sollen sich Menschen der WHO zufolge nicht länger als 24 Stunden aussetzen. Die zwanzigfache Überschreitung, die die Sichtweite in Peking auf wenige hundert Meter reduziert, führt zu Autobahnsperren und der Empfehlung der Stadtverwaltung, Kinder und alte Menschen sollten sich nicht im Freien aufhalten. Auf den Bericht der Schanghaier Akademie für Sozialwissenschaften reagierten die staatlichen Stellen mit der Anweisung an die Medien, den Bericht zu entfernen. Wenn nur alles so einfach zu steuern wäre in der größten Wachstumsökonomie der Welt.

Autor: Tomasz Koniecz, geb. 1973 in Olsztyn/Polen, freier Journalist

Die gespaltene Opposition (Kolumne)

von Albrecht von Lucke

„Unerträglich diese verwelkten Grünen, die die Faschisten in der Ukraine verharmlosen, die antisemitische Übergriffe begehen.“ Dieser Tweet der Linken-Politikerin Sevim Dağdelen, versendet während der Sondersitzung des Bundestags zur Eskalation in der Ukraine, zeigt eines wie in einem Brennglas: Aus Linkspartei und Grünen wird in den nächsten Jahren keine Liebesbeziehung werden.

Nein, das neue „Oppositionsbündnis“ verdient seinen Namen nicht. Es ist kein Bündnis aus Wunsch, sondern allenfalls aus Zwang: Dort, wo Linke und Grüne in der Opposition tatsächlich zur Zusammenarbeit verdammt sind, etwa zwecks Einberufung eines Untersuchungsausschusses, werden sie notgedrungen kooperieren. Ansonsten aber herrscht ein gewaltiges Distanzierungsbedürfnis – auch und vor allem von Seiten der Grünen. Das zeigte sich ebenfalls in besagter Debatte. Denn natürlich war die empörte Reaktion der gesamten Grünen-Fraktion nur zu einem Teil dem unsäglichen Tweet geschuldet. Der andere Teil der Empörung diente der ganz gezielten Distanzierung von der Linkspartei als einer eigentlich, aus grüner Sicht, nach wie vor nicht satisfaktionsfähigen Truppe.

Dieses Muster wiederholt sich seit Beginn der Legislaturperiode. So sehr sich Gregor Gysi in den diversen gemeinsamen TV-Interviews mit Vertretern der Grünen auch anstrenge, gemeinsame Projekte in der Opposition auch nur anzudenken, so sehr ließen ihn Katrin Göring-Eckart und Cem Özdemir, ja selbst der vermeintlich linke Fraktionsvorsitzende Anton Hofreiter dabei abblitzen. Und zwar immer mit der gleichen, sehr durchschaubaren Strategie: Wir Grüne stehen für seriöse, immer auch regierungsfähige Oppositionsarbeit, die Linkspartei bloß für Fundamentalopposition. Der Tweet von Sevim Dağdelen kam da wie gerufen.

In erstaunlicher Weise wiederholt sich damit heute in der Opposition die Spaltung der Grünen während der ersten Jahre ihrer Parteigeschichte, allerdings mit neuer Rollenverteilung – nämlich hier die Grünen als die angeblich guten, regierungswilligen Realos, dort die Linken als böse, rein destruktive Fundis. Die Devise der Grünen ist dabei klar: Man spielt nicht mit den Schmuttelkindern. Schließlich galt man lange selbst als eben solche, mit denen keiner koalieren wollte.

Die grüne Arroganz der Etablierten

Diese neue grüne Arroganz der Etablierten liegt im Kern an den völlig unterschiedlichen Auffassungen von der eigenen Aufgabe in den nächsten vier Jahren.

Anders als die Linkspartei begreifen sich die Grünen längst als eine Regierung im Wartestand. Ihre Konsequenz aus dem Wahldebakel vom 22. September 2013: Nie wieder soll uns passieren, was nach der letzten Bundestagswahl passiert ist: nicht regieren zu können, obwohl es arithmetisch möglich ist, nur weil man auf die schwarz-grüne Regierungsoption nicht vorbereitet war. Deshalb haben die Grünen auf ihrem letzten Parteitag nicht nur einen Teil ihrer Führung ausgewechselt – bezeichnenderweise nicht auf Seiten der Realos, sondern mit Jürgen Trittin und Claudia Roth nur auf Seiten der Linken –, sondern auch gleich den koalitionären Schalter umgelegt: Nach dreimaligen Scheitern an Rot-Grün wollen sie sich endgültig aus der babylonischen Gefangenschaft der SPD befreien.

„Opposition ist Mist“ lautet ihr Motto für 2017 und „Volle Kraft in Richtung Schwarz-Grün.“ Die schwarz-grüne Koalition in Hessen ist dafür der schlagende Beweis. Trotz der aus grüner Sicht ausgesprochen dürren Ergebnisse des Koalitionsvertrages gilt dort für die Grünen bereits wieder die alte Devise des Hyperrealos Joschka Fischer: „Regieren geht über Studieren.“

Das aber bedeutet für die Lage im Bund: Vom ersten Tag der Großen Koalition an werden sich die Grünen gedanklich auf eine zukünftige schwarz-grüne Koalition vorbereiten und zubewegen – und zwar durchaus mit unausgesprochener Unterstützung der Union, die (spätestens) 2017 auch eine neue Koalitionsperspektive braucht, seitdem sie sich auf die alte Funktionspartei FDP nicht mehr verlassen kann.

Auch wenn die Grünen auf ihrer Fraktionsklausur zu Beginn des Jahres inständig ihren Kurs der Eigenständigkeit betont haben, heißt dies vor allem eins: Die Grünen können heute mit jedem. Spätestens mit Hessen haben sie die alte Lagerlogik endgültig zum Einsturz gebracht – zu ihrem eigenen machtstrategischen Vorteil. Auf diese Weise setzen die Grünen darauf, 2017 in jedem Fall bei der Regierungsbildung dabei zu sein – als neues Zünglein an der Waage. Immer vorausgesetzt, dass es ihnen gelingt, die FDP mittelfristig völlig zu ersetzen und so deren Rolle als Funktionspartei in der Mitte des Parteienspektrums zu übernehmen. Auch deshalb versuchen sie nun, das Label der Freiheitspartei für sich zu reklamieren, etwa indem sie in Kürze einen Freiheitskongress veranstalten.

Die Grünen konkurrieren somit weniger mit der Linkspartei um den linken Rand als vielmehr mit der FDP um die Position der allzeitbereiten Regierungsreserve in der Mitte des Parteienspektrums. Auch daraus resultiert die Arroganz der Grünen gegenüber der Linkspartei – aus dem Wissen, dass man ab 2017 wahrscheinlich sowieso wieder regiert: wenn nicht mit der SPD, dann eben mit der Union.

Machtstrategisch mag das klug sein, ob es der ökologischen Sache wirklich dient, bleibt abzuwarten. Tatsächlich könnten die Grünen in Zukunft allzu billig zu haben sein – wenn sich nämlich das Primat des Mitregierens vollends verselbstständigt.

Der Schlüssel zu Rot-Rot-Grün liegt bei der Linkspartei

Völlig anders ist dagegen die Lage der Linkspartei. Bisher ist die Partei in sich hochgradig gespalten – in die, welche, um mit Willy Brandt zu sprechen, auf eine neue „Mehrheit links der Union“ setzen, sprich: auf Rot-Rot-Grün, und in jene, die sich tatsächlich in der Rolle der linken Fundamentalopposition einrichten wollen, mit fortgesetztem SPD-Bashing als strategischer Geschäftsgrundlage. Allerdings dürfte es der Linken in den nächsten Jahren schwerer fallen, auf den angestammten Feldern gegen die SPD zu punkten, da diese mit Hilfe von Mindestlohn und Rente ab 63 zentrale Fehler der Agenda-Reformen korrigieren will.

Faktisch hängt das Zustandekommen jeder rot-rot-grünen Koalition entscheidend von zweierlei ab: erstens, inwieweit die Linke tatsächlich von ihrem bisherigen Erfolgsrezept, dem Anti-SPD-Kurs, Abstand nehmen will – und auch strategisch kann. Das heißt, inwieweit es ihr gelingt, eine andere aussichtsreiche Basis für ihre Wahlkämpfe zu finden, durch realitätstaugliche eigene Konzepte.

Und zweitens, inwieweit die Linkspartei überhaupt willens ist, zukünftig Regierungsverantwortung zu übernehmen. Dafür muss sie etwas wesentlich grundsätzlicheres klären: nämlich ihren Standpunkt zu dieser Republik und die Frage, ob sie in und für dieses Land tatsächlich Regierungsverantwortung übernehmen will – oder ob sie doch lieber in der Rolle der radikalen Herrschaftskritikerin verbleibt.

Die Grünen haben auf Bundesebene fast eine ganze Dekade zur Klärung dieser Frage benötigt. In der Linkspartei sind diese beiden zentralen Punkte dagegen bisher in keiner Weise geklärt. Das liegt nicht zuletzt am Fehlen eines strategischen Zentrums in der Parteispitze. Stattdessen existiert in der Linkspartei eine Vielzahl von Fraktionen, die kaum miteinander kommunikationsfähig oder willens sind.

All das sind denkbar schlechte Voraussetzungen für ein zukünftiges rot-rot-grünes Regierungsprojekt. Dabei liegt der „Schlüssel“ dazu, wie es der SPD-Vorsitzende ausdrückt, nun in der Tat im Karl-Liebknecht-Haus. Die Linkspartei entscheidet mit ihrer zukünftigen Positionierung darüber, ob es überhaupt zu einer Koalition kommen kann.

Die Linke muss sich entscheiden

Einerseits ist dies das Eingeständnis eines echten Abhängigkeitsverhältnisses der Sozialdemokratie: ohne Veränderung der Linkspartei keine linke Koalition und keine SPD-Kanzlerschaft. Die Linkspartei wird so zum potentiellen Türöffner oder Türriegel.

Andererseits ist es die Aufforderung an die Linkspartei, sich den neuen Realitäten endlich zu stellen – innen- und vor allem außenpolitisch. In Zukunft wird es nicht länger reichen, ständig Kooperationsbereitschaft bloß zu signalisieren, ohne eigene Veränderungsbereitschaft unter Beweis zu stellen – im guten Wissen, dass bisher mit den Schmuttelkindern ja ohnehin keiner spielen wollte.

Das galt bis zur letzten Wahl; danach hat die SPD ihre grundsätzliche Koalitionsabsage auf Bundesebene revidiert. Wenn die Linkspartei-Führung in Zukunft tatsächlich mitregieren will, wird sie sich erheblich verändern müssen – insbesondere auf dem Feld der Außenpolitik und mit Blick auf die Verpflichtungen Deutschlands im Rahmen der Vereinten Nationen. Wenn die Partei dagegen weiterhin für die Rückholung sämtlicher Bundeswehrsoldaten plädiert, dann wird dies nicht nur den außenpolitischen Herausforderungen Europas nicht gerecht, sondern hat mit internationaler Solidarität wenig zu tun. Siehe die Lage in der Zentralafrikanischen Republik: Angesichts eines drohenden Völkermords reicht es einfach nicht, auf alte französische Kolonialinteressen zu verweisen. Wer dagegen die Entscheidung der Bundesregierung, mit Lazarett-Flugzeugen unterstützend tätig zu werden, bereits als Militarisierung bezeichnet, verschließt die Augen vor den Realitäten – und das fast exakt 20 Jahre nach dem epochalen Versagen der Völkergemeinschaft in Ruanda.

Eine dem eigenen Anspruch nach linke, also internationalistische Partei wird zukünftig selbst taugliche Antworten geben müssen, wie man den globalen Krisenherden wirksam begegnet – im besten Falle präventiv, aber im Notfall eben auch militärisch, natürlich stets im Rahmen und in den Grenzen des Völkerrechts. Nur wenn sich die Linkspartei den nationalen wie globalen Realitäten stellt, wird sie in Zukunft als Regierungspartei reüssieren können. Andernfalls aber wird sie zukünftige rot-rot-grüne Koalitionen nur verhindern. Die Ironie der Geschichte: Die Linkspartei wird damit tatsächlich zum Zünglein an der Waage. Denn eines ist klar: Umso weniger kooperationsbereit „Die Linke“, umso stärker werden die Grünen in Richtung Union drängen, sprich: umso wahrscheinlicher wird 2017 Schwarz-Grün.

Autor: Albrecht von Lucke, geboren 1967, Redakteur der "Blätter für deutsche und internationale Politik"

Der Kompromiss als integrative Kraft

von Prof. Dr. Gerhard Wegner

Das neue Sozialwort der Kirchen als stellvertretender Konsens

Die ersten Reaktionen auf den neuen gemeinsamen Text von Evangelischer und Katholischer Kirche in Deutschland: „Gemeinsame Verantwortung für eine gerechte Gesellschaft. Initiative des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz für eine erneuerte Wirtschaft- und Sozialordnung“^[1] waren so, wie man das bei solchen kirchlichen Worten eigentlich fast immer erwartet: Von allen gesellschaftlichen Lagern gab es breite Zustimmung. Nahezu alle großen Organisationen von Gewerkschaften über Arbeitgebern und fast alle Parteien begrüßten die Initiative der Kirchen mit diesem Papier für die Erneuerung der Wirtschaft- und Sozialordnung in Deutschland zu werben. Entsprechend waren auch die Überschriften, die in den großen deutschen Zeitungen diese Initiative veröffentlichten: „Gier sei schuld an Finanzkrise, Kirchen prangern Auswüchse des Kapitalismus an.“ (FAZ) „Kirchen warnen vor menschenfeindlicher Wirtschaftsordnung.“ (Die Zeit) „Kirchen kritisieren Gier der Wirtschaft.“ (Die Tageszeitung) „Die Kirchen geißeln Gier und loben den Staat.“ (Die Welt) „Kirchen wollen erneuerte Wirtschaftsordnung“ (Idea) Ähnlich klang es überall.

Und in der Tat: Das, was mit diesen Überschriften und den breiten positiven Resonanzen zum Ausdruck gebracht wird, ist auch das Anliegen des Papiers. Es geht darum, für einen „verantwortlichen Kapitalismus“ zu werben, für eine Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft, in der wieder das Primat der Politik gilt und die Finanzmärkte nicht die Diktatur über das gesamte wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben ausüben können. Den beiden Kirchen und den Autoren des Papiers saß immer noch die Erfahrung der großen Krise von 2008 im Nacken. Diese Krise war nur dadurch zu bewältigen, dass es in Deutschland eine gründliche Rückbesinnung auf die Qualitäten des klassischen deutschen Sozialstaates gegeben hatte und genau an diesen Qualitäten der herkömmlichen deutschen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung setzt das Papier an und versucht sie in ökologischer, demografischer und sozialer Hinsicht weiterzuentwickeln. Es betont deswegen vom Anfang bis zum Ende, dass Ökonomie und Ethik keinen Gegensatz bilden können. Die neoliberale Auffassung, die gerade unethische Verhaltensweisen wie Gier und Neid als wirtschaftsförderliche Attitüden ins Feld brachte und öffentlich belohnte, wird von den Kirchen scharf geißelt. Zudem wird eine ökologische Erneuerung im Sinne einer großen Transformation eingefordert, weil der gegenwärtige Wirtschaftsstil national und international mit den Ressourcen dieses Globus schon jetzt in keiner Weise mehr vereinbar ist. So weit – so gut.

Für diejenigen, die dieses Papier dann allerdings genauer lasen und es mit den vielfältigen politischen Debatten in unserer Gesellschaft abglichen, stellte sich bei näherer Lektüre doch eine gewisse Enttäuschung ein, die sich auch in vielfachen Stellungnahmen artikuliert hat. Bemängelt wird die mangelhafte Konkretisierung vielfacher Formulierungen und in dieser Hinsicht insbesondere das Vermeiden von möglicherweise in der gesellschaftlichen Debatte anstößigen, weil politisch ausgesprochen kontroversen Themen. So wird besonders von Gewerkschaftsseite verständlicherweise eine klare Äußerung zur Einführung eines bundesweiten gesetzlichen Mindestlohnes, wie es im Koalitionsvertrag der großen Koalition vereinbart ist, vermisst. Die entsprechenden Äußerungen im Papier sind ausgesprochen vage und weniger konkret als die Vereinbarung der Bundesregierung. Ebenso erscheinen Äußerungen zu den Hartz IV Reformen als zu wenig prägnant. Das Papier schwankt hier zwischen einer grundsätzlich positiven Haltung zu den Hartz IV Reformen und einer Kritik an ihnen insofern, als sie zur Ausweitung des Niedriglohnsektors in Deutschland beigetragen haben, in dem heute 1/5 der Bevölkerung lebt und nur wenig Chancen hat aus ihm einen gesellschaftlichen Aufstieg zu schaffen. Gab es früher Armut durch Arbeitslosigkeit, so gibt es nun Armut trotz Arbeit. In dieser Hinsicht gibt es eine ganze Reihe weiterer Themen, die bei näherer Lektüre für viele Engagierte unbefriedigend sind, so auch die Äußerungen zur Rente oder gar das Fehlen einer Forderung nach einer Finanztransaktionssteuer, die von großen Teilen der Kirchen seit langem gefordert wird.

Auch aus den Kirchen selbst finden sich entsprechende Stellungnahmen, die mehr Radikalität in den Äußerungen der Kirchen erwartet hätten und dementsprechend enttäuscht sind. Hier ist auch Kritik an der Verfahrensweise zu finden, wie es zu dem Papier gekommen ist. Dieses Papier ist in einer Expertenkommission der beiden großen Kirchen erarbeitet worden und nicht, wie es seinerzeit beim großen „Gemeinsamen Wort“ 1997 der Fall gewesen ist, durch einen breiten Konsultationsprozess zustande gekommen. Wenn auch die Evangelische Kirche solch einen Konsultationsprozess auch in diesem Fall wollte, so waren die Katholiken nicht dafür und da man sich auf einen Konsens verpflichtet hatte, ist solch ein Verfahren dann auch nicht zustande gekommen. Nach der Veröffentlichung des Papiers ist es allerdings möglich, das Papier auf verschiedenen kirchlichen Medienplattformen^[2] zu kommentieren. Die Kommentare werden seitens der Kirchen sorgfältig wahrgenommen und werden auf einem Kongress am 18. Juni 2014 in München auch diskutiert werden. Sicherlich ist das kein Ersatz für eine breite Konsultation – aber die Chance zu einer öffentlichen Debatte über die Grundlagen unseres Gemeinwesens.

Von vielen, die dieses Papier kritisieren, wird dann als ein besonders leuchtendes Gegenbeispiel dafür, wie sich die Kirchen hätten prägnanter äußern sollen, Papst Franziskus erwähnt, der seiner Zeit davon gesprochen hat, dass die Wirtschaft bzw.

der Kapitalismus tötet. Solch eine - scharfe Kontroversen auslösende - Äußerung wird als pointierter eingestuft als ein ausdrücklich konsensorientiertes Kompromisspapier. Dabei wird allerdings vergessen, dass eine Äußerung wie „die Wirtschaft tötet“ nun überhaupt nicht dazu geeignet ist, einen Dialog zwischen Kirche und Wirtschaft anzustiften und auch wohl keinen wirklichen gesellschaftlichen Dialog zwischen den verschiedenen Kräften in der Gesellschaft fördern könnte, schon gar nicht in einer Kultur wie in Deutschland, in der dieser Satz doch wohl reichlich übertrieben ist.^[3]

Erstaunlich, dass selbst ein markradikaler Liberaler wie Rainer Hank (FAZ) in diese Richtung argumentiert und an dem Kompromisscharakter des Papiers überhaupt keinen Gefallen finden kann. Warum haben die Kirchen nicht zwei Papiere vorgelegt, so fragt er und seziert dann auch noch die einzelnen Mitverfasser des Papiers im Blick auf ihre politischen Haltungen, die angeblich in keiner Weise hätten zusammen finden können. Ganz ähnlich Axel Reimann (Managermagazin), wenn – auch er ein eher markradikaler Mensch – die Worte des Papstes lobt, auch wenn sie irritieren und dann schreibt: „Vielleicht, so sollte man meinen, färbt ja so viel Klarheit und Konfrontationsbereitschaft des Stellvertreters Christi auf die deutschen Bischöfe und die evangelische Konkurrenz ab. Dann wäre die ökumenische Sozialinitiative vielleicht sogar die Mühe der Lektüre wert.“ Man hätte offensichtlich niemanden auf die Füße treten wollen und genau das sei falsch. Will er sagen: Besser Krawall und Konfrontation als Kompromiss und Konsens? Es liegt doch auf der Hand: Hätten sich die Kirche so wie von diesen Herren gewünscht geäußert, so wären eben sie erst recht über sie hergefallen. Offensichtlich geht es hier also um etwas ganz anderes als um das konkrete Papier.

Und das ist das eigentlich irritierende an den kritischen Reaktionen auf dieses Papier. Dass ein solches von den Spitzen beider großen Kirchen gemeinsam verantwortetes Papier längst nicht alle gesellschaftlichen Erwartungen erfüllen kann, war allen Beteiligten von vorneherein klar. Es war auch denen klar, die in diesem Papier – wie der Verfasser dieses Artikels – gerne eine ganze Reihe weiterer Konkretionen gesehen hätte, wie z.B. die klare Forderung nach einem Mindestlohn, nach einer Finanztransaktionssteuer oder kritischerer Äußerungen zur Agenda 2010. Es war aber allen auch klar, dass zumindest für dieses Papier die Devise galt, der Konsens und der Kompromiss zwischen den beiden großen Kirchen in Deutschland, die gemeinsam nach wie vor über 60 % der Bevölkerung in Deutschland ihre Mitgliedschaft nennen können, Vorrang hatte. Entsprechend waren die Gespräche nicht von Tricksereien und gegenseitigen Überwältigungsversuchen, wie man es sonst aus der Wirtschaft oder der Politik kennt, geprägt, sondern von dem Versuch tatsächlich Gemeinsamkeiten zu erarbeiten und sie in eine verständliche und gemeinsam tragfähige Sprache zu bringen. Dies war keine leichte Aufgabe, sondern zog sich über gut 1,5 Jahre in intensiver Arbeit hin. Beide Seiten waren genötigt, an vielen Punkten nachzugeben. Vielleicht hätten die Evangelischen ein bisschen mehr

Marktkritik und die Katholischen noch ein bisschen mehr Marktzustimmung in den Text eingebracht. Möglich. Nun hat man sich auf einer mittleren Ebene geeinigt.

So etwas nun grundsätzlich zu verachten und zu gleichgültigen Plattitüden zu erklären, unterschätzt gewaltig die gesellschaftliche Notwendigkeit solcher Kompromisse als integrative Kraft für die gesamte Gesellschaft. Eine demokratische, lebendige und offene Gesellschaft lebt vom Finden solcher Kompromisslinien, mit denen viele Seiten leben können und in denen sich zum Teil auch gegensätzliche gesellschaftliche Interessenlagen einbringen lassen. Die Juristen kennen für solche Prozesse den berühmten Begriff der Leerformel, mit der sich vieles im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschreiben lässt, was ganz und gar nicht leer - im Sinne von überflüssig - ist, sondern was in der Richtung unterschiedlicher Interessenlagen und Sichtweisen ausgelegt werden kann. Genauso bietet dieses Papier jetzt eine gemeinsame Basis, einen gewissen Konsens – mehr als ein Minimalkonsens – für Initiativen der Kirchen zur beanspruchten Erneuerung der Wirtschafts- und Sozialordnung. Gegen den Kompromiss aus reinem Selbstzweck Radikalismen hochziehen zu wollen, zeugt von einer Geringschätzung der demokratischen Kultur. Wer Kompromisse nicht schätzen kann, hat offensichtlich ein Problem.

Nachdem dies nun gesagt wurde, kann man noch einmal mit einem entspannteren Blick in den Text schauen. Und dann fällt zumindest auch auf, dass hier vieles gesagt worden ist, was sich in überhaupt keiner Weise mit klassisch neoliberalen Positionen der Freisetzung der Marktkräfte als deckungsfähig erweist. Das beginnt schon gleich zu Anfang mit der Kritik der Finanzmärkte: „Bei aller positiven Bedeutung der Finanzmärkte, die die Entwicklung vieler Länder erst ermöglichen, ist aber durch ihre gegenwärtige Funktionsweise die Welt nicht nur nicht sicherer, sondern im Gegenteil fragiler geworden.“ (S. 7) Gleich darauf wird die bleibende Benachteiligung des Faktors Arbeit in der Globalisierung erwähnt. Angesprochen werden sodann die bis heute zu spürenden Folgen der fatalen Rettungsaktionen der Staaten zugunsten privater Banken. Und es wird auch nicht davor halt gemacht, die wachsende Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensteilung in den OECD Ländern zu brandmarken. Blickt man dann in die einzelnen Thesen, so beginnt z.B. die These 1 damit, dass wirtschaftliches Handeln keinen Selbstzweck darstellt und nie nur eigennutzorientiert betrachtet werden darf: „Ihr Ziel ist es, die menschliche Entwicklung insgesamt zu befördern, Armut zu beseitigen, reale Freiheiten der Menschen zu vergrößern und so das Gemeinwohl weiter zu entwickeln. Deswegen kann Gewinnmaximierung um jeden Preis niemals eine moralisch akzeptierte Handlungsmaxime sein – schon gar nicht dann, wenn sich mit ihr überhaupt kein realwirtschaftlicher Nutzen verbindet.“ Deutlicher kann man die gegenwärtigen Fehlentwicklungen des neoliberalen Paradigmas der Finanzmärkte kaum benennen. (Was wäre gewonnen gewesen, wenn man hier nun noch geschrieben hätte: Solche Wirtschaft tötet?) Tatsächlich sei die Fragilität der Ökonomie infolge der neuen

Paradigmen größer denn je geworden. Das Geld hätte einen falschen Stellenwert erhalten, im gebührt eine strikt dienende Funktion: „Kapital dient der Realwirtschaft und damit den Lebensmöglichkeiten der Menschen – noch präziser: aller Menschen. Wo dieser dienende Charakter verloren geht, geht das Vertrauen der Menschen in die Wirtschaft verloren.“ (S. 16)

Und es wird an alte Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft erinnert, um für alle Menschen ein Leben in Gerechtigkeit, Frieden und Freiheit zu ermöglichen. So „bedarf die Marktwirtschaft einer Rahmenordnung, die die wirtschaftliche Betätigung einzelner Menschen und der Unternehmen letztlich in Gemeinwohl dienliche Bahnen hält.“ (S. 17). Die Kritik am Neoliberalismus findet sich immer wieder: „Auch die Ideologisierung der Deregulierung, die die Politik jahrelang dazu drängte, die Märkte, besonders die Finanzmärkte, sich selbst zu überlassen, ist durch die Krise widerlegt worden. Richtig ist vielmehr eine der Grundannahmen der Sozialen Marktwirtschaft: dass nämlich die Märkte eine Rahmenordnung und eine wirksame ordnungspolitische Aufsicht benötigen, damit das Finanz- und Wirtschaftsgeschehen in gemeinwohldienliche Bahnen gelenkt wird.“ (S. 25) Man könnte nun mit der Auflistung entsprechender Zitate noch weiter durch das Papier gehen, aber dafür ist hier nicht der Platz.

Man erkennt an diesen wenigen Sätzen wie sehr dieses Papier tatsächlich alte Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland noch einmal in die Erinnerung ruft und zu ihrer Erneuerung angesichts breitester Veränderungen ermahnt. Dennoch wird man eine ganze Menge an präzisieren Aussagen vermissen und auch an einigen Stellen zu viel Zustimmung zu Maßnahmen, die letztlich dann doch als Deregulierung auf den Arbeitsmärkten oder als Neoliberalisierung sozialer Sicherung begriffen werden können. Dies ist zuzugestehen, es hängt vom Charakter dieses Kompromisses zwischen den beiden großen Kirchen ab. Evangelischerseits wird man an vielen Stellen hier auch noch mehr sagen und zum Teil noch etwas anders akzentuieren. Aber das ändert nichts daran, dass ein solcher Konsens seinen eigenen Wert hat und zur Integration unserer Gesellschaft, die von so vielen Interessengegensätzen zerklüftet ist, beiträgt. Das kann man eigentlich nicht groß genug einschätzen. Jedenfalls gibt es keinen Grund, diese Leistungen gering einzuschätzen. Wer dies tut, um es noch einmal zu sagen, verachtet die notwendige Konsens- und Kompromisskultur, auf die wir in Deutschland stolz sein können, denn sie ist wesentlich für die weithin positive Entwicklung unserer Wirtschafts- und Sozialordnung gewesen und soll es wieder werden.

Literatur/Quellen:

[1] Erschienen unter diesem Titel in der Reihe „Gemeinsame Texte“ von DBK und EKD Heft 22 vom 28.2.2014 Mainz und Hannover. Zu finden unter: www.dbk.de und www.ekd.de.

[2] www.evangelisch.de und www.katholisch.de.

[3] Der Papst hat übrigens differenzierter argumentiert. Er sagt, *wenn* eine Wirtschaft drastische soziale Ungleichheit und damit wachsende Armut erzeugt – dann tötet sie. Dem kann man nicht widersprechen. Und zumindest die Kritik an wachsender sozialer Ungleichheit findet sich auch im Papier der Kirchen – nur nicht in dieser Sprache.

Autor: Prof. Dr. Gerhard Wegner, Direktor des Sozialwissenschaftlichen Instituts (SI) der Evangelischen Kirche in Deutschland, theol. Pastor

Die Dopinggesellschaft

von Dr. Erich Vogt

Das olympische Feuer in Sotchi ist erloschen. Wie bei allen Spielen gab es Favoritensieger und Favoritenkiller, und Athleten, die beim Dopen erwischt wurden. Der italienische Bobfahrer William Frullani wurde ebenso überführt wie die deutsche Biathletin Evi Sachenbacher-Stehle. Ungeachtet des Entsetzens über „diese Dummheit und Leichtfertigkeit“ – wie es der deutsche Bundestrainer Uwe Mießgang nannte -, machte sich nach der IOC-Mitteilung lediglich ein Gefühl des *déjà vu* Luft. Wirklich überrascht hat es keinen, und neu war es auch nicht.

Was neu war in Sotchi, war die augenfällige Dominanz der Niederländer beim olympischen Eisschnelllauf. Man wusste, dass sie schnell waren. Sie sind es seit Jahrzehnten. Aber ihre Überlegenheit in Sotchi hatte eine andere Qualität. Die niederländischen Eisschnellläufer begnügten sich nicht damit, ihre Gegner zu besiegen. Sie liefen sie in Grund und Boden und demoralisierten sie geradezu. Von 27 möglichen Medaillen gingen 19 an das Oranje-Team. Viermal räumten die Athleten

aus den Niederlanden den kompletten Medaillensatz ab, über 1500-Meter belegten gleich vier Niederländerinnen die ersten vier Plätze.

Die Dominanz war geradezu erdrückend, manche empfanden sie gar als unheimlich. Der Trainer des norwegischen Teams sprach letztlich aus, was viele Beobachter munkelten. Er vermutet, dass Doping im Spiel war. Missgunst der Unterlegenen? Möglich. Beweise für den Verdacht konnte er nicht liefern. Gleichwohl ist die Siegerserie der Niederländer auffällig. Aber sie ist nicht einzigartig. Der spanische Tennisspieler Rafael Nadal hat inzwischen auch alles gewonnen, was es zu gewinnen gibt. Und auch hier war es nicht der Umstand, dass er in der Regel nach drei, vier oder fünf Sätzen routinemäßig den Platz als Sieger verließ. Es war die Art, wie er im Regelfall seine Gegner in ihre unvermeidliche Niederlage schickte.

Was ist ihr Geheimnis?

Dass auch Nadal jetzt im Verdacht steht, sich durch Doping die Dominanz auf dem Platz gesichert zu haben, kann niemanden überraschen. Was Nadal seit Jahren serienmäßig dem Publikum bietet, sind Matches von einem anderen Stern. Wer in mehrstündigen, hart umkämpften und auf höchstem Niveau stehenden Fünfsatzspielen jedem Ball wie ein Sprinter hinterherlaufen und präzise retournieren kann, der muss sich Fragen nach 'seinem Geheimnis' gefallen lassen.

Andre Agassi hat in seiner Autobiographie sein Geheimnis gelüftet. Er hat sich mit Crystal-Meth aufgeputzt. Andere Spitzenspieler waren bisher weniger auskunftsfreudig. Gesprächiger wurden sie erst nach eindeutigen Dopinganalysen. Petr Korda musste zugeben, mit Nandrolon Muskulatur und Erythrozyten gestärkt und vermehrt zu haben. Und Marin Cilic ließ kleinlaut verlauten, mit Nikethamid sein flatterndes Nervenkostüm in kritischen Momenten beruhigt zu haben.

Die Welt-Anti-Doping-Agentur (WADA) wird sich die Schluck- und Spritzpraktiken im weißen Sport genauer anschauen. Bereits heute signalisiert ihr einstiger Chef, der Kanadier Richard Pond, dass ihn nicht überraschen würde, wenn im Tennis ebenso wie im Radsport und der Leichtathletik, und hier insbesondere bei den Schnellkraft- und Kraftdisziplinen Sprint, Kugelstoßen und Hammerwerfen neben Epo die ganze Breite leistungsfördernder Substanzen geschluckt und gespritzt wird – mitunter bis zu hundertfache Mengen nach dem Motto: "Viel hilft viel".

Nur ein bisschen nachhelfen....

Pond hätte bedenkenlos andere Sportarten hinzufügen können. Im amerikanischen Football und Baseball werden seit Jahrzehnten mit der Einnahme von 'performance

enhancing drugs' Rekorde der Superlativen aufgestellt. Aber nicht nur in den großen Sportstadien, wo sich Athleten wie Gladiatoren aufführen, werden leistungsfördernde Mittel gnadenlos geschluckt und gespritzt. Auch in eher unverdächtigen Schwimmhallen wird nicht nur Wasser geschluckt. Und das nicht nur in Diktaturen. Deutschlands Weltmeister und Weltrekordschwimmer Walter Kusch ließ wissen, dass im deutschen Schwimmsport mit Anabolika experimentiert wurde nach dem 'learning-by-doing'-Verfahren. Die Trainer, so Kusch, seien hoch erfreut gewesen, dass es 'irgendwas gab, um nachzuhelfen'.

Dass heute auch im Fußball gedopt wird, will der Mannschaftskapitän des DFB-Teams Philipp Lahm nicht ausschließen. Als Toni Schumacher 1987 in seinem Buch 'Anpfiff' über den weit verbreiteten Gebrauch leistungsfördernder Substanzen im Fußball berichtete, wurde er dafür von seinen Fußballerkollegen als Nestbeschmutzer beschimpft und vom DFB und seinem Club verbannt. Keinen Sturm der Entrüstung entfachte dagegen Franz Beckenbauer mit dem Hinweis, dass Deutschlands Top-Fußballer sicherlich nicht nur Vitaminspritzen bekämen.

Leistung und Lüge

Der Kampf gegen Doping im Sport ist zwar immer noch für Schlagzeilen gut, besonders wenn Superathleten wie Lance Armstrong als Leugner und Lügner überführt werden. Zu gewinnen ist er gleichwohl nicht. Leistungsfördernde Mittel werden seit Jahrzehnten nicht nur im Hochleistungssport geschluckt und gespritzt. Auch die Leistungsträger in Kunst und Kultur, Wirtschaft und Wissenschaft greifen immer häufiger und regelmäßiger in den häuslichen Medizinschrank. Wo es gilt konkurrenzfähig zu bleiben, wenn der nächste Schauspielauftritt bevorsteht, der vom Publikum erwartete Hit oder Bestseller geschrieben oder Nobelpreise in Chemie oder Physik gewonnen werden wollen, muss das Letzte aus dem bestehenden Leistungs- und Kreativpotential herausgeholt werden. Das geht dann mitunter nur noch mit Hilfe leistungsfördernder Mittel.

Mitunter geht unter diesen Vorzeichen dann auch ein Schuss auf fatale Weise nach hinten los. Philip Seymour Hoffman, Amerikas führender und wohl seit Jahren vielseitigster Charakterdarsteller und Oscarpreisträger ('Capote') wurde letztlich ebenso wenig mit dem Erwartungsdruck fertig wie andere vor ihm. Obwohl schon seit Jahren 'clean', führte ihn die Einnahme verschreibungspflichtiger pharmazeutischer Opiate wie OxyContin, Vicodin und Percocet zurück zum Heroin. Diese leistungsfördernden und angstnehmenden Opiate sind laut einer Untersuchung des amerikanischen 'Centers for Disease Control and Prevention' für fünf Mal so viele Tote verantwortlich wie Heroin. Auch Michael Jackson und John Belushi, der bei 'Saturday Night Live' ebenso brillierte wie bei den 'Blues Brothers' und in 'Animal House', suchten dem ständig steigenden Erwartungsdruck durch das systematische

Schlucken und Spritzen einer Kombination dieser Opiate in Verbindung mit Heroin zu entkommen.

Markt mit Nebenwirkungen

Marktgesetze diktieren seit Jahrzehnten bereits, welche Mittel genommen werden. Sie sind auch ein zuverlässiger Indikator für wachsende oder fallende, durch Drogen verursachte Todesraten. Eine Untersuchung im US-Bundesstaat Maryland hat herausgearbeitet, dass in den ersten sieben Monaten des Jahres 2012 die Zahl der an pharmazeutischen Opiaten zu Tode Gekommenen um 15 Prozent gefallen, während die Zahl der an einer Überdosis Heroin Gestorbenen um 41 Prozent gestiegen ist. Der Umstand, dass ein kleines Paket Heroin auf den Straßen des Bundesstaates für 10 US Dollar zu haben ist, während 80 mg OxyContin nicht unter 80 US Dollar zu bekommen sind, hat nicht nur einen erheblichen Einfluss auf die Entwicklung der Todesraten; er 'schmiert' auch den Weg zurück in die Heroinabhängigkeit mit all seinen Folgen. Hoffmans unmittelbarer Tod wird der Wechselwirkung von pharmazeutischen Opiaten und Heroin – der Schauspieler wurde mit einer Heroinnadel im Arm und inmitten herumliegender Opiatpakete in seiner Wohnung in Manhattan aufgefunden – zugeschrieben.

Weniger dramatisch, gleichwohl nicht weniger bedenklich ist der Verzehr von Alkohol in der Kunst- und Kulturindustrie. Ernest Hemingway sagte einst, „das moderne Leben ist eine einzige Unterdrückung und der Alkohol sorgt zumindest vorübergehend für Linderung“. Hemingway war nicht allein mit dieser Sicht der Dinge. Seine Schriftstellerkollegen John Cheever, Tennessee Williams, John Berryman, F. Scott Fitzgerald und Raymond Carver waren wie Hemingway auch dem Alkohol sehr zugeneigt. Hemingway und Fitzgerald machten einst Furore mit ihren Sauf Touren von Lyon nach Paris, auf der sie sich regelmäßig unter Bäumen und im Regen betranken. Williams selbst war bekannt dafür, täglich in seiner Heimatstadt New Orleans in Victor's Bar einen Brandy Alexander in sich aufgenommen zu haben. Und John Berryman, glaubt man Saul Bellows Eindruck, war fest davon überzeugt, dass jede Inspiration in sich den Keim der eigenen Vernichtung trägt. Bellow schreibt: "Wenn John nach langem Brüten endlich das schriftstellerisch in den Griff bekam, worauf er lange gewartet und hingearbeitet, ja sogar inständig gebetet hatte, brach er völlig aufgelöst zusammen. Der Alkohol war sein Stabilisator. Er hat die fatale Intensität und Angst, zu versagen, abgemildert".

Was immer diese großen Schriftsteller trennte, einig waren sie sich, dass nur der Alkohol die in ihnen schlummernde Schaffenskraft und berauschende Prosa zur vollen Entfaltung sowie die ebenso in ihnen wohnende Angst, zu versagen, unter Kontrolle bringen könne. Billy Wilders "The Lost Weekend" hat die beiden Pole Sucht einerseits und Kreativität und Verfall andererseits filmisch zusammengeführt und preisgekrönt auf die Leinwand gebracht, während Tennessee Williams in seinem

Roman “Cat on a Hot Tin Roof” die Protagonisten ‘Brick’ und ‘Big Daddy’ über den Katalysator Bourbon in Rage und Ekstase versetzte.

Management by Drugs

Leistungsfördernde Mittel sind jedoch nicht das Prärogativ der Kunst- und Kulturelite. Auch auf den Führungsetagen in der Wirtschaft wird geschluckt und gespritzt. Symptomatisch dafür ist der ‘Werdegang’ des Hedge-Fund-Traders Sam Polk, der auf der Wall Street mit seinen Deals Millionen zusammengescheffelt hat. Auf Touren gebracht hatte Polk sich zu Beginn seiner Karriere mit Alkohol. Als dessen Wirkung verflachte, stieg er auf leistungsfördernde Drogen um. Und als er auch deren Wirksamkeit schwinden sah, stieg er auf die ultimative leistungsfördernde Droge um: Money und Macht. Nun ging es Polk nur noch darum, bei den ganz Großen im Geschäft, den Milliardären, auf Augenhöhe mitzumischen. Money als Mittel zur Macht und Anerkennung.

Das ‘große Ziel’ erreichte Polk ungeachtet all seiner Bemühungen nicht. Eine Unachtsamkeit, ein unbedacht dahingesprochener Hinweis im Kreise einer Handvoll ‘Blue-Chip’-CEOs über die Sinnhaftigkeit bessere Regularien für die Hedge-Fond-Industrie, brach ihm das Genick. “Zuerst durchbohrte mich der stechende Blick eines CEOs. Dann folgte das vernichtende Urteil, dass ich nicht über genügend Hirnmasse verfüge, um mich kompetent zur Gesamtsituation des Systems zu äußern. Der CEO hatte offensichtlich Angst, in Zukunft weniger Geld einzukassieren. Die Tatsache, dass er bereits über eine Milliarde Dollar beiseitegelegt hatte, spielte dabei keine Rolle”.

Polk stieg aus als er das wahre Gesicht dieser Geld- und Machtsucht erkannte. Er sah nun die Kommentare seiner ‘fellow traders’, die routinemäßig über neue Boni-Regelwerke schimpften und Steuerpläne aus Prinzip mit den schlimmsten Schmutzwörtern bedachten, in einem anderen Licht. Und dann fragt er: “Haben Sie schon einmal einen Drogensüchtigen gesehen, dem der Stoff ausgegangen ist? Er bewegt Himmel und Hölle, er würde 20 Meilen zu Fuß gehen oder einer Großmutter ihr Gespartes abnehmen, um schnellst möglich an den nächsten Schuss zu kommen. Die Wall Street funktioniert genauso. Die Monate vor der Auszahlung der Boni haben viel gemein mit der Nachbarschaft im Film ‘The Wire’, als den Leuten das Heroin ausgegangen ist und sie einen neuen Schuss brauchen”.

Kopfarbeit ohne Gehirnjogging

Ähnliches gilt auch für große Teile der Wissenschaft und vor allem für den wissenschaftlichen Nachwuchs. Es gilt, im Wettbewerb zu bestehen und mit herausragenden Beiträgen und Forschungsergebnissen seinen Platz in der

Gesellschaft zu finden und zu sichern. Welche Blüten dieser Kampf treibt, zeigt ein Blick in die Lernzimmer der Studenten. “Study drugs” gehören heute ebenso zum Alltagsinventar wie Textbücher und Laborinstrumente. Sie sollen Studenten helfen, effektiver zu lernen, sich länger zu konzentrieren und Prüfungen ohne panische Angst im Nacken zu absolvieren. Die Studierdrogen Adderall, Ritalin, Dexedrine und Concerta, zum Beispiel, sind derzeit die großen Renner auf den Campi der amerikanischen Universitäten. Ihnen gemein ist die Stimulierung von mentalen Gehirnfunktionen. Sie sollen Vorteile im Kampf um die besten Noten bringen und die Erfolgschancen auf die gesuchten Stellen nach Studienschluss erhöhen. Verkauft werden diese Drogen für 10 bis 15 Dollar das Stück.

Dass sich Studenten durch die Einnahme dieser leistungsfördernden Drogen Vorteile gegenüber denen verschaffen, die sie nicht nehmen, scheint einer Umfrage zufolge nicht nachhaltig ihre Entscheidung und ihr Verhalten zu beeinflussen. Von Unrechtsbewusstsein keine Spur. Auch die bekannten Nebenwirkungen wie innere Unruhe und Ängstlichkeit, Persönlichkeitsveränderungen, extreme Stimmungsschwankungen, Schlafstörungen und Appetitverlust, Kurzatmigkeit, Halluzinationen und epileptische Anfälle werden bewusst in Kauf genommen und dem Ziel, erfolgreich zu sein, untergeordnet. Und die Universitätsverwaltungen schauen bewusst weg. Auch sie wollen offensichtlich Studenten, die vor allem ergebnisorientiert und erfolgreich ihr Studium angehen und bewältigen. Die Reputation der Universitäten und damit auch die von der Privatindustrie und der öffentlichen Hand zur Verfügung gestellten Mittel hängen unmittelbar von der Performance der Studenten ab.

Deutschlands Studenten befinden sich inzwischen auch auf dem Gehirndopingtrip. Eine Untersuchung der Universität Bielefeld dokumentiert, dass von etwa 3500 zufällig ausgewählten Studenten an vier großen deutschen Universitäten 40 Prozent mindestens einmal in sechs Monaten eine ‘study drug’ geschluckt haben; jeder Vierte gar mehr als dreimal. Und wie in Amerika und Kanada treibt auch deutsche Studenten die Angst vor Prüfungen und die Sorge, mögliche Wettbewerbsvorteile nicht zu nutzen, zur Einnahme von ‘study drugs’. Gleichwohl geben sie an, von einer weiteren Einnahme abzusehen, wenn die Prüfungsordnungen dies ausdrücklich vorschreiben würden.

Stressbewältigung beim Apotheker

Auch Otto Normalverbraucher nimmt inzwischen Pillen, die die Leistungsfähigkeit erhöhen und das Durchhaltevermögen steigern, die Stimmung heben, Ängste vertreiben und entspannen. Letzten Sommer haben AOK und DAK darauf hingewiesen, dass das ‘Gehirndoping’ in der Bevölkerung in zehn Jahren um 400 Prozent gestiegen sei. Der Studie zufolge konsumieren etwa 800.000 Menschen in Deutschland mehrmals pro Woche oder gar täglich Psychopharmaka, um am

Arbeitsplatz bessere Leistungen zu erzielen oder Stresssituationen besser in den Griff zu bekommen. Frauen bevorzugen vor allem angstlösende Präparate während Männer vorzugsweise zu leistungsfördernden Mitteln greifen. Dazu stellt AOK-Chef Uwe Deh fest, dass die neue Arbeitswelt mit ihren Anforderungen an Flexibilität, Erreichbarkeit und Mobilität den Nährboden für die neuen Süchte bilden.

Von diesem Leitgedanken, durch die Einnahme leistungsfördernder und angsthemmender Substanzen den Platz in der Gesellschaft zu sichern, werden inzwischen selbst die persönlichsten und intimsten Bereiche zwischenmenschlicher Beziehungen nicht mehr ausgespart. Welchen anderen Zweck als den der Platzsicherung sowie der anhaltenden Steigerung der Leistungsfähigkeit verfolgt die Einnahme des Potenzmittels Viagra?

Gewinne, Gewinne, Gewinne.....

In einer globalisierten Markt- und Leistungsgesellschaft, in der nur noch Sieger zählen und diese Ruhm und Reichtum für sich reklamieren können, gelten überall dieselben Gesetzmäßigkeiten. Vom Sport einen anderen Ethos oder anderes Wettbewerbsverhalten zu verlangen als von der industriellen Landwirtschaft zum Beispiel, wo durch Saatgutgenmanipulation oder Verabreichung von Wachstumshormonen gewinnbringende Wettbewerbsvorteile erzielt werden können, wäre im wahrsten Sinne des Wortes verlogen.

Und was der Landwirtschaft recht ist, ist der fossilen Energiewirtschaft natürlich billig. Auch deren Wettbewerbsfähigkeit hängt ab von dem ihm zugestandenem Recht, jedes Jahr Millionen Tonnen Kohlendioxid in die Atmosphäre zu pumpen, ohne die Kosten für die negativen Externalitäten, die sie damit produzieren, zu tragen. In diesem 'Wettbewerb' hat es die organische Landwirtschaft ebenso schwer sich zu behaupten wie die erneuerbare Energiewirtschaft. Ein Zyniker, der hier dem fairen Wettbewerb das Wort redet.

An Versuchen, dieses inzwischen fast alle Bereiche des Lebens durchdringende unselige Rad der Leistungs- und Marktgesellschaft zurückzudrehen, hat es zu keiner Zeit gefehlt, weder im Sport noch in der Gesellschaft schlechthin. Erinnerung sei an den Widerstand des einstigen IOC-Granden Avery Brundage gegen die Teilnahme von Profis an Olympischen Spielen. Oder an die Entscheidung von ARD und ZDF, Bandenwerbung bei Sportübertragungen auszublenden oder gar zu untersagen. Beide wurden von den auf Macht und Money fixierten Marktgesetzen letztlich überrollt. IOC und die Öffentlich-Rechtlichen haben sich inzwischen mit den neuen Regeln hervorragend arrangiert.

Mit Ethos alleine ist der Leistungs- und Marktgesellschaft nicht beizukommen, weder im Sport noch in der Gesellschaft. Das kann nur eine neue Kultur, die für die Gesellschaft genauso verbindlich ist wie für den Sport. Es gilt also, die Diskussion vom Kopf wieder auf die Beine zu stellen. Denn der Kampf gegen das Doping ist de facto nicht mehr als eine Scheindebatte, und die vielen kleinen Teilerfolge sind nichts anderes als ein Beruhigungsmittel. Dieser Kampf sollte eingestellt werden. An seine Stelle muss eine offensiv geführte und breit angelegte öffentliche Diskussion über das krankmachende Werte- und Wirtschaftsmodell treten. Der Sport wird nur so fair und sauber sein können wie der Rest der Gesellschaft. Oder genauso schmutzig.

Autor: Dr. Erich Vogt, lehrt Internationale Entwicklungspolitik, Klimawandel und Nachhaltige Entwicklung, derzeit an der Universität Toronto, Kanada

Crowdsourcing

von Julia Neugebauer und Dr. Thomas Klebe

Für eine handvoll Dollar oder Workers of the crowd unite?

Die Internetplattformen, die als Vermittler zwischen Auftraggeber und Crowdworkern fungieren, haben in den letzten Jahren ein erstaunliches Wachstum zu verzeichnen. *TopCoder* mit Sitz in Massachusetts gibt auf seiner Homepage per 13.09.2013 an, 511.129 Mitglieder zu haben. *Freelancer* nennt per 14.09.2013 insgesamt 8.873.442 Nutzer und 4.928.506 Projekte. Auch deutsche Plattformen wie *Clickworker* oder *twago* haben inzwischen erheblichen Umfang angenommen. Am 10.10.2013 gibt *twago* für sich 228.869 Experten und ein Auftragsvolumen von 172.104.30 € an. *Clickworker* nennt 400.000 Mitglieder. *Amazon Mechanical Turk* mit Sitz in Seattle (USA), einer der Marktführer, macht überhaupt keine Angaben.

Insgesamt soll es derzeit über 2.000 Crowdsourcing-Plattformen geben. Die Branche behauptet von sich selbst, dass ihre „Beschäftigten“ jedes Jahr verdoppelt werden.^[1] Dabei umfassen die Plattformen unterschiedlichste Bereiche und Aufgaben. Zu den externen Plattformen kommen interne [wie z.B. bei IBM](#) hinzu.^[2] Seit 2011 gibt es den Deutschen Crowdsourcing-Verband e. V., der sich als Interessenvertretung und Aufklärungsorgan rund um das Thema versteht.^[3]

Durch externes Crowdsourcing kann eine zweite Entgeltlinie entstehen und damit erheblicher Druck auf die Stammbesellschaft ausgeübt werden. Auch ist es denkbar, dass Crowdworker, ohne es zu wissen, da die Beziehung zum Auftraggeber gewöhnlich anonym bleibt, als Streikbrecher eingesetzt werden. Wenig überraschend steht für viele Crowdworker die Entlohnung im Vordergrund. Für *Amazon Mechanical Turk* wird angegeben, dass 66 % der „Turkers“ die Arbeitsentlohnung auf der Plattform als wichtigste Einnahmequelle betrachten. 34 % versuchen etwas hinzuzuverdienen.[4] Nun kann keineswegs davon ausgegangen werden, dass die Entlohnung angemessen und fair wäre. Zum einen können Projekte so angelegt sein, dass nur der Schnellste oder Beste eine Entlohnung erhält. Die Anderen haben dann umsonst gearbeitet und ihre Arbeitskraft verschwendet. Zum anderen sind die Vergütungen in aller Regel, wenn es sich nicht um Spezialistenarbeiten handelt, durchaus bescheiden.[5] Laut *c't, Magazin für Computertechnik*, verdient ein Clickworker durchschnittlich 5,- € / Std. brutto[6] Bei den amerikanischen Plattformen liegt die Entlohnung meist deutlich unter dem amerikanischen Mindestlohn von z.Zt. 7,25 \$. In Ausnahmefällen gibt es deutlich höhere Verdienste.[7]

Der rechtliche Rahmen

Die Plattformen agieren üblicherweise als Vermittler, als Intermediäre. Sie sind also Partner beider Seiten. So entsteht kein Rechtsverhältnis zwischen Auftraggeber und Crowdworker. Der externe Crowdworker wird als Selbständiger angesehen. Man wird ihn auch nicht als arbeitnehmerähnliche Person (§ 12 a TVG) einordnen können, da sich seine wirtschaftliche Abhängigkeit nicht auf wenige Personen begrenzen lässt und auch wegen der Anonymität der Auftraggeber nicht nachzuweisen wäre.[8]

Die Rechtsbeziehungen werden üblicherweise durch Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB) geregelt. Das darüber hinaus anwendbare Recht und der Gerichtsstand richten sich nach dem Sitz des Unternehmens. So sind dies z.B. für *TopCoder* und *InnoCentive* das Recht des Staates Massachusetts und das US-Recht im Allgemeinen. Für *Amazon Mechanical Turk* mit Sitz in Seattle gilt das Recht des Staates Washington und US-Recht, bei *Freelancer* mit Sitz in Sydney das Recht des australischen Staates New South Wales. Bei *Clickworker* und *twago* gilt deutsches Recht.

Das Arbeitsrecht findet auf externe Crowdworker keine Anwendung. Mindestlöhne, Urlaub oder Entgeltfortzahlung gelten also für sie nicht. Auch in den USA findet auf Crowdworker Arbeitsrecht jedenfalls bisher keine Anwendung. Das kann sich für die Zukunft ändern: In San Francisco ist ein Verfahren anhängig, mit dem Crowdworker die Anwendbarkeit des *Fair Labour Standard Act's* und der Mindestlöhne auf ihrer Arbeit durchsetzen wollen.[9] Der CEO der Plattform *CrowdFlower*, *Biewald*, hatte in einem Interview angegeben, dass viele der auf dieser Plattform Beschäftigten nur

2-3 \$ / Std. verdienten. Der Mindestlohn beträgt in Kalifornien, dem Heimatstaat von *CrowdFlower*, 8 \$ und in San Francisco, dem Sitz des Unternehmens, 10,55 \$. Sollte dieser „Class Action“-Prozess von den Klienten erfolgreich geführt und sie nicht mehr als Selbständige, sondern als AN angesehen werden, auf die der Fair Labour Standard Act und die Mindestlöhne Anwendung finden, würde das auf Billigentgelten basierende System vieler Plattformen deutlich in Frage gestellt und ein Mindestschutz für die Crowdworker erreicht werden.

Bei Geltung ausländischen Rechts und einem Inlandsbezug, weil z. B. der externe Crowdworker in Deutschland lebt und arbeitet oder weil die ausländische Plattform ihre Geschäftsbedingungen in Deutschland verwendet, indem sie sie so auf die Internetseite gestellt hat,^[10] findet der Grundsatz der freien Rechtswahl eine Einschränkung durch den sog. *Ordre public* (Art. 21 Rom I-VO).^[11] Eine solche Unvereinbarkeit ausländischen Rechts mit der deutschen öffentlichen Ordnung ist jedoch aus den AGB der Plattformen nicht ersichtlich. Auch eine Anwendung dt. Rechts, weil der Crowdsourcer als Verbraucher anzusehen ist, scheidet wegen Art. 6 Abs. 1 und 2 Rom I-VO aus. Die dortige Definition des Verbrauchers ist deutlich enger als die in § 13 BGB. Art. 8 Abs. 1 Rom I-VO hilft nur dann, wenn man den Sourcer als Arbeitnehmer, zumindest in Analogie, ansehen könnte und die §§ 305 ff. BGB als zwingendes Recht.^[12] Dies würde dann auch gelten. Das sind zurzeit offene Rechtsfragen, die möglicherweise auch durch die amerikanische Rechtsentwicklung beeinflusst werden. Somit kommt bei hinreichendem Inlandsbezug^[13] lediglich gem. Art. 9 Rom I-VO eine Überprüfung anhand der sog. Eingriffsnormen^[14], zu denen auch der Schutz des allgemeinen Persönlichkeitsrechts mit seiner überindividuellen auch auf Wahrung des öffentlichen Interesses,^[15] der demokratischen Grundprinzipien, gerichteten Zielsetzung.

AGB-Regelungsbeispiele

Bei den Nutzungsrechten erfolgt üblicherweise eine vollständige Übertragung auf die Plattform mit dem Recht, diese an Dritte weiterzugeben. Dies ist ja der Sinn der Vermittlung. Teilweise verbleiben Nutzungsrechte beim externen Crowdworker. Teilweise wird sogar eine Rechtsübertragung an abgelehnten, nicht bezahlten Arbeiten festgelegt. Dies jedenfalls ist mit dt. Recht nicht vereinbar, da hierin ein Verstoß gegen § 307 II 1 BGB i.V. z.B. mit § 11 UrhG zu sehen ist.^[16] Bei der Gewährleistung wird teilweise eine dreitägige Frist zur Nacherfüllung vorgesehen. Da die Nachbesserungsfrist im Einzelfall eine Abwägung beiderseitiger Interessen voraussetzt, dürfte eine solche pauschalierte Frist eine unangemessene Benachteiligung des externen Crowdworkers (§ 307 I 1 BGB) sein.

Erstaunlich sind die Kontaktverbote, die manchmal in AGB vorgesehen sind, wie z. B. „Falls sie von einem Dritten wegen Beschäftigungsmöglichkeiten (...) als Ergebnis ihrer Teilnahme an *TopCoder*-Wettbewerben angesprochen werden, werden Sie

TopCoder sofort über diese Kontaktaufnahme informieren“ oder „... keine Angabe der E-Mail-Adresse oder anderer Adressen auf der Seite“ und „Verbot, mit einem anderen User außerhalb von *feelancer.com* Kontakt aufzunehmen“. Auch solche Regelungen sind schon wegen der Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts unwirksam. Erstaunlich ist der Prozess, wie man auf manchen Plattformen registriert wird oder auch nicht. *Amazon Mechanical Turk* teilt bei der Ablehnung ohne Begründung lediglich mit: „Unsere Auswahlkriterien sind rechtlich geschützt und wir können den Ablehnungsgrund nicht bekanntgeben“ - nicht gerade ein leuchtendes Beispiel für Transparenz.

Weitere individualrechtliche Fragestellungen im deutschen Recht

Ist das Crowdfunding eine externe Nebentätigkeit, der der AN neben seinem Hauptarbeitsverhältnis nachgeht, liegt die Aufnahme grundsätzlich in der freien Entscheidung des Arbeitnehmers. Die Nebentätigkeit kann dann unzulässig werden, wenn sie zu einer erheblichen Beeinträchtigung der Arbeit im Hauptarbeitsverhältnis (vgl. § 241 Abs. 2 BGB) führt oder Wettbewerbsinteressen des Arbeitgebers verletzt.^[17] Teilweise ist in Arbeits- oder auch Tarifverträgen eine Regelung zur Anzeigepflicht bei Aufnahme einer Nebentätigkeit oder ein Vorbehalt der Genehmigung durch den Arbeitgeber vorgesehen.^[18] Bei der Bezahlung stellt sich die Frage der Sittenwidrigkeit bzw. des Wuchers (§138 BGB).^[19] Schließlich sind Crowdworker, jedenfalls nach z. Zt. vorherrschender Ansicht, Selbstständige und demzufolge verpflichtet, Einkommensteuer und bei entsprechenden Einnahmen auch Umsatzsteuer zu zahlen.

Gewerkschaftliches Handlungsinteresse

Bei einem gewerkschaftlichen Handlungsansatz geht es darum, Hilfe gegen unfaire Arbeitsbedingungen anzubieten und idealtypisch ein [gemeinsames, gesellschaftliches Verständnis von guter digitaler Arbeit](#) zu schaffen. Dies ist auch deshalb ein Ziel, weil jedenfalls perspektivisch Crowdworker die Aufnahme in die sozialen Sicherungssysteme über diese Tätigkeit finden sollten.

Bei internem Crowdsourcing geht es um eine Regulierung der Arbeitsbedingungen insbesondere durch Ausübung der Mitbestimmungsrechte, wie z.B. beim Datenschutz, gegen eine permanente Transparenz der Arbeit, für faire Entgeltsysteme, gegen eine Verfügbarkeitskultur und auch für eine klare Struktur in den Projekten (wer führt, koordiniert und hat die Verantwortung?).

Bei externem Crowdsourcing stellen sich die gleichen Fragen wie bei jeder Fremdvergabe von Arbeiten. Ein weiteres Motiv für gewerkschaftliches Handeln ist es, die Ersetzung von Stammbeschäftigten durch Crowdworker, die Umgehung

arbeitsrechtlicher Schutzvorschriften und Tarifverträge sowie betriebsratslose Regionen zu verhindern.

Handlungsmöglichkeiten des Betriebsrats bei Internem Crowdsourcing

Selbstverständlich bestehen die üblichen Informations- und Beratungsrechte gem. §§ 80, 90, 92, 92 a, 106 und 111 BetrVG, wonach der Betriebsrat rechtzeitig über geplante Veränderungen im jeweiligen Bereich zu informieren ist. Die erforderlichen Unterlagen und Begründungen sind ihm zu geben und, falls erforderlich, auf Dauer zu überlassen.^[20] Darüber hinaus kommen Mitbestimmungsrechte insbes. nach §§ 87 Abs. 1 Nr. 6, 95 und 111 BetrVG^[21] in Frage. Erforderlich ist jeweils eine Prüfung im Einzelfall, da durchaus Mitbestimmungsrechte nach § 87 Abs. 1 Nrn. 1, 7, 10 und 11 oder bei Arbeitszeitfragen entstehen können. Dies hängt davon ab, wie das interne Crowdsourcing organisiert wird.

§ 94 Abs.1 BetrVG kommt in Betracht, wenn Beschäftigtenprofile in Skilldatenbanken gestellt werden oder eine Bewertung der Einsätze erfolgt (vgl. § 94 Abs. 2 BetrVG Beurteilungsgrundsätze).^[22] Auch § 95 BetrVG kann einschlägig sein, wenn der Anteil der Fremdfirmenarbeit, der externen Crowdworker, festgelegt werden soll.^[23] Zudem können die § 96 – 98 BetrVG mit den entsprechenden Weiterbildungsfragen, § 99 BetrVG, wenn die Veränderung der Arbeit zu einer Versetzung und einer neuen Eingruppierung führt, und vor allem §§ 111 Nr. 4 und 5, 112 BetrVG mit einer Änderung der Betriebsorganisation und der Einführung neuer Arbeitsmethoden eingreifen.

Handlungsmöglichkeiten des Betriebsrats bei externem Crowdsourcing

Hier entstehen die beim *Outsourcing* üblichen Rechte. Die Informations- und Beratungsrechte sind mit den gerade genannten identisch. Mitbestimmungsrechte können nach § 95 BetrVG bei Festlegung des Anteils der Fremdfirmenarbeit und ebenfalls nach § 111 Nr. 4 und 5 BetrVG wie beim internen Crowdsourcing entstehen. Zudem ist es möglich auf freiwilliger Basis sogenannte „Besservereinbarungen“ abzuschließen, die Mindestarbeitsbedingungen für die Crowdworker festlegen.

Individuelle Hilfestellungen für Crowdworker und rechtspolitische Forderungen

In vielem ist die Ausgangssituation bei externem [Crowdsourcing vergleichbar mit der Vereinzelung von Arbeitnehmern](#) im 19. Jahrhundert vor Gründung der Gewerkschaften. Deshalb ist es in einem ersten Schritt wichtig, eine Plattform zum Informationsaustausch und zur Koordinierung der Interessen zu schaffen, wie dies in den USA mit „Turkopticon“ geschehen ist. Hier können faire Mindestbedingungen

für Crowdfunding diskutiert werden. Auch die öffentliche Meinung zu Crowdfunding und ihre Beeinflussung spielt eine große Rolle.

Da es sich bei den meisten Crowdworkern nicht im herkömmlichen Sinne um ArbeitnehmerInnen oder arbeitnehmerähnliche Personen handelt (vgl. oben), erscheint eine Erweiterung des Arbeitnehmerbegriffs durch die Rechtsprechung oder den Gesetzgeber erforderlich. Zudem sollte der Betriebsrat ein Mitbestimmungsrecht bei der Fremdvergabe erhalten. Die Informations- und Beratungsrechte sollten, so wie bei allgemeinen Werkverträgen gefordert, präzisiert werden.

Schließlich sind Gewerkschaften aufgerufen, Angebote in Beratung und Rechtsschutz auch für Crowdworker zu entwickeln, die keine Personengruppe sind, die für die klassische Beschäftigung und nicht zuletzt auch für die Sozialversicherungssysteme unbeachtlich wären und ignoriert werden könnten.

Der Artikel basiert auf einer längeren Fassung, die in der Zeitschrift „Arbeit und Recht“, Nr.1 / 2014, 62. Jg., S. 4-7 erschienen ist.

Literatur/Quellen:

[1] Schmidt, The Good, the Bad and the Ugly, S. 1f., mwN., Critical Writing in Art & Design, Royal College of Art, London, 2013.

[2] Vgl. Darstellung in: IG Metall Vorstand, Crowdsourcing, Beschäftigte im globalen Wettbewerb um Arbeit am Beispiel IBM, Februar 2013.

[3] [http:// www.crowdsourcingverband.de](http://www.crowdsourcingverband.de) (28.08.2013)

[4] Zit. nach Leimeister/Zogay, Neue Arbeitsorganisation durch Crowdsourcing, Arbeitspapier 287 der Hans-Böckler-Stiftung, Juli 2013, S. 72.

[5] Vgl. Beispiele zur Entlohnung der Crowd bei Leimeister/Zogay, S. 74 und auch Schmidt, S. 1 zum Preisverfall z. B. bei der Fotobearbeitung.

[6] Vgl. c´ t v. 26.04.2011.

[7] Vgl. Leimeister/Zogay, S. 73 f.

[8] *Däubler/Reinecke*, TVG, § 12 a Rn. 20 f.

[9] *Otey & Greth ./.* CrowdFlower Inc., *Biewald, van Pelt*, Case No. 3: 12-CV-05524-JST. <http://www.leagle.com/decision/In%20FDCO%2020130618A76>

[10] *BGH* 11.02.2010 – I ZR 178/08, NJW 2010, 2661; Witte, IT-Recht kompakt, 2012, 130 (131).

[11] Hierzu Palandt-*Thorn*, 72. Aufl. (2013), Rom I 21, Rn. 5; *Däubler*, Internet und Arbeitsrecht, 4. Aufl. (2013), Rn. 423.

[12] Vgl. Clemenz/Kreft/Krause-Krause, AGB-Arbeitsrecht (2013), Einf., Rn. 124.

[13] *ErfK-Schlachter*, 13. Aufl. (2013), Rom I-VO, Art. 9 Rn. 21 (Nr. 535); Palandt-*Thorn*, Rom I 9, Rn. 5 mwN.

[14] Vgl. *Deinert*, Internationales Arbeitsrecht (2013), § 10 Rn. 11 ff.; Palandt-*Thorn*, Rom I 9, Rn. 5 ff.

[15] *BAG* 24.3.92 – 9 AZR 76/91, NZA 1992, 1129; *ErfK-Schlachter*, Rom I-VO, Art. 9 Rn. 21; Palandt-*Thorn*, Rom I 9, Rn. 5.

[16] Vgl. *Däubler*, Internet und Arbeitsrecht, Rn. 561 ff.

[17] Vgl. z. B. *Schaub-Linck*, Arbeitsrechtshandbuch, 15. Aufl. (2013), § 42 Rn. 4 ff. mwN. zur Rspr. des *BAG*; vgl. auch *Däubler/Bonin/Deinert-Däubler*, AGB-Kontrolle im Arbeitsrecht, 4. Aufl. (im Erscheinen), Anhang zu § 307 BGB, Rn. 61 b ff.; Clemenz/Kreft/Krause-Klumpp, § 307 Rn. 198 ff.

[18] *Däubler/Bonin/Deinert-Däubler*, Anhang zu § 307 BGB Rn. 61 i ff.

[19] Palandt-*Ellenberger*, § 138 Rn. 2 ff.; 24; 66 ff.

[20] Vgl. z. B. *DKKW-Buschmann*, BetrVG, 14. Aufl. (2014), §§ 80 Rn. 96 ff., 105 f. und 112 ff.; *DKKW-Klebe* § 90 Rn. 19 ff., sowie die entspr. Kommentierungen zu den anderen genannten §§.

[21] Vgl. *DKKW-Klebe*, § 87 Rn. 201 und § 95 Rn. 32, sowie *DKKW-Däubler*, § 111 Rn. 111 a.

[22] Vgl. *DKKW-Klebe*, § 94 Rn. 38, 41, 44.

[23] DKKW-Klebe, § 95 Rn. 32.

Autoren: **Julia Neugebauer**, geboren 1989 in Paderborn, seit 2014 Rechtsreferendarin am Landgericht Gießen, **Dr. Thomas Klebe**, Leiter des Hugo Sinzheimer Instituts für Arbeitsrecht in Frankfurt am Main

Raus aus der Retro-Falle der Ungerechtigkeit

von Christiane Benner

Die Hälfte der Menschen in Deutschland hat nur aufgrund des Geschlechts deutlich schlechtere Chancen im Arbeitsleben. Wir reden hier vom 21. Jahrhundert und einem der reichsten und freiesten Länder der Welt. Frauen verdienen hierzulande immer noch 22,2 Prozent weniger Geld als Männer; sie sind in den Niedriglohnbranchen überproportional erwerbstätig, haben dementsprechend ein deutlich höheres Risiko von Altersarmut betroffen zu werden und sind unterdurchschnittlich in Führungspositionen der Wirtschaft, Wissenschaft und Politik vertreten. In den oberen Entgeltgruppen finden wir nahezu keine Frauen. Das muss sich ändern!

Die Dominanz des männlichen Erwerbsmusters in unserer Gesellschaft wird über die verbreitete Ignoranz von Erziehungszeiten deutlich. Eine hochqualifizierte Frau, die ins mittlere Management eines DAX-Konzerns aufsteigt und ein Kind bekommt, wird spätestens jetzt merken, dass ihre Karriere nicht nur einen Knick bekommt, sondern aller Voraussicht nach beendet ist und sie nach der Erziehungszeit auf einer deutlich niedrigeren Stufe ihren Berufsweg neu starten muss. Auch diese Karriereknick sind ein Grund, weshalb Frauen nach ihren Erziehungszeiten häufig nur einen Job im Niedriglohnbereich finden, der Flexibilität bietet. Auf der anderen Seite sind die Niedriglohnbranchen der Pflege, des Einzelhandels, des Service von einer geringen gesellschaftlichen Wertschätzung geprägt, die sich auf dem Gehaltszettel bemerkbar macht.

In Deutschland erlangen ca. 2 Prozent mehr Frauen einen Universitätsabschluss als Männer. Sie beginnen im Schnitt früher als Männer ein Studium oder eine Ausbildung. Doch schon nach drei Jahren Berufspraxis bekommen sie im Durchschnitt 18,7 Prozent weniger Gehalt als Männer. Volkswirtschaftlich betrachtet ist diese Form der Diskriminierung und letztlich auch der Demotivation eine

beträchtliche Missachtung von gesellschaftlichen Potentialen, denn letztlich hat die Steuerzahlerin oder der Steuerzahler in die Bildung der Frau investiert. Gerade in Zeiten von Fachkräftediskussionen und Debatten um den demographischen Wandel erscheint diese Realität äußerst bitter und widersprüchlich.

Wir brauchen einen Kulturwandel

In jedem fünften, deutschen Familienhaushalt ist die Frau inzwischen Hauptverdienerin - die Tendenz ist steigend. Das männliche Erwerbsmuster bröckelt, zumindest auf der Beschäftigenebene, ist aber nach wie vor dominant. Deshalb brauchen wir endlich einen nachhaltigen Kulturwandel, der in vielen westlichen Ländern schon längst eingetreten ist. Zum Beispiel ist es in den skandinavischen Ländern völlig normal, dass eine Managerin eine Dienstbesprechung für ein kurzes, wichtiges Telefonat mit ihren Kindern unterbricht. Das ist in Deutschland absolut undenkbar. Allerdings sehen wir auch innerhalb Deutschlands strukturelle und kulturelle Unterschiede in der Anerkennung weiblicher Erwerbsarbeit. In Ostdeutschland sind deutlich weniger Frauen von der Entgeltlücke betroffen als im Westen der Republik. Das liegt nicht nur an der besseren Betreuungssituation für Kinder, sondern auch an traditionellen Erwerbsmustern.

Doch wie schaffen wir den Kulturwandel zu einer geschlechtergerechten Arbeitswelt? Eine Möglichkeit wäre ein „Karrierebaustein“ für Erziehung, Pflege und soziales Engagement. Diese Maßnahme könnte zum Tragen kommen, wenn bei einer Beförderung eine Betreuungsleistung mit einem Auslandsaufenthalt oder einer Weiterbildung gleichgesetzt wird. Die Unternehmen würden damit deutlich machen, dass Kinder kein Karrierehindernis sind und Eltern würden Familie und Arbeitsleben nicht mehr als eklatanten Widerspruch in der Lebensplanung empfinden, bei dem zwangsläufig ein Elternteil „auf der Strecke bleibt“ und das ist meist die Frau, weil sie ja den geringeren „Wert“ auf dem Arbeitsmarkt erbringt, womit wiederum die Anerkennungsspirale weiter nach unten gedreht wird.

Es klingt ja so banal, aber trotzdem muss man scheinbar den Satz häufiger wiederholen: „Kinder sind unsere Zukunft“, sowohl für die Unternehmen, für die Sozialsysteme, für den Wohlstand, für die gesamte Gesellschaft. Denn der Kulturwandel zu einer Familie, in der alle Personen gleichgestellt sind, wird maßgeblich durch die Arbeitswelt determiniert. Sie festigt mit verstaubten Leistungs- und Loyalitätsansprüchen das maskuline Alleinernährermodell. Leistungsbereitschaft im Arbeitsleben und Loyalität gegenüber der Familie müssen sich nicht widersprechen, das machen uns doch viele andere Länder vor.

Führungskräfte sind dem Loyalitätsdruck von Unternehmensseite viel stärker ausgesetzt, deshalb ist es auch kein Wunder, dass Frauen hier unterrepräsentiert sind. Warum können Führungskräfte nicht auch Teilzeit machen und zum Beispiel

nach 16 Uhr nicht mehr erreichbar sein? Sie sind doch auch in der Nacht nicht erreichbar. In den Niederlanden und den skandinavischen Ländern sind derartige Regelungen schon Normalität. Die Hindernisse bei der „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ betreffen aber nicht nur Führungskräfte oder HochschulprofessorInnen, auch wenn dort die Entgeltlücke und GeschlechterUNgerechtigkeit am stärksten ausgeprägt ist. Zum Beispiel haben viele Kolleginnen immer wieder Schwierigkeiten an Weiterbildungen teilzunehmen, wenn sie zuhause ein betreuungsbedürftiges Kind haben. Auch hier sollten Angebote entwickelt werden, die Eltern nicht von ihren Qualifikationsansprüchen ausgrenzen.

Politische Konzepte im Streit um das Familienbild

Wir schaffen den Kulturwandel aber nur mit einem vorausschauenden und damit auch verantwortungsvollen Staat, der Betreuungsangebote für Kinder bereithält und Familien und damit auch die Frauen unmittelbar fördert und unterstützt. Die Baustellen für eine fortschrittliche, geschlechtergerechte Politik finden sich im Steuersystem, bei den Sozialversicherungen und in der Arbeitsmarktpolitik. Warum werden alleinerziehende Mütter, die Hartz IV-Leistungen beziehen, vom Staat so im Stich gelassen. Das ist die Ursache für den so rasanten Anstieg der Kinderarmut in einem der reichsten Länder der Welt. Und selbst wenn sie arbeiten, werden sie mit Steuern und Abgaben belastet, die in keinem Verhältnis zu ihren Erziehungsleistungen stehen. Zudem muss das Ehegattensplitting neujustiert werden und endlich der gesetzliche Mindestlohn eingeführt werden, der unmittelbar auf die Entgeltlücke wirkt. Der Staat ist gefordert endlich die nötigen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Die Debatten um die „Herdprämie“ haben die Lager der öffentlichen Auseinandersetzungen anschaulich gemacht. Dabei stand auch die Rolle des Staates im Zentrum der Diskussion. Die geringe Inanspruchnahme der „Herdprämie“ zeigt auch, wie weit die Normalität der Gleichstellung der Geschlechter schon in der breiten Gesellschaft angekommen ist. Die hohe Bereitschaft vieler Väter, trotz struktureller Probleme am Arbeitsplatz, in die Elternzeit zu gehen, zeigt wie fortschrittlich und modern inzwischen deutsche Männer sind. Es ist kein alternativer Trend von Männern, den Kinderwagen zu schieben oder das Baby zu wickeln, vielmehr gilt ein Vater, der sich nicht um seine Kinder kümmert als „Spießer“ oder „Macho“ und muss um seine soziale Anerkennung fürchten. Doch warum ist diese Moral noch nicht in das Arbeitsleben eingezogen und hat den allgemeinen Kulturwandel befördert? Wir müssen endlich die letzten Barrieren überwinden, damit die moderne Mutter nicht nur in Hochglanzmagazinen ihren Platz bekommt, sondern auch in der realen Welt.

Was können Gewerkschaften und Betriebsräte tun?

In Deutschland arbeiten ca. 70 Prozent aller Frauen, so viel wie noch nie zuvor. Damit liegen wir deutlich über dem OECD-Durchschnitt. Auch mit den Ausmaßen des Niedriglohnsektors liegen wir deutlich über dem OECD-Durchschnitt. Frauen machen hierzulande zweidrittel aller Minijobs. Das kann keinesfalls an ihrer Qualifikation liegen, sondern vielmehr an flexiblen Arbeitszeiten und Bedingungen. Laut IG-Metall-Beschäftigtenumfrage wünschen sich dreiviertel aller Festangestellten flexiblere und kürzere Arbeitszeiten, um Familie und Job besser vereinbaren zu können. Was unsere Befragungen und Studien noch nachgewiesen haben, ist, dass Unternehmen, die nach Tarifvertrag entlohnen und Betriebsräte haben, eine deutlich geringere Entgeltlücke zwischen den Geschlechtern besitzen. Im öffentlichen Dienst gelten schon seit längerer Zeit Gleichstellungskriterien für die Besetzung ausgeschriebener Stellen. In der „freien“ Wirtschaft führen nur 25 % der Unternehmen eine geschlechterdifferenzierte Personalstatistik und nur 2 % der Unternehmen differenzieren bei Position und Einkommen nach Geschlecht. Häufig werden die Gleichstellungsberichte vom Arbeitgeber nicht vorgelegt, oder sie sind äußerst lückenhaft.

Die IG Metall möchte mit der Kampagne „Auf geht’s – Faires Entgelt für Frauen“ über die betrieblichen Möglichkeiten zur Verringerung der Entgeltlücke aufklären. Zum Beispiel ist der Arbeitgeber nach § 43 Abs.2, § 53 Abs. 2 Nr. 2 BetrVG dazu verpflichtet einmal im Jahr auf einer Betriebsversammlung über den Stand der Gleichstellung zu berichten. Den Kern der Gleichstellungsdaten bilden die Lohn- und Gehaltslisten. Deshalb zielt die IGM-Kampagne auf betriebliche Transparenz. Zugleich müssen unsere Kolleginnen und Kollegen für das Thema Entgeltgerechtigkeit sensibilisiert werden, um aus den zugänglichen Daten die notwendigen Schlüsse für gezielte betriebliche Maßnahmen zu ziehen. Eine Grundvoraussetzung ist es, viele Frauen für das Thema zu gewinnen. Nur mit ihnen kann auch im Betrieb der Kulturwandel vollzogen werden.

Die Kampagne zielt auf die betrieblichen Maßnahmen, denn die Betriebsräte sollen nicht nur die Entgeltlücke erkennen und berechnen können, sondern auch wissen, wie sie dagegen vorgehen können. Betriebsräte haben nach § 80 Abs. 2 BetrVG Auskunftsansprüche. Sie erhalten darüber Einblick in die Lohn- und Gehaltslisten. Die IG Metall hat ein „Tool“ entwickelt, mit dem sie dann die betriebliche Entgeltlücke errechnen können. Wenn falsche bzw. ungerechte Eingruppierungen von Frauen erkannt werden, hat die IG Metall Rechtsbausteine für deren Beseitigung entwickelt. Das Spektrum, gegen das rechtliche Schritte relevant sind, reicht von Diskriminierungen über die Verweigerung von Leistungszulagen bis hin zur Eingruppierung. Jeder Betriebsrat kann auch für diese analytischen und beratenden Aufgaben nach § 80 Abs. 3 BetrVG externe Experten hinzuziehen. Ein wichtiger und

zentraler Aspekt der betrieblichen Gleichstellung ist die Gleichwertigkeit des Arbeitsplatzes, auf den Kolleginnen und Kollegen nach der Elternzeit zurückkehren.

Auch am diesjährigen Equal-Pay-Day stehen wir wieder vor diesen skandalösen Zuständen. Wir Gewerkschaften werden aber nicht nur an diesem Tag gegen überkommene Geschlechterrollen und Ungerechtigkeit ankämpfen. Wir tun es das ganze Jahr, auch weil wir der festen Überzeugung sind, dass Gleichstellung und Gleichheit immense wirtschaftliche Potentiale bereithält, die in Deutschland noch lange nicht ausgeschöpft sind.

Autorin: Christiane Benner, geboren am 9. Februar 1968 in Aachen, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

Burnout – Das gesellschaftliche Leid der Erschöpfung

von Prof. Dr. Sighard Neckel

Wer heute im Frankfurter Bankenviertel Sozialforschung betreibt und Gespräche mit Finanzexperten führt, stößt immer häufiger auf Berichte wie die eines 50jährigen Investmentbankers, der folgendes aus seiner Berufsbiographie erzählt:

„Nach sieben Jahren in der Zentrale war ich sehr müde und hatte Burnout. Da war ich so um die 40. Wir hatten früh Kinder gekriegt und natürlich geackert ohne Ende. Aber es war auch so, dass man sich dann erst so richtig selbst erlebt hat, beim Reisen zum Beispiel. Das ist natürlich toll, und dann die Goldkarte und die Platinkarte von Amex und so ein Zeugs. Dieses sich selbst erst spüren, wenn man so hyperaktiv ist. Sobald es dann still ist, wird es leer. Das ist bei vielen Investmentbankern so. Die brauchen diese Spannung des Deal-Machens – ‚wir sind die Deal-Maker‘. Das führt zu immer mehr, mehr, mehr – bis man dann abstürzt. Also ich war total müde. Dann haben die Ärzte mir gesagt: ‚Du musst sofort raus‘. Hab’ dann eineinhalb Jahre gebraucht...“

In den 1970er Jahren, als der Begriff „Burnout“ von dem amerikanischen Psychologen Herbert Freudenberger geprägt wurde, wurde das Ausgebranntsein vornehmlich in Sozialberufen und bei Lehrerinnen und Lehrern diagnostiziert.

Rastloser beruflicher Einsatz und Frustration über die geringe Anerkennung des eigenen Tuns standen typischerweise Pate beim körperlichen und psychischen Zusammenbruch. Heute gilt Burnout als weitverbreitet in der gesamten Berufswelt – von Führungskräften der Wirtschaft über prominente Sportler, Autorinnen und Medienstars bis hin zu Wissenschaftlern, mittleren Angestellten und Hartz IV-Empfängern. Zwischen 2004 und 2012 sind, wie der Bundesverband der Betriebskrankenkassen berichtet, die Arbeitsunfähigkeitstage in Deutschland wegen Burnout um das 18fache gestiegen. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales schätzt, dass allein auf psychische Überlastung und Burnout der Ausfall von 54 Millionen Arbeitstagen zurückgeht, eine Zunahme gegenüber 2001 von 60 Prozent. Unter Berufstätigen zwischen 40 und 50 mit einem hohen sozioökonomischen Status ist Burnout am meisten verbreitet. In unteren und mittleren Schichten hingegen, bei Jüngeren und stärker bei Frauen als bei Männern werden zunehmend Depressionen diagnostiziert. Nach aktuellen Studien des Robert-Koch-Instituts leiden ca. acht Prozent der Erwachsenen in Deutschland an einer diagnostizierten Depression. Viele Experten gehen jedoch davon aus, dass sich dahinter ähnliche Symptome wie jene verbergen, die bei Patienten aus höheren Sozialgruppen als Burnout festgestellt werden.

Nicht nur Führungskräfte betroffen

Dennoch stellt Burnout keine „Modekrankheit der Besserverdienenden“ dar, wie dies die Medien neuerdings gerne verbreiten, nachdem sie zuvor den publizistischen Wirbel um Burnout selbst erst angefacht haben. In den Zustand einer totalen Erschöpfung der körperlichen und psychischen Kräfte geraten auch Arbeitslose, alleinerziehende Mütter und gewöhnliche Arbeitnehmer. Führungskräfte mögen ein Burnout als „Verwundetenabzeichen der Leistungsgesellschaft“ (Wolfgang Schmidbauer) herzeigen können, das auf ihren besonderen Einsatz in der Berufswelt verweist, ohne sich dem Stigma einer Depression aussetzen zu müssen. Dieser symbolische Vorteil ändert nichts daran, dass für die Entstehung eines belastungsbedingten Zusammenbruchs ein zumeist länger anhaltender Leidensdruck verantwortlich ist. In den oberen Schichten, die sich an den Schaltstellen der Wirtschaft oder im Zentrum von Organisationen befinden, stellt sich – wie das Zitat des Investmentbankers illustriert – Burnout nicht selten als plötzlicher Einbruch einer persönlichen Erfolgsgeschichte von Macht, Status und Selbstwirksamkeit ein, die mitunter als euphorisch erlebt worden ist. Demgegenüber resultiert die Erschöpfung des Durchschnitts eher daraus, dass die Nöte und Forderungen des Alltags, des Berufslebens und der Familienorganisation den betroffenen Menschen schließlich buchstäblich über den Kopf wachsen.

Krankheit im medizinischen Sinne?

Gleichwohl gehört Burnout nicht zu den medizinisch approbierten Krankheiten. Auch das neueste Verzeichnis von Krankheiten und Gesundheitsproblemen der Weltgesundheitsorganisation von 2013 (ICD-10) kennt Burnout allein als „Problem der Lebensbewältigung“. Und in der Tat: Von einem akuten Burnout wird immer dann gesprochen, wenn sich eine emotionale Erschöpfung mit einer körperlichen Auszehrung verbindet und zu einem massiven Kollaps führt, der die Fortsetzung der bisherigen Lebensführung zumindest zeitweilig unmöglich macht. Chronischer Stress über längere Zeiträume hinweg, ein anhaltendes Gefühl der Überforderung oder Überlastung sowie Enttäuschungen im Beruf werden als Ursachen für Burnout benannt. Für die Umwelt macht sich dies etwa bemerkbar in einer starken Reizbarkeit der betroffenen Personen und einer „Depersonalisierung“ ihrer sozialen Kontakte, denen gegenüber sich Gleichgültigkeit, Distanz und Zynismus verbreitet.

In der Medizin mag die Frage, ob Burnout eine eigenständige Krankheit ist, die sich durch eindeutige Merkmale von körperlichen Erschöpfungszuständen, vom Ermüdungssyndrom oder von Depressionen unterscheidet, von großer Bedeutung sein. Die Sozialforschung indes, die sich für Burnout als ein zeittypisches Phänomen der modernen Lebensführung und heutiger Arbeitswelten interessiert, braucht sich zwischen „krank“ oder „gesund“, „normal“ oder „pathologisch“ nicht zu entscheiden. Wie Emotionen insgesamt ein Bindeglied zwischen Person und Gesellschaft sind, ein Vermittler zwischen dem Körper und dem Sozialen, so kommt auch der emotionalen Erschöpfung die soziologische Bedeutung zu, Auskunft über die Stellung des Einzelnen in seiner sozialen Umwelt zu geben, über Probleme und Konflikte zu informieren, die aus der jeweiligen Lebensführung entstehen.

Aus dem Blickwinkel der Soziologie stellt Burnout ein subjektives Leid dar, für das die medizinische Behandlungsdiagnose einer „Krankheit“ nicht entscheidend ist, da sich in ihm über individuelle Belastungen hinaus gesellschaftliche Probleme des modernen Berufs- und Privatlebens dokumentieren. So sind sich medizinische, psychologische und sozialwissenschaftliche Experten auch weitgehend darin einig, dass Burnout ein meist arbeitsbedingtes Erschöpfungssyndrom darstellt, dessen Ursachen in den Belastungsfaktoren eines gesellschaftlichen Wandels zu suchen sind, der von dem Einzelnen in hohem Maße berufliche Einsatzbereitschaft, eine starke Identifikation mit der Arbeit, zeitliche Flexibilität, persönliche Eigenverantwortung und vermehrte Selbststeuerung bei der alltäglichen Lebensbewältigung einfordert.

Die Zunahme des Burnout-Syndroms im letzten Jahrzehnt ist kein Zufall. Zwar hat die deutliche Zunahme psychischer Erkrankungen auch etwas mit der Umstellung der Dokumentation kassenärztlicher Diagnosen auf das ICD-10-System seit dem Jahr 2000 zu tun. Doch wäre es verfehlt, im Anstieg von Burnout-Befunden, der bereits in den 1990er Jahren massiv eingesetzt hat, allein den Effekt neu eingeführter

Klassifikationen zu sehen. Auch bei psychischen Erkrankungen, deren Diagnostik seit langem verlässlich etabliert ist, steigen die Fallzahlen kontinuierlich, und dies, obgleich der Gesamt Krankenstand in der Arbeitswelt seit Jahren insgesamt sinkt.

Wettbewerbsgesellschaft

Im Burnout-Syndrom artikuliert sich augenscheinlich ein weit verbreitetes Unbehagen an den Arbeits- und Lebensbedingungen einer Wettbewerbsgesellschaft, das sich in bestimmten Fällen und Lebensphasen zu einer Erschöpfungskrise steigert. Nicht einzelne Umstände beruflicher Belastung und Konkurrenz sind ursächlich hierfür, sondern das Zusammentreffen zahlreicher Stressfaktoren. In einer Arbeitswelt, die sich gegenüber dem Privatleben entgrenzt und alle auch subjektiven Energien und Motive einfordert, schlägt sich der zunehmende Wettbewerbsdruck in engmaschigen Leistungs- und Erfolgskontrollen nieder, die den Einzelnen dem Gefühl einer dauernden Bewährungsprobe aussetzen. Gepaart mit der Verdichtung und der Beschleunigung der alltäglichen Zeitorganisation sowie der Norm der permanenten Erreichbarkeit, bricht durch die digitale Kommunikation der Beruf weitgehend in die Privatsphäre ein – Feierabend war gestern. Hohe Mobilitätsanforderungen bei gleichzeitiger Zunahme unsicherer und befristeter Beschäftigungsverhältnisse und die gestiegenen Ansprüche, die sowohl Arbeitgeber als auch Beschäftigte an die berufliche Tätigkeit richten, erhöhen den Druck, der auf dem alltäglich hohen Organisationsaufwand auch des Privat- und Familienlebens lastet. In der Arbeit und vielen anderen Lebensbereichen wird heute eine Art Selbstständigkeit erwartet, so dass man sich vom Verlauf des eigenen Berufswegs bis zum persönlichen Gesundheitsstatus und dem Schulerfolg der Kinder für alles selber verantwortlich fühlt. Dies hat vielfach zu einer „Verbetrieblichung“ der alltäglichen Lebensführung geführt, der sich auf Dauer viele nicht mehr gewachsen fühlen. Burnout ist weit entfernt davon, nur ein individuelles Krankheitschicksal zu repräsentieren. Die Erschöpfung ist ein gesellschaftliches Leid und wirft die Frage auf, wie wir künftig leben und arbeiten wollen.

Zuerst erschienen im UNIREPORT 1/2014 der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main

Autor: Prof. Dr. Sighard Neckel, Professor für Soziologie an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main

Werkverträge in Forschung und Entwicklung

von Dr. Sandra Siebenhüter, Dr. Andreas Renz

Wie Unternehmen auf eine Strategie setzen, die am Ende teuer werden könnte

"In the past man has been first. In the future the System will be first." prophezeite Frederick Winslow Taylor, der Effizienzexperte von Henry Ford, vor etwa hundert Jahren. Auch wenn die Vision Taylors jemals durch die Ideen der Human-Relation-Bewegung oder des Toyota-Produktionssystems ernsthaft in Frage gestellt worden sein sollte, so ist die Debatte über Mensch und System insbesondere in global agierenden Industrieunternehmen inzwischen zugunsten des Systems entschieden. Leistungssteigerung bei gleichzeitiger Kostenreduktion ist das Gebot der Stunde. Unternehmen wollen das durch eine systematische Auftrennung von Arbeitsprozessen entlang der Wertschöpfungskette bei gleichzeitiger Loslösung von individualisierten Fertigkeiten und dem parallelen Ausbau von Organisations- und Kontrollfunktionen erreichen. Dass dieser Weg derzeit als „one best way“ Konsens ist, zeigt sich an der Auszeichnung des BMW Werks Leipzig^[1] als „Beste Europäische Fabrik 2013“ für seine „integrierte und flexible Wertschöpfungskette“ sowie seine „innovative Produkt- und Prozessentwicklungen“.

Das verarbeitende Gewerbe musste sich schon Mitte der 1980er Jahre im Zuge der EU-Erweiterung nach Südeuropa einer Kosten- und damit Rechtfertigungsdiskussion stellen. Seit der Jahrtausendwende trifft es nun vermehrt die hochqualifizierten industriellen Dienstleistungen und damit auch den Bereich Forschung und Entwicklung (F+E). Die Gründe hierfür bestehen u.a. in der Liberalisierung der Finanzmärkte, dem ökonomischen Strukturwandel (Ausweitung des tertiären Sektors), der Reduktion vertikaler Integration von Industriebetrieben, aber auch in der globalen Zunahme von Akademikern.

Regelungen der Leiharbeit bei Siemens

Die Kostenreduktion durch den Einsatz von Leiharbeitern^[2] verlor aber im F+E Bereich der Elektro- und Metallbranche inzwischen an Attraktivität. Das ist der erfolgreichen, medienwirksamen Kampagne der IG Metall mit dem Aufdecken von Missständen, den Änderungen im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz und den tarifvertraglich geregelten Branchenzuschlägen geschuldet. Für Großbetriebe wie Siemens gilt, wer über eine Dauer von 18 Monaten als Leiharbeitnehmer beschäftigt ist, muss das Angebot eines unbefristeten Arbeitsvertrages erhalten. Das resultiert aus einer Betriebsvereinbarung zwischen Gesamtbetriebsrat und Siemens-Vorstand, die im Juli 2009 abgeschlossen wurde. Gewerkschaft und Betriebsräte kamen damit dem Ziel einen großen Schritt näher, die massive Benachteiligung von Leiharbeitnehmern einzudämmen. Außerdem beinhaltete die Vereinbarung eine gestaffelte Anhebung des Entgelts ab dem 16. Einsatzmonat bis zum Grundentgelt des Metall- und Elektrotarifvertrags. Schließlich zielt sie auch auf „interne Lösungen“ wie z. B. die Übernahme von Auszubildenden.

Es ist evident, dass an verschiedenen Siemens-Standorten Leiharbeit unattraktiv, in einigen Abteilungen sogar obsolet wurde. War es in der Vergangenheit noch häufig so, dass Menschen über Jahre als Leiharbeiter zum Einsatz kamen, so gehört dies nun der Vergangenheit an. *„Leiharbeit ist in unserer Abteilung zu einem Auslaufmodell geworden“*, so fasst ein Verantwortlicher bei Siemens die Entwicklung zusammen. Eine Folge der Siemens- Betriebsvereinbarung war sowohl ein Absinken der Leiharbeit von ca. 12 auf unter 1 Prozent an einzelnen Standorten als auch die von Betriebsräten geforderten Einstellungen. Parallel dazu verlagerte sich prekäre Beschäftigung der Tendenz nach von der Leiharbeit auf Werkverträge. Die Ursachen dafür sind vielfältig und umfassen sowohl kostentechnische, strategisch operative sowie soziale Gründe^[3].

Werkverträge im F+E Bereich nehmen zu

Trotz vielfältiger Beteuerungen der Unternehmen (Schutz der Kernkompetenzen) nimmt die Vergabe von Werkverträgen seit einigen Jahren auch im sensibel bezeichneten F+E Bereich zu. Seit 1991 sind die externen F+E-Aufwendungen, also jene die von den Unternehmen nach außen vergeben werden, deutlich größer als die internen F+E Aufwendungen; während sich die internen Aufwendungen nur verdoppelt haben, haben sich seit dieser Zeit die externen vervierfacht. Zwar verbleibt der überwiegende Teil (2011: 61,2 % - 1991: 62,9 %) der externen F+E-Aufwendungen im inländischen Wirtschaftssektor und davon wiederum fließen ca. 40 Prozent an verbundene Unternehmen der eigenen Unternehmensgruppe. Der größte Teil der externen F+E-Aufwendungen geht jedoch an fremde Unternehmen im Inland. Für die externen Auftragnehmer bleibt das Geschäft allerdings äußerst volatil: Von 1999 bis 2011 sind die externen F+E-Aufwendungen siebenmal zurückgegangen, die internen Aufwendungen hingegen nur dreimal^[4].

Die Diskussion über die Aufwendungen im F+E Bereich wird jedoch einseitig geführt und die verdeckten finanziellen, sozialen, politischen und auch sicherheitsrelevanten Risiken und Kosten von Werkverträgen werden nur hinter vorgehaltener Hand thematisiert. Dabei ist es unvermeidbar, dass mit der Komplexitätsreduktion im Inneren durch die Auslagerung von Arbeitsumfängen die Schnittstellen und damit die Komplexität im Außenverhältnis der Unternehmen anwachsen durch neue Möglichkeiten für andere Akteure und neue Formen der Emergenz.

Folgen und Chancen für die Betroffenen

Zwei zentrale Aspekte dieser Entwicklung müssen genauer betrachtet werden. Zum einen die Wirkung der Werkvertragsvergabe auf die stammbeschäftigten Mitarbeiter in den F+E Abteilungen großer Unternehmen und zum zweiten auf die hochqualifizierten Beschäftigten der Werkvertragsfirmen.

Werkverträge bergen für das Stammpersonal zwei Risiken: Die Werkvertragsfirmen stellen für unterschiedliche Profile und Entwicklungsschritte häufig maßgeschneidertes qualifiziertes Personal bereit. Für Unternehmen stellt dies ein Anreiz dar, Aufträge vermehrt extern zu vergeben und die betrieblichen Alternativen (Festeinstellungen von Experten oder die Weiterqualifizierung des eigenen Stammpersonals) nicht mehr konsequent zu verfolgen oder sie von vornherein mit dem Kostenargument abzublocken.

Das zweite, erheblich größere Risiko besteht darin, dass hochqualifizierte und wertschöpfende Tätigkeiten, also die Kernkompetenzen des jeweiligen Betriebs, an Externe verlagert werden und ein Know-how-Verlust damit einhergeht. *„Meine Aufgabe besteht zu über neunzig Prozent darin, Externe auszusteuern“*, so eine Betroffene bei Siemens. Die Rolle der Stammbeschäftigten in den F+E Bereichen reduziert sich immer mehr darauf, Verwalter von Fremdpersonal zu sein. Die ursprünglich wahrgenommene Ingenieurskompetenz verkümmert dagegen und der Betroffene wird zum reinen Projektmanager. Schlimmstenfalls unterstützen Stammbeschäftigte den Abbau ihrer eigenen Arbeitsplätze, indem sie ihr Wissen an die Beschäftigten der Werkvertragsfirmen weitergeben. Damit geht ein massiver Anstieg der Stressbelastung bei den Stammbeschäftigten einher, nicht zuletzt aufgrund des Kosten- und Leistungsvergleichs mit den Externen.

So paradox das auch klingt: durch die enge Einbindung entwickeln sich Werkvertragsnehmer bisweilen zu topqualifizierten Experten, die teilweise mit Übernahmeangeboten der Einsatzbetriebe geködert werden. Gerade bei hochqualifizierten Ingenieuren, die als Solo-Selbständige tätig sind, trifft man immer wieder auf ein erstaunliche Haltung: Sie leisten es sich, lukrative Offerten zur Übernahme abzulehnen. Dieses Verhalten steht im Gegensatz zu den meisten prekär Beschäftigten (Leiharbeit), die darauf hoffen, irgendwann vom Einsatzbetrieb

übernommen zu werden. *„Ich arbeite nun schon 14 Jahre als Externer im Großunternehmen. Meine Arbeitsbedingungen sind ok. Ich weiß, dass ich wegen meinem hervorragenden Wissen ein Standing habe, das die andere Seite durchaus zu schätzen weiß. Das Angebot einer festen Übernahme kommt für mich nicht in Frage, weil ich dadurch Freiheiten, die ich als Externer nun mal habe, verlieren würde. Ich beobachte täglich, unter welchen Zwängen auch Festangestellte arbeiten müssen. Und da habe ich mich gegen eine Festanstellung entschieden“*, sagt ein Informatiker, der als freiberuflicher Softwareentwickler bei Siemens tätig ist.

Verdeckte Kosten der Unternehmen

Die verdeckten finanziellen Kosten, etwa für Gutachter und Unternehmensberater, die diese Modelle kalkulieren, werden kaum diskutiert. Auch die Kosten für die Ausschreibung, die Übergabe und die Kontrolle von Werkverträgen und die möglichen Kosten von Fehlleistung, für Konfliktfälle und mögliche Rechtsverstöße (aktuelle Debatte um Scheinwerkverträge) finden kaum Erwähnung. Dementgegen wird bei den Auftraggebern die Diskussion über die Einhaltung der Compliance Richtlinien geführt, denn nicht selten handelt es sich bei „Werkvertragskräften“ tatsächlich um Leiharbeiter. Dies zu beurteilen, kann nicht nur für Betriebsräte im Einzelfall außerordentlich komplex sein. Ob ein sogenannter Scheinwerkvertrag (verdeckte Leiharbeit) vorliegt, ist vor allem bei folgenden Konstellationen wahrscheinlich^[5]:

1. Keine oder nur geringe räumliche und organisatorische Trennung von Stammbeschäftigten und Fremdpersonal.
2. Stammbeschäftigte und Fremdpersonal sind mit identischen Aufgaben betraut.
3. Der Dienstleister stellt einzelne Stunden in Rechnung, obwohl eine projektbezogene Abrechnung (nach „Gewerk“) Bedingung ist.

Die Folge der Abgrenzungsproblematik und verschärfter Compliance Auflagen spiegelt sich unmittelbar in den Unternehmen wieder: Werkvertragsbeschäftigte, die seit Jahren Seite an Seite mit den Kollegen der Auftraggeber im gleichen Büro sitzen, werden nun an eigens gekennzeichnete Arbeitsplätze versetzt (mit einem Schild „Extern“), in hektischer Entschlossenheit in separierte Büros (zum Teil Container) auf dem Werksgelände versetzt oder sie müssen das Werksgelände verlassen. Viele Dienstleister fühlen sich in ihrer Existenz bedroht und es herrscht allerorten Unsicherheit. Die Ängste der Dienstleister sind nachvollziehbar, zumal sie bisher auch schon sehr eng seitens ihrer großen Auftraggeber „gesteuert“ wurden.^[6] Diese Steuerung reicht von der gewünschten Einstellungspolitik, über die Erwartung einer dauerhaften Verfügbarkeit der Mitarbeiter, bis hin zu fragwürdigen Ausschreibungsskizzen und einem mehrmonatigen Zahlungsziel. Die Dienstleister versuchen ihrerseits die Risiken zu minimieren, indem sie die Akteure im gleichen

Feld sehr genau beobachten, aber auch Einzelpersonen oder gesamte Teams von ihnen abwerben, um so Zugang zu neuen Auftraggebern zu erhalten.

Geheimhaltung bleibt ein Tabu

Die Geheimhaltung von Firmenwissen ist dabei kaum ein Thema. Die Dienstleister haben Zugang zu firmeninternen Netzwerken und die Gefahr von Sabotageakten steigt, was im sensiblen F+E Bereich besonders eklatant ist. Ausdruck dieses hohen Risikos sind die umfangreichen Haftungs- und Verschwiegenheitsklauseln in den Werk- und Dienstleistungsverträgen. Das Risiko soll durch fünf Strategien minimiert werden:

1. Die nahezu ausschließliche Zusammenarbeit mit langjährigen Partnern (Stichwort: Vertrauen)[\[7\]](#), die auch ihrerseits ein hohes Interesse daran haben die Vertragsklauseln einzuhalten und ihre Subunternehmer ebenfalls sehr strikt kontrollieren.
2. Die (gewollte) Inkaufnahme einer oft sehr hohen Abhängigkeit der Werkvertragsfirmen von nachfolgenden Projektaufträgen, um ihrerseits ihre Investitionen in IT-Lizenzen usw. zu amortisieren.
3. Die (teilweise) Übernahme von Werkvertragsunternehmen, die in sensible Entwicklungen eingebunden sind bzw. selbst ein sehr hohes Kompetenzprofil aufweisen und parallel für mehrere Industrieunternehmen tätig sind.
4. Die Begrenzung des Einsatzes von Solo-Selbständigen, die als vagabundierende Experten bisweilen auch bei Konkurrenten arbeiten.
5. Die möglichst kleinteilige Vergabe von Gewerken an neue Partner, um die konzeptionelle Anschlussfähigkeit zu anderen Gewerken nicht offenlegen zu müssen und damit zu jedem Zeitpunkt sicherzustellen, dass nur der Auftraggeber den Gesamtüberblick über das Projekt hat.

Die Frage schlechthin lautet deshalb: Wird dieser Trend trotz offener bzw. negierter Risiken weiter anhalten? Unsere eindeutige Antwort lautet: Ja. Denn Controller rund um den Globus werden nicht locker lassen die Fixkosten senken zu wollen. Das kurzfristige Shareholder-Value-Denken fordert seinen Tribut mit unkalkulierbaren Risiken. Aber die Gewissheit bleibt, dass der Zugriff auf umfangreiche und vielfältige Kompetenzen, den qualifiziertes Stammpersonal nun einmal bietet, langfristig ein Vorteil im Wettbewerb bleiben wird.

Literatur/Quellen:

[1] Vgl. <http://www.bestefabrik-konferenz.de>

[2] Die Zahl der Leiharbeiter hat sich nunmehr nach einem Anstieg auf knapp eine Mio. auf einem hohen Niveau von ca. 850.000 Beschäftigten eingependelt. Vgl. Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarktberichterstattung: Der Arbeitsmarkt in Deutschland – Zeitarbeit – Aktuelle Entwicklungen, Nürnberg, Februar 2014, S. 6.

[3] Ausführlich Darstellung der Gründe bei: Siebenhüter, Sandra (2013): Report Werkverträge in Bayern. Das neue Lohndumping-Instrument. Studie DGB Bayern, August 2013, München, S. 42-44.

[4] Vgl. FuE-Datenreport, 2013: Analysen und Vergleiche. Wissenschaftsstatistik, S. 16:
http://www.stifterverband.info/statistik_und_analysen/wissenschaftsstatistik/publikationen/fue_datenreport/fue_datenreport_2013_analysen_und_vergleiche.pdf

[5] Weitere Hinweise finden sich bei Deich, Svenja (2009): Was passt am besten zur Arbeitnehmerüberlassung. In: Arbeit und Arbeitsrecht – Personal Profi, Nr. 7/2009, S. 412 – 415.

[6] Vgl. Siebenhüter, Sandra (2013): Report: Werkverträge in Bayern. Das neue Lohndumping-Instrument, Studie DGB Bayern, August 2013, München, S. 32 f.

[7] Vgl. Siebenhüter, Sandra/Meyer, Thomas (2012): "Innovationsdruck vs. Risikostreuung: Das Dilemma eingekauften Wissens von Entwicklungsdienstleistungen für Automobilhersteller“, Arbeitspapier, Otto Brenner Stiftung, Frankfurt, S. 12: http://www.otto-brenner-shop.de/fileadmin/user_data/shop/dokumente/Arbeitspapiere/S7H_Innovationsruck.pdf

Autoren: Dr. Sandra Siebenhüter, geboren 1968, Gewerkschaftssekretärin bei der IG Metall Nürnberg und Dr. Andreas Renz, geboren 1958, Betriebsratsvorsitzender bei der Siemens AG, Sektor Industrie, Nürnberg Moorenbrunn

Das große Versagen: Wie sich die Wirtschaftswissenschaft ändern muss

von Prof. Dr. Gustav Horn

„Warum hat niemand die Krise kommen sehen?“, fragte die Queen im November 2008 bei einem Treffen prominenter Wirtschaftswissenschaftler an der *London School of Economics*. Zu diesem Zeitpunkt waren die Finanzmärkte bereits zusammengebrochen und weltweit begannen sich die Auswirkungen auf die Realwirtschaft auszubreiten. Insbesondere die Banken entwickelten ein tiefes Misstrauen gegenüber anderen Banken und weigerten sich, diesen Geld zu leihen oder taten dies nur zu sehr hohen Zinsen. Folglich kam der gesamte Kreditprozess und vor allem die Finanzierung von Investitionen und Handel zum Erliegen, wodurch sich die Weltwirtschaft auf die schwerste Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg zu bewegte (IMK 2013).

Warum sah keiner der Mainstream-Ökonomen dies kommen? Die einfache Antwort findet sich in der Annahme der Mainstream-Ökonomie, dass freie Märkte grundsätzlich stabil sind und folglich ökonomische Krisen nicht Bestandteil der Standardtheorien und der entsprechenden empirischen Forschung sind. Mainstream-Ökonomen fehlte somit das intellektuelle Handwerkszeug, um zu verstehen, was 2007 und 2008 und in der darauf folgenden Krise der Eurozone passierte.

David Collander (Collander et al. 2009) bezeichnete das als ein vollständiges moralisches Versagen der Wirtschaftswissenschaften. Die Ökonomen wussten mit kleineren wirtschaftlichen Schwankungen umzugehen, waren aber nicht in der Lage, der Situation gerecht zu werden, als die Ereignisse wirklich besorgniserregend wurden. Dies ist der Hauptgrund, warum sich die Wirtschaftswissenschaft verändern muss. Zukünftige Ökonomen sollten wissen, dass Krisen möglich sind; sie sollten wissen, wenn Gefahr droht; und sie sollten wissen, wie man damit umgehen kann. Dieses Essay beschreibt ein paar Elemente einer solchen zukünftigen Wirtschaftswissenschaft.

Die Bedeutung von Unsicherheit

Das grundlegende Versäumnis der Mainstream-Ökonomie besteht in der fast vollständigen Vernachlässigung fundamentaler Unsicherheit (Skidelsky 2010). Konventionelle Modelle berücksichtigen Risiko, das sich von fundamentaler Unsicherheit bzw. Ungewissheit dadurch unterscheidet, dass die Wahrscheinlichkeitsverteilung der Risiken den Akteuren stets bekannt ist. In Risiko-

Situationen wissen die Menschen zwar, dass bestimmte Ereignisse nicht sicher sind, ihnen ist jedoch auch die Art der Unsicherheit bekannt, so dass sie dieser im Entscheidungsprozess Rechnung tragen können. In Situationen fundamentaler Unsicherheit gibt es schlichtweg keine Wahrscheinlichkeitsverteilungen. Unglücklicherweise unterstellen die Ökonomen in Bezug auf Akteure in Finanzmärkten die Risiko-Definition der Unsicherheit. Es wird daher angenommen, dass die Akteure die grundlegende Natur der Risiken verstehen und somit in vernünftiger Weise das Risiko, welches sie eingehen, begrenzen können.

Die Finanzkrise von 2008 offenbarte jedoch etwas anderes. Die Akteure wussten nach dem Crash von *Lehman* nichts über die Art der folgenden Ereignisse. Das Resultat war, dass sie in Panik gerieten und alles zu verkaufen begannen, was unsicher erschien, und damit einen unmittelbaren heftigen Einbruch der Finanzmärkte auslösten. Gleichzeitig und aus demselben Grund begannen die Banken ihre Bereitschaft zur Kreditvergabe einzuschränken, wodurch die Krise der Finanzmärkte auf die Realwirtschaft übergriff (De Grauwe/Ji 2012).

Eine solche Kontraktion hatte es seit der Großen Depression nicht mehr gegeben. Keynes (1936) schrieb seine *General Theory* in Reaktion auf die Ereignisse dieser Zeit und machte fundamentale Unsicherheit im oben beschriebenen Sinn zu einem wesentlichen Bestandteil seiner Theorie. Dieser Aspekt des Keynes'schen Denkens wurde weithin vergessen, selbst von Autoren, die sich als Nachfolger von Keynes sahen (z.B. Malinvaud 1980, Mankiw 1989). Überlegungen, wie mit Situationen der Unsicherheit (im Gegensatz zum Risiko) umgegangen werden kann, zählen jedoch zum Kern der keynesianischen Ökonomie (Skidelsky 2010).

In dieser Hinsicht ist antizyklische Fiskalpolitik mehr als nur ein mechanisches Instrument zur Stimulierung oder Dämpfung der Wirtschaft in Zeiten der Schwäche oder eines Booms. Eher dient sie dazu, die fundamentale Unsicherheit der privaten Akteure durch das Versprechen eines entschlossen und glaubwürdig gegensteuernden Staates zu begrenzen. In Zeiten einer tiefen Rezession stützt die Erwartung öffentlicher Nachfrage den Optimismus der Unternehmen, während die Aussicht auf fiskalpolitische Restriktion in Zeiten ökonomischer Euphorie die unternehmerische Vorsicht fördert.

Jenseits zahlreicher Unterschiede im Detail gehen die Modelle der Mainstream-Ökonomie darüber hinaus allgemein davon aus, dass Märkte eine inhärente Stabilität aufweisen (Lucas 1979). Demnach können selbst die wahrscheinlichkeitstheoretisch begriffenen Risiken die Stabilität nicht gefährden. Dafür wurden zwei Argumente angeführt. Das erste Argument besagt, dass die Flexibilität von Preisen und Löhnen für eine Markträumung sorgt, wobei die Preisanpassung gewährleistet, dass sich die Wirtschaft in die Richtung der gewünschten Balance zwischen Angebot und Nachfrage bewegt. Hinsichtlich der Geschwindigkeit der Anpassung von Preisen und

Löhnen unterscheiden sich die Mainstream-Modelle (Skidelsky, 2010). Die Neue Klassische Makroökonomie, die mit der *Chicago School of economics* verbunden wird, geht von einer sehr hohen Anpassungsgeschwindigkeit aus. Neo-keynesianische Modelle nehmen eine geringere Geschwindigkeit an, so dass die Anpassung länger dauert. In ersterer besteht grundsätzlich kein Bedarf für eine Stabilisierungspolitik, in letzterer kann Stabilisierungspolitik eine geringere Rolle spielen, um die Anpassungsprozesse zu beschleunigen. Im so genannten *Washington Consensus*, benannt nach dem Sitz des Internationalen Währungsfonds, kam es im Grunde zu einem Kompromiss zwischen neuklassischem und neukeynesianischem Denken (Clarida/Gali/Gertler 1999, Gali/Gertler 2007).

Das zweite Argument betrifft die Rationalität der Akteure, die annahmegemäß wissen, dass das Modell stabil ist und demnach aufgrund rationaler Erwartungen Stabilität unterstellen und somit Stabilität herstellen (Barro 1976, Sargent 2008). Diese sich selbsterfüllenden Rationalitätsüberlegungen erhöhen die Stabilität des Modells deutlich, da Schocks nun als vorübergehende Störung wahrgenommen werden, die keinen Anlass zu einer Panik geben. Die Akteure nehmen einfach an, dass die Wirtschaft letztlich in den Gleichgewichtszustand zurückkehrt, in dem die Kapazitäten voll ausgelastet sind und Vollbeschäftigung herrscht. Diese Annahme verhindert panikhaftes Verhalten und stabilisiert die Wirtschaft.

Des Weiteren beschleunigen rationale Erwartungen den Anpassungsprozess, was den Bedarf an einer Stabilisierungspolitik zusätzlich verringert. Wenn jeder die Rückkehr zur Stabilität erwartet, besteht kein Anlass, Konsum oder Investitionen deutlich einzuschränken. Falls sich außerdem die Preise nur langsam anpassen, dann existiert ein starker Anreiz, den gegenwärtigen Konsum zu erhöhen, da nach der Rückkehr zum Gleichgewicht die Preise möglicherweise höher sind. Rationale Erwartungen erhöhen somit die Stabilität und beschleunigen den Anpassungsprozess.

Es ist vollkommen klar, dass Finanzmärkte und die Makroökonomie nicht durch derartige Mechanismen bestimmt sind. Während der Finanzkrise gerieten die Akteure in Panik. Sie glaubten entweder nicht an eine inhärente Stabilität des privaten Sektors, oder sie hatten keine rationalen Erwartungen. Das Ergebnis ist das gleiche: Instabilität. Plötzlich und in komplettem Widerspruch zu den Schlussfolgerungen der Mainstream-Ökonomie waren massive öffentliche Interventionen notwendig, um die Rückkehr zu einem stabilen Gleichgewicht sicher zu stellen (Horn et al. 2010).

Dies macht deutlich, dass eine dringende Aufgabe für eine erneuerte Art des ökonomischen Denkens darin besteht, einen besseren Weg zu finden, wie mit Unsicherheit umgegangen wird (Skidelsky 2010). Es existieren verschiedene Wege, wie dieser Herausforderung begegnet werden kann. Der erste besteht in der Art, wie Erwartungen gebildet werden. Eine Möglichkeit ist die Annahme eingeschränkter

Rationalität, bei der es die Akteure möglicherweise noch nicht einmal wissen, wenn sich die Ökonomie in einem stabilen Zustand befindet. Es gibt viele Gründe für eine eingeschränkte Rationalität, u.a. mangelnde Kenntnisse und hohe Kosten der Informationsbeschaffung. Die Menschen müssen außerdem lernen, wie die Wirtschaft funktioniert. Dies braucht Zeit und während des Lernprozesses können sie definitionsgemäß keine rationalen Erwartungen haben (Evans/Honkapohja 2001). Heterogene Konzeptionen von Erwartungen führen ebenso zu anderen Politikimplikationen im Vergleich zur Neuen Klassischen Makroökonomie. Selbst wenn nur ein Teil der Menschen nicht-rationale Erwartungen hat, hat dies einen spürbaren Anpassungsprozess zur Folge, was einen Spielraum für positive Effekte einer Stabilisierungspolitik eröffnet. Ein weiterer Grund für die Aufgabe der Annahme gleichförmiger rationaler Erwartungen in makroökonomischen Modellen besteht darin, dass Menschen zweifelsohne unterschiedlich sind.

Die Geschichte zeigt, dass Ökonomien und insbesondere Finanzmärkte wiederholt Blasen und Phasen mit irrationalen Übertreibungen hervorgebracht haben (Lux 1995). Zukünftige Modelle sollten dementsprechend Annahmen implizieren, die derartige Entwicklungen zulassen. Vor dem Hintergrund von Unsicherheit kann Herdenverhalten leicht Instabilität produzieren. Wenn niemand weiß oder versteht, was passiert, folgen die Menschen dem Verhalten von Personen oder Institutionen, die *scheinbar* über entsprechendes Wissen verfügen. Wenn sich jedoch alle in die gleiche Richtung bewegen, sind über das Ziel hinauschießende Ergebnisse unvermeidlich. In diesem Fall kann schnell eine Panik aufkommen, die zerstörerische Effekte in der gesamten Ökonomie auslöst. In einem solchen Rahmen sind Instabilitäten selbst bei rationalen Erwartungen möglich, wenn sich rationale Akteure mit der Herde bewegen, sobald sich diese einmal in Bewegung gesetzt hat. Rationale Erwartungen können dann einen instabilen Prozess sogar noch beschleunigen.

Für eine Vielfalt des Denkens

Das nahezu vollständige Versagen der modernen Makroökonomie hat aber noch tiefer liegende Ursachen als die *großzügige* Vernachlässigung von Unsicherheit. Dieses Versagen ist eine Folge des Dogmatismus und eines Mangels an Pluralismus. So postulierte Lucas (1980), dass ökonomische Forschung sich ausschließlich auf die Mikrofundierung konzentrieren sollte, selbst wenn der Forschungsgegenstand die Makroökonomie ist. Die Kombination von neoklassischer Mikroökonomie und der Annahme, dass Menschen rational agieren, lässt wenig Raum für makroökonomische Politik. Stattdessen wird makroökonomische Politik grundsätzlich zu einer möglichen Quelle ökonomischer Störungen, was wiederum erklärt, warum Mainstream-Ökonomen einen eher passiven Staat befürworten.

Die Forschung hinsichtlich einer Mikrofundierung der Ökonomie ist *per se* nicht das Problem. Es ist aufschlussreich zu wissen, welche makroökonomischen Phänomene mikroökonomisch, z.B. durch falsche Anreize, begründet sind. Problematisch wird es jedoch, wenn mikroökonomische Begründungen als der einzig denkbare Weg zur Erklärung der Makroökonomie betrachtet werden. Genau dies war in den letzten drei Jahrzehnten aber an zahlreichen Fakultäten und in der Wirtschaftspolitik der Fall und war insbesondere bezüglich letzterer schädlich.

Das grundsätzliche Problem besteht darin, dass die Akzeptanz nur einer Argumentationslinie hohe Risiken in sich birgt. Was ist, wenn sich dieses Denkschema als unzureichend oder sogar falsch erweist? Innerhalb der Wissenschaft besteht der Schaden *lediglich* in einem Verlust an Reputation. In der Wirtschaftspolitik kann dies jedoch eine gesamte Ökonomie beeinträchtigen und zu Arbeitsplatz- und Wachstumsverlusten führen. Im Hinblick auf die Politikberatung ist es immer ratsam, unterschiedliche Argumentationslinien zu beachten, bevor eine Entscheidung gefällt wird. Das Betrachten unterschiedlicher Denkmuster ist ein grundlegendes Qualitätsmerkmal guter Politik. Aus dieser Perspektive muss die Wirtschaftswissenschaft wieder mehr keynesianische Ideen aufnehmen, um zur Wiederherstellung eines solchen Pluralismus beizutragen (Skidelsky 2010).

Dem Vorschlag einer Pluralität der Denkansätze wurde in den letzten zwei Jahrzehnten nicht gefolgt. In Deutschland und – weniger ausgeprägt – in den Vereinigten Staaten dominierte eine nahezu monolithische Kultur basierend auf dem *Washington Consensus*. Das Ergebnis dieser Monokultur waren die Finanzkrise und eine tiefe Rezession. Der Rat an zukünftige Wirtschaftspolitiker lautet also: vertraut niemals nur einer einzigen ökonomischen Theorie.

Makro-Fundierungen der Mikroökonomie

Interessanterweise zeigten sich die ersten Zeichen eines größeren Wandels im makroökonomischen Denken lange vor der Krise. Alternativen zum Mainstream, wie z.B. den traditionellen Keynesianismus oder postkeynesianische Ansätze, gab es stets. Diese Alternativen wurden jedoch in den ökonomischen Debatten marginalisiert und als wenig relevant oder intellektuell nicht bedeutsam betrachtet.

Vor diesem Hintergrund kam die Verhaltensökonomie auf, deren Resultate ebenfalls deutlich konträr zur vorherrschenden mikroökonomischen Theorie und den makroökonomischen Modellen sind (Duffy 2008). Insbesondere wird die spezifische mikroökonomische Rationalität, die den makroökonomischen Modellen des Mainstreams zugrunde liegt, von zahlreichen verhaltensökonomischen Experimenten nicht unterstützt. Stattdessen zeigt es sich, dass sich viele Menschen in ihrem mikroökonomischen Verhalten von sozialen Normen leiten lassen (Akerlof 2007). Die Menschen tun bestimmte Dinge, selbst wenn sie ökonomisch rational sein

mögen, schlichtweg nicht, wenn diese gesellschaftlich oder von einer Bezugsgruppe nicht akzeptiert werden (Fehr/Goette 2003). Im Gegensatz zu den Standardmodellen können ein drohender Verlust an Reputation oder Vorstellungen hinsichtlich der eigenen Identität einen größeren Anreiz für ein bestimmtes Verhalten darstellen als schlichte monetäre Anreize.

Die Überlegungen hinsichtlich der Rolle von Normen führen zu einer nahezu revolutionären Schlussfolgerung. Möglicherweise wäre es sinnvoller, die Makrofundierungen der Mikroökonomie zu untersuchen, anstatt umgekehrt, wie dies bislang üblich war. Dies würde in eine bereits länger existierende Forschungstradition passen, welche die Heterogenität zum Gegenstand hat (Ball/Cecchetti 1988). Wenn Menschen unterschiedlich sind, das heißt unterschiedliche Präferenzen, Informationsbestände und Formen der Erwartungsbildung haben, wird es schwierig, einen Gleichgewichtszustand zu finden, in dem alle Transaktionen im gewünschten Maße koordiniert sind, weil es unter diesen Umständen unmöglich ist zu antizipieren, wie andere Marktteilnehmer auf eine Veränderung der Nachfragestrukturen reagieren. Dies gilt insbesondere in Krisenzeiten, wenn die Unsicherheit aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen bereits groß ist. Die aus der Heterogenität resultierende Unsicherheit macht dies nur noch komplizierter und die private Wirtschaft noch instabiler.

Aus makroökonomischer Perspektive ist die Etablierung gesellschaftlicher Normen, die das Verhalten der Menschen in bestimmten Situationen regeln, rational. Solche Normen verschaffen den Akteuren bessere Informationen darüber, wie andere agieren und reagieren. In dieser Weise können Normen die Ökonomie sogar stabilisieren.

Zusammengenommen können ein verbesserter Informationszugang und stabilisierende Normen die Wirtschaft robuster machen und die Wahrscheinlichkeit überzogener Ausschläge, egal in welche Richtung, verringern. Daher sollten zukünftige Ökonomen ihre Forschung darauf ausrichten, welche Rolle Normen für das individuelle Verhalten spielen und welchen Einfluss sie auf die makroökonomische Entwicklung haben.

Die Notwendigkeit einer Politischen Ökonomie

Überblickt man all die Bereiche, die zukünftige Ökonomen erforschen sollten, kommt man zu einer wichtigen Schlussfolgerung. Ökonomie sollte als eine politische Wissenschaft betrachtet und verstanden werden. Dies sollte nicht als eine Aufforderung gedeutet werden, die Wirtschaftswissenschaft stärker mit Parteipolitiken zu verbinden. Vielmehr ist es wichtig, dass die ökonomische Forschung der betreffenden Gesellschaft, auf die sie sich bezieht, Rechnung trägt. Die politischen und soziologischen Bedingungen können zwischen verschiedenen

Ökonomien erheblich variieren. Die Wirtschaftswissenschaft sollte Methoden entwickeln, dies in ihre Modelle zu integrieren. Das erfordert, dass der Makroökonomie mehr Gewicht beigemessen wird, und zwar nicht als eine Ableitung der Mikroökonomie, sondern als selbständiger Bereich. Das bedeutet, dass die entsprechenden makroökonomischen Bedingungen beachtet werden und insbesondere der Frage nachgegangen wird, wie die inhärente Instabilität des privaten Sektors reduziert werden kann. Vor allem jedoch darf nicht vergessen werden, dass die Ökonomie immer mit Unsicherheit zu tun hat, das heißt mit Situationen, in denen die Wahrscheinlichkeitstheorie nicht anwendbar ist und konventionelle statistische Methoden nicht weiter helfen. Um dieses schwierige Problem angehen zu können, sind jedoch methodologische Fortschritte erforderlich.

Wenn zukünftige Ökonomen diese Überlegungen berücksichtigen, sollten sie in der Lage sein, solide Politikempfehlungen abzugeben. Das bedeutet nicht, dass alle die gleichen Empfehlungen abgeben. Debatten werden stets ein wichtiger Bestandteil der Wirtschaftswissenschaft sein. In der Zukunft wird die Wirtschaftswissenschaft jedoch hoffentlich erkennen, dass politische Überlegungen einen wichtigen Teil des ökonomischen Denkens bilden.

Literatur/Quellen:

Akerlof, G. (2007): The Missing Motivation; Presidential Address for the American economic Association, Manuskript:

http://www.aeaweb.org/annual_mtg_papers/2007/0106_1640_0101.pdf

Ball, L./Cecchetti, S. G. (1988): Imperfect Information and Staggered Price Setting; in: American Economic Review, vol.78, S. 999 - 1018.

Barro, R. A. (1976): Rational Expectations and the Role of Monetary Policy; in: Journal of Monetary Policy, vol 1.

Clarida R./Gali, J./Gertler, M. (1999): The Science of Monetary Policy: A New Keynesian Perspective; in: Journal of Economic Literature, vol. XXXVII, S. 1661-1707.

Colander, D./Föllmer, H./Haas, A./Goldberg, M./Juselius, K./Kirman, A./Lux, T./Sloth, B. (2009): The Financial Crisis and the Systemic Failure of Academic Economics; University of Copenhagen, Discussion Papers 09-03.

De Grauwe , P./Ji, Y. (2012): Mispricing of Sovereign Risks and Multiple Equilibria in the Eurozone; CEPs Working Paper No. 361, January.

Duffy, J. (2008): Macroeconomics: A Survey of Laboratory Research; Manuscript: <http://www.pitt.edu/~jduffy/papers/hee11.pdf>

Evans, G. W./Honkapohja, S. (2001): Expectations and the Stability Problem for Optimal Monetary Policies; CEPR Discussion Papers No. 2805, June 2001.

Fehr E./Goette, L. (2003): Robustness and Real Consequences of Nominal Wage Rigidity; Institute for Empirical Research in Economics, University of Zurich, Working Paper No.44.

Gali, J./Gertler, M. (2007): Macroeconomic Modeling for Monetary Policy Evaluation; in: Journal of Economic Perspectives, American Economic Association, vol. 21(4), S. 25-46.

Horn, G. A./Sturm, S./Tober, S./Truger, A. (2010): Herausforderungen für die Wirtschaftspolitik 2010. Geldpolitik, Finanzpolitik und Arbeitsmarktpolitik in diesem Jahr; IMK Report Nr. 46, January.

IMK/OFCE/WIFO (2013): Crisis continues to smoulder; IMK Report Nr. 80e, Mai 2013, Joint analysis of the Macro Group IMK (Düsseldorf), OFCE (Paris) und WIFO (Wien).

Keynes, J. M. (1936): The General Theory of Employment, Interest and Money; (C.W., Vol. XII).

Lucas, R. E. jr (1979): An Equilibrium Model of the Business Cycle; in: Journal of Political Economy, 83, S. 113-144.

Lucas, R. E. jr. (1980): Methods and Problems in the Business Cycle Theory; in: Journal of Money, Credit and Banking, vol 12, S. 696-715.

Lux ,T. (1995): Herd Behaviour, Bubbles and Crashes; in: Economic Journal, vol .105, S. 881-896.

Malinvaud, E. (1980): Profitability and Unemployment; Cambridge University Press.

Mankiw, N. G. (1989): Real Business Cycle: A New Keynesian Perspective; in: Journal of Economic Perspectives, vol.3, No.3, S. 79-90.

Sargent, T. (2008): Evolution and Intelligent Design; in: American Economic Review, vol. 98:1, S. 5-37.

Skidelsky, R. (2010), Die Rückkehr des Meisters, Kunstmann, München.

Übersetzung aus dem Englischen: Stefan Beck

Autor: Prof. Dr. Gustav Horn, seit 1.1.2005 Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK), Düsseldorf

20 Jahre Pflegeversicherung – Kein Grund sich auszuruhen

von Marco Frank

Die Pflegeversicherung wird 20 Jahre alt. Mit den Beschlüssen vom Bundestag am 22. und im Bundesrat am 27. April 1994 wurde der Weg zur Einführung der fünften Säule der Sozialversicherung gelegt – und das war gut so. Trotzdem steht die Pflegeversicherung zunehmend in der Kritik. Der damals zugrunde liegende Gedanke, dass Pflege nicht arm machen dürfe, wird heute von der neuen Wirklichkeit eingeholt. Obwohl das Pflegerisiko zunächst tatsächlich von der Sozialhilfeabhängigkeit befreit werden konnte, weisen jüngste Zahlen heute wieder 439.000 Pflegebedürftige aus, die auf Sozialhilfe angewiesen sind.

Diese Entwicklung war durchaus vorhersehbar. Schon mit der Einführung der Pflegeversicherung war bekannt, wann wie viele Menschen – und insbesondere die geburtenstraken Jahrgänge – in die Jahre kommen werden. Steigende Zahlen der Pflegebedürftigen kombiniert mit ausbleibenden Leistungsanpassungen der Pflegeversicherung ergeben eben jenen Mangel in der Pflege, der über die kommenden Jahre noch weit schlimmere Dimensionen zu erreichen droht. Nach aktuellen Prognosen wird die Zahl der Pflegebedürftigen bis zum Jahre 2030 um eine Million, auf ca. 3,5 Millionen Menschen steigen. Gleichzeitig werden im genannten Zeitraum rund 300.000 Beschäftigte, darunter 140.000 Pflegefachkräfte fehlen. Auch der größte Pflegedienst der Nation, die Angehörigen, Freunde und Nachbarn, die sich um die ihnen Nahestehenden aufopferungsvoll, bis hin zur Erschöpfung,

kümmern, nimmt ab. Die Menschen sind heute zunehmend erst ab einem höheren Alter von Pflegebedürftigkeit betroffen, dann aber meist massiv. Ohne fremde Hilfe über einen ambulanten Pflegedienst, die Inanspruchnahme von Tagespflege oder – oft als letztes Mittel – eine stationäre Einrichtung, ist das auch unter größten Anstrengungen aller Beteiligten nicht mehr zu leisten.

Hinzu kommt, dass Pflegebedürftigkeit zumeist unvorhergesehen eintritt. Zunehmend mehr ältere Menschen leben allein, fernab von der Familie, der sie nicht unnötig zur Last fallen wollen oder können. Sie versuchen ihren Alltag so gut es geht allein zu meistern bis es nicht mehr geht. Durch Krankheit oder Unfall tritt dann meist plötzlich der Pflegefall ein. Die gesetzlich vorgeschriebene Zuzahlung zu den Leistungen der gesetzlichen Pflegeversicherung können viele nicht aufbringen mit der Folge, dass das Sozialamt die Kosten übernimmt.

Strukturreform der Pflegeversicherung

Vor diesem Hintergrund ist eine Strukturreform in der Pflege, welche den aufgezeigten Entwicklungen wirkungsvoll begegnet, überfällig. Es nützt nichts, wie bei der letzten Pflegereform 2013, allein mit geringfügigen Leistungsverbesserungen an der Pflegewirklichkeit der Betroffenen vorbei zu reformieren. Es bedarf nicht nur mehr finanzieller Mittel, sondern vor allem neuer Ansätze und Ideen, um für alle Beteiligten, nämlich die Pflegebedürftigen, ihre pflegenden Angehörigen sowie die professionell Pflegenden eine zufriedenstellende Situation zu erreichen.

Doch nicht nur vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung wird es Zeit, umzudenken. Eine gute pflegerische Versorgung muss auch für all jene selbstverständlich sein, die bislang noch nicht die Voraussetzungen des Zugangs zu Leistungen der Pflegeversicherung erfüllen und trotzdem auf Hilfe angewiesen sind. Mehr als 200.000 Menschen leiden bundesweit vor allem an kognitiven Einschränkungen wie z.B. Demenz oder Alzheimer. Damit gelten sie zwar offiziell als Personen mit eingeschränkter Alltagskompetenz, fallen jedoch nicht unter den gleichberechtigten Leistungsanspruch der gesetzlichen Pflegeversicherung. Dass der damit eher somatisch ausgerichtete Pflegebegriff einer zurückliegenden Lebenswirklichkeit von vor zwanzig Jahren geschuldet ist, darf nicht bedeuten, dass die rasche Zunahme von Altersdemenz ein heutiges Problem darstellt, für das es keine Lösung gibt.

Teilhabeorientierte Pflege

Die Erkenntnis, dass neben der hauswirtschaftlichen Versorgung und der Pflege auch die Betreuung eine wesentliche Rolle im Umgang mit den Bedürfnissen von Pflegebedürftigen spielt, zeigt den Paradigmenwechsel hin zu einem ganzheitlichen

und mehr teilhabeorientierten Ansatz in der Pflege. Freilich ist es dann mit der Abrechenbarkeit von pflegerischen Leistungen nach Minuten nicht mehr getan. Doch mit Hilfe neuer Ideen und Mittel für sogenannte ‚niedrigschwellige Angebote‘ würde es künftig mehr alten Menschen möglich sein, möglichst früh Hilfen in Anspruch zu nehmen und in der Konsequenz länger in ihren Häuslichkeiten zu verbleiben. Dem vielzitierten Anspruch nach ‚ambulant vor stationär‘ würde somit ausreichend genüge getan. Letztlich wäre es zudem eine kostengünstigere Lösung als die frühe Unterbringung im Altenpflegeheim.

Eine neue Definition von Pflegebedürftigkeit stellt somit auch eine Abkehr von der defizitorientierten Betrachtungsweise älterer Menschen im Sinne ihrer somatischen und kognitiven Einschränkungen zugunsten einer neuen Sichtweise dar, die Pflegebedürftigkeit am Grad der Selbstständigkeit eines jeden pflegebedürftigen Menschen bemisst. Mehr Hilfe zur Selbsthilfe bedeutet dann die Schaffung neuer Strukturen vor Ort im unmittelbaren Lebensumfeld der Menschen. Kommunen müssen dafür im Zusammenspiel mit den Krankenkassen neue Formen von Leistungen anbieten und koordinieren. Beratungsangebote über zur Verfügung stehende Strukturen müssen dabei flächendeckend sichtbar werden. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf darf nicht nur eine theoretische Option bleiben, sondern muss mit bezahlten Freistellungsmöglichkeiten in die Wirklichkeit umgesetzt werden. Netzwerke bürgerschaftlichen Engagements sind notwendig, um unkomplizierte Hilfen im Lebensumfeld zu ermöglichen. Sie dürfen jedoch nicht dazu missbraucht werden, die professionellen Dienste kostengünstig zu ersetzen.

Qualität, Anerkennung und Personalausstattung

Wenn der Verbleib im eigenen Zuhause nicht mehr gewährleistet werden kann, muss sichergestellt sein, dass eine bezahlbare Unterbringung in stationären Pflegeeinrichtungen mit optimalen Qualitätsstandards möglich ist. Eine ausreichende Personalbemessung trägt zu einer guten pflegerischen Versorgung der älteren Menschen wie auch zu angemessenen Arbeitsbedingungen des Pflegepersonals bei. Dadurch könnte eine Win-Win-Situation entstehen, die dem Fachkräftemangel in der Pflegebranche Einhalt böte. Bleibt es bei den heutigen Arbeitsbedingungen des Pflegepersonals, die durch massive Arbeitsüberlastung, Stress, Minutenpflege und Lohndumping gekennzeichnet ist, nützen auch Anwerbebemühungen für ausländisches Pflegepersonal wenig. Noch immer sind viele der von den privaten Arbeitgebern in der Pflege beklagten Probleme hausgemacht und eine unmittelbare Folge der „Geiz-ist-Geil“-Mentalität. Schlechte Rahmenbedingungen, etwa die mangelnde Finanzierung der Ausbildung sowie unzureichende Fort- und Weiterbildungen des Pflegepersonals werden oft bewusst oder fahrlässig in Kauf genommen, um angestrebte Renditen zu erreichen.

Erst die Verbesserung der genannten Rahmenbedingungen sowie eine deutlich erhöhte Bereitschaft der Pflegebetriebe sowie der Bundesländer, in die Erstausbildung zu investieren, würde eine wirkliche Wende auf dem Arbeitsmarkt „Pflege“ nach sich ziehen. Mit der Einführung einer kostenfreien Ausbildung und einer Ausbildungsumlage unter allen Arbeitgebern in der Pflege würden faire Bedingungen geschaffen, die dem Fachkräftemangel wirksam begegnen könnten. Nicht ein Mehr an neuen Imagekampagnen, sondern vernünftige Löhne und akzeptable Arbeitsbedingungen werden gebraucht, um die Herausforderungen der Zukunft in der Pflege zu meistern.

Finanzierungsfragen

Die dringend benötigten Verbesserungen müssen dabei solidarisch im System einer Bürgerversicherung finanziert werden. Die schon für das Jahr 2011 angekündigte Strukturreform in der Pflege sollte neue Versorgungsmodelle beinhalten und die Umsetzung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffes zum Inhalt haben, damit Demenzkranke endlich gleichberechtigt in die Pflegeversicherung einbezogen werden können. Sowohl die Leistungen als auch die Entlohnung in der Pflege sind deutlich zu verbessern. Das dafür benötigte Finanzkonzept muss den steigenden Finanzierungsbedarf in der Pflege entsprechend berücksichtigen.

Fasst man alle Ausgaben zusammen, so sind für die genannten Verbesserungen Mehrkosten von zunächst ca. 7 Milliarden Euro jährlich bis zum Jahr 2030 zu erwarten. Eine solche Last ist jedoch bei einer solidarischen und paritätischen Finanzierung tragbar. Der notwendige Beitragsanstieg könnte damit auf 0,4 Prozentpunkte begrenzt werden, indem die private Pflegeversicherung in einem ersten Schritt in einen Finanzausgleich einbezogen, andere Einkunftsarten (z.B. Kapitaleinkommen) verbeitragt werden und der Steuerzuschuss erhöht wird. Die Mehrbelastung von Durchschnittsverdienenden läge somit bei lediglich 5,40 Euro im Monat. Dafür könnte die Pflegeversicherung mit einem Beitragssatz unter 2,5 Prozent bis zum Jahr 2030 stabilisiert werden.

Schaut man sich die aktuellen Pläne der Bundesregierung an, so fällt auf, dass diesmal durchaus die Bereitschaft vorhanden ist, mehr Geld in die Hand zu nehmen. Es besteht jedoch schon wieder die Gefahr, dass die Mittel für die Dynamisierung der Leistungen, für kurzfristige Leistungsverbesserungen und eine unnütze Kapitalreserve nach dem Gießkannen-Prinzip verteilt werden. Konnte schon das Pflegeneuausrichtungsgesetz (PNG) des Jahres 2013 nicht dem Anspruch seines Namens gerecht werden, so muss die nun angekündigte umfassende Strukturreform unbedingt das Ziel verfolgen, das die Arbeit sämtlicher Pflege-Experten über die vergangenen sieben Jahre zur Umsetzung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffes nicht umsonst gewesen ist.

Die Pflegeversicherung hat eine Zukunft, wenn wir bereit sind sie heute weiter zu gestalten. Pflege darf nicht zur Armutsfalle werden, weder für die Betroffenen, für die pflegenden Angehörigen, noch für die in der Pflege Beschäftigten. Dann können wir den nächsten 20 Jahren gelassen entgegenblicken.

Autor: Marco Frank, geboren 1969 in Greifswald, Referatsleiter Gesundheitspolitik und Pflegeversicherung beim DGB-Bundesvorstand

Leistung – Das Endstadium der Ideologie

von Dr. Lars Distelhorst

Eine kritische Betrachtung des Leistungsbegriffs und seiner Implikationen

Die heutige Gesellschaft gilt gemeinhin als Leistungsgesellschaft. Darauf können sich trotz konkurrierender soziologischer Termini wie Spaßgesellschaft, Singlegesellschaft, Risikogesellschaft, etc. alle einigen. Von der Bildzeitung bis zu aktuellen Publikationen renommierter Wissenschaftsverlage wird zum Begriff der Leistungsgesellschaft eine Geschichte erzählt und mit solcher Vehemenz wiederholt, dass sie zum nicht länger hinterfragten Allgemeingut geworden ist. In kurzen Worten funktioniert sie wie folgt:

Sie beginnt mit einem nostalgischen Stoßseufzer, mit dem Verweis, früher seien die Arbeitstage zwar länger gewesen, hätten dafür mit Verlassen der Fabrik aber auch ihr Ende gefunden. Dies sei heute vollkommen anders. Nachdem wir die Tür des Büros zugeworfen hätten, würden wir nicht länger ins Reich der Freizeit treten, sondern in die zweite Halbzeit des Arbeitstages, die daraus bestünde, liegengebliebene Mails zu beantworten, noch ausstehende Telefonate zu erledigen, Profile in sozialen Netzwerken zu pflegen und Arbeiten zu erledigen, für die wir Ruhe und Zeit brauchen. Auch wer nicht über einen solchen Tag verfügt und nach acht Stunden lediglich die Tür hinter sich zuzieht, klagt gemeinhin über die immense Verdichtung moderner Arbeitsabläufe und hohen Erwartungsdruck aus den übergeordneten Instanzen der internen Hierarchie.

Das zentrale Problem dieser Narration ist nicht die Frage, ob an ihr etwas dran ist oder nicht. Die Schwierigkeit liegt vor allem in dem von ihr durchgesetzten Kunstgriff, Arbeitsprozesse vor der hoch ideologischen Folie Leistung zu interpretieren. Um die Frage zu beantworten, was sich dahinter verbirgt, ist es zunächst notwendig, sich näher mit dem Begriff Leistung auseinanderzusetzen. Er wird in der aktuellen Debatte vor allem in Sozialphilosophie, Politik und Wirtschaft verhandelt.

Leistung in Theorie und Praxis

Der wohl bekannteste Vertreter der deutschen Sozialphilosophie, Axel Honneth, kommt nach langer Herleitung über das Frühwerk Hegels schließlich zur Feststellung, bei Leistung handle es sich neben Liebe und Recht um eine der drei für die Sozialintegration verantwortlichen Anerkennungssphären der Gesellschaft. Sein Verständnis von Leistung ist dabei durchaus reizvoll. Sie bestünde in dem Beitrag, den der Einzelne für die Gesellschaft leistet und müsse dementsprechend entlohnt werden, wenn es nicht zu sozialen Zerwürfnissen kommen soll. Den Ergebnissen des [NEF](#) (eines Zusammenschlusses kritischer englischer Ökonomen) zufolge zerstört ein Banker für jedes ihm als Lohn gezahlte Pfund 7 Pfund gesellschaftlichen Reichtum, ein Werbefachmann 11,5 und ein Steuerberater gar 47, wohingegen eine Krankenschwester für jedes Pfund ihres Lohns 12, eine Putzkraft 10 und ein Müllmann 12 Pfund für die Allgemeinheit erwirtschaftet. Der anerkennungstheoretische Leistungsbegriff liegt aus dieser Sicht fernab jeder Realität und trägt zur Klärung seines Gegenstandes nichts Entscheidendes bei.

Politisch betrachtet ist dem Leistungsbegriff ebenso wenig abzugewinnen. In den Programmen der relevanten Parteien (CDU, SPD, Grüne, Linke) wird zwar gerne darauf verwiesen, Leistung solle sich auszahlen, teilweise wird sie gar als Wertvorstellung bezeichnet, etwas Substantielles ist aber nicht zu finden. Dies gilt auch für den Koalitionsvertrag, indem der Begriff nicht einmal Erwähnung findet. Die CDU wiederholt in ihrem Regierungsprogramm 2013-2017 zwar gebetsmühlenartig, Leistung müsse sich lohnen, bleibt jedoch die Erklärung schuldig, von was sie eigentlich redet. Aus politischer Sicht scheint sich der Leistungsbegriff von selbst zu erklären oder zum allgemeinen Wissensbestand zu gehören und keiner Erläuterung zu bedürfen.

Bleibt die Wirtschaftswissenschaft: doch auch die hat nichts beizusteuern. Laut dem Gabler (einem wirtschaftswissenschaftlichen Standardlexikon) ist Leistung entweder das Ergebnis eines betrieblichen Erzeugungsprozesses, der mengenmäßige Output oder der bewertete mengenmäßige Output des Produktionsprozesses. Letzteres dürfte einen Unternehmer am meisten interessieren. In diesem Zusammenhang erscheint der Begriff der Leistung vor allem als Gegenbegriff zu den Kosten und ist mittlerweile vom zweckmäßigeren Begriff des Erlöses abgelöst worden. Entscheidend

ist schließlich die Frage, wie viel Geld am Ende der Rechnung herauskommt. Solange dieser Betrag stimmt, dürfte es jedem Unternehmer egal sein, wie sehr die Leute sich dabei angestrengt haben.

Leistungssuche im Leistungsdiskurs

Damit steht man vor dem interessanten Problem, dass die Protagonisten des Leistungsdiskurses außerstande sind, zu definieren, was sie meinen. Nimmt man den Leistungsbegriff ernst und versucht, seine möglichen Bedeutungen nachzuspüren wird deutlich, dass der Grund für das Schweigen der einschlägigen Diskurse in der Substanzlosigkeit des Begriffs Leistung selbst zu suchen ist.

Da die Geschichte von der Leistungsgesellschaft von der Behauptung lebt, die Menschen würden heute durch den Zwang, sich gegenseitig in ihren Leistungen zu übertreffen, auch zueinander in Konkurrenz gesetzt, was ihnen dann ein Anrecht auf ein entsprechend großes Stück vom Kuchen verschaffe, so ist der Leistungsbegriff konstitutiv an einige Voraussetzungen gebunden. Die Leistung eines jeden muss erstens quantifiziert werden, zweitens in ein Verhältnis zu den Leistungen anderer gesetzt (die vollkommen anderer Art sein können) und drittens in ein gerechtes Verhältnis zu den zur Verteilung stehenden gesellschaftlichen Gütern gesetzt werden (Kuchen). Jede Rede von Leistung wird dadurch dort, wo sie mehr sein soll als leeres Gerede, an die zwingende Notwendigkeit gebunden, ein schlüssiges Verfahren zu präsentieren, wie Leistungen unterschiedlichster Art berechnet und verglichen werden können. Dabei fallen vor allem zwei Probleme ins Auge.

Leistung qua Kraft oder Persönlichkeit?

Wird als irreduzibler Kern einer jeden Leistungsberechnung die der Physik entlehnte Formel Leistung ist gleich Energie durch Zeit angenommen, besteht das erste in der Schwierigkeit, eine Antwort darauf zu finden, in welcher Einheit eigentlich gemessen werden soll. Worin besteht die Energie eines arbeitenden Menschen, was gilt als Arbeitszeit und was nicht und was macht eigentlich ein gutes Endergebnis aus? Und wie kann dies für die erforderlichen Berechnungen operationalisiert werden? Vor der Komplexität dieser Fragen wird jeder Versuch der Berechnung scheitern und als Folge der Notwendigkeit zur Reduktion seinen Gegenstand verfehlen.

Das zweite Problem schließt an das erste an und spitzt es dramatisch zu. Mit dem Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft haben sich Arbeitsverhältnisse durchgesetzt, in denen die komplette Persönlichkeit zum Produktionsfaktor geworden ist. Die Arbeitskraft setzt sich nicht länger wie bei Marx aus körperlichen Fähigkeiten plus Wissen zusammen, also aus koordinierter Muskelkraft, sondern schließt die Fähigkeit, auch bei schlechter Laune nett zu lächeln ebenso ein wie

Empathie, Offenheit für Neues, müheloses Knüpfen neuer Kontakte und das Schwimmen in sozialen Netzwerken (on- und offline). Die Arbeitskraft eines Menschen zu berechnen würde aus dieser Sicht erfordern, seine komplette Persönlichkeit einer exakten Quantifizierung zu unterziehen. Das dies nicht möglich ist, liegt auf der Hand.

Quantifiziert, berechnet und Papier produziert wird natürlich trotzdem. Doch hat dies nichts mit Leistung zu tun. Wenn die Performance eines Verkäufers durch eine Kundenevaluation und seine Verkaufsbilanz gemessen wird, geht es nicht um seine Leistung. Dies könnte im Gegenteil z.B. zu der verwirrenden Einsicht führen, er würde zwar weniger verkaufen als sein Kollege, sich aber im Verhältnis zu seiner Arbeitskraft (Persönlichkeit) wesentlich mehr anstrengen als dieser, weshalb er relativ gesehen mehr geleistet hätte. In der Realität passiert genau das Gegenteil. Wer zu wenig verkauft und als unfreundlich gilt, wird binnen kurzer Zeit wieder dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen und zur Klärung der Frage, welche Mitglieder der Belegschaft dieses Schicksal ereilen wird, ist die Berechnung ihrer Arbeitskraft vollkommen gleichgültig, da nur der Output interessiert.

Ist Leistung nur Output?

Dies war während der letzten 200 Jahre des Kapitalismus bereits der Fall und wird es auch weiterhin sein, solange nicht eine andere gesellschaftliche Ordnung an dessen Stelle tritt. Die Rede von der Leistungsgesellschaft zeugt demnach nicht von einer Veränderung der Produktionsbedingungen. Vielmehr handelt es sich um einen folgenschweren ideologischen Richtungswechsel, der vor allem in drei Momenten zu suchen ist.

Menschen in Callcentern, Zeitarbeitsfirmen oder im Niedriglohnsektor leiden nicht unter Leistungsdruck, sondern unter Ausbeutung. Ist letztere ein Verhältnis, in dem sich der Einzelne, das Unternehmen und die Gesellschaft gegenüberstehen (mit ein wenig Glück noch eine Gewerkschaft), also ein in Ungleichverteilung, asymmetrischen Machtbeziehungen und Zwang wurzelndes soziales Phänomen, das den Ausgangspunkt für politische Auseinandersetzungen darstellt, verhält sich dies bei Leistung ganz anders. In klassisch neoliberaler Manier individualisiert sie das soziale Phänomen der Ausbeutung, indem sie es auf die Frage reduziert, wer zu welcher Anstrengung bereit ist. Wer sich früher weigerte, in einem Ausbeutungsverhältnis durch individuelle Bemühungen auch noch zu kooperieren und Dienst nach Vorschrift machte, gilt nun als faul, da jeder politische Aspekt seines Verhaltens durch den Leistungsbegriff getilgt wird. Von dieser Dynamik sind auch all jene betroffen, die sich selbst zu 15-Stunden Arbeitstagen zwingen, auch wenn sie sich selbst ausbeuten, was zu einer stärkeren Internalisierung der zugrunde liegenden sozialen Herrschaftsmechanismen führt.

Zweitens verdeckt sie ein Phänomen, unter dem jede Gesellschaft zu leiden hat, deren Zentrum um die Bewegung des Kapitals arrangiert ist. Marx beschrieb das Kapital als eine Bewegung, die er in der kleinen Formel G-W-G' zusammenfasste (Geld zum Ankauf von Produktionsmitteln - Herstellung von Waren für den Verkauf - Verkauf für einen größeren Geldbetrag als den ursprünglich eingesetzten - Neubeginn des Kreislaufs). Dabei machte er darauf aufmerksam, welche Produkte in diesem Kreislauf zirkulieren würden, sei in letzter Konsequenz gleichgültig, da es nicht um die Befriedigung von Bedürfnissen ginge, sondern um die zum Selbstzweck geratene Bewegung des Kapitals, die sich auf stetig erweiterter Stufenleiter zu wiederholen habe (Wirtschaftswachstum). Eine kapitalistische soziale Ordnung ist aus dieser Sicht streng tautologisch, da sie sich kreisförmig um sich selber dreht und entleert Menschen, Beziehungen, Ideen und Dinge von ihrer konkreten Bedeutung, wenn sie dem Kreislauf des Kapitals zu nahe kommen (was sich schlecht vermeiden lässt). Da Leistung angeblich berechenbar ist und in abstrakten Zahlen ausgedrückt werden kann, schafft sie eine Art Bollwerk gegen diesen Prozess der Entleerung, in dem konkrete Phänomene wie etwa das gemeinsame Streben nach einer Utopie zusehends an Signifikanz verlieren und nur noch als Werbebotschaften taugen.

Drittens hält die Rede von der Leistungsgesellschaft die Menschen im Spiel. Auch wenn politische Slogans wie „Leistung muss sich wieder lohnen“ (FDP) oder „Leistung muss sich lohnen“ (SPD und CDU) implizit eingestehen, zur Zeit sei dies keineswegs der Fall, halten sie doch die Illusion lebendig, es sei möglich, innerhalb des Kapitalismus eine soziale Ordnung einzurichten, die auf Gerechtigkeit fußt. Wenn Leistung berechenbar ist, könnte sie zum Angelpunkt einer gerechten Verteilungs- und Statusordnung werden. Sie suggeriert damit die Existenz jenes Zentrums der Gesellschaft, das durch die Bewegung des Kapitals beseitigt, bzw. systematisch entleert wird. Schon der Glaube an den Verlust der Leistungsgerechtigkeit (Leistung muss sich wieder lohnen) ist ein ideologischer Coup, da er den Blick auf die Leere des Kapitalkreislaufs verstellt und den Glauben an eine Gesellschaft mit positiven Werten und einem klar definierten Sinnangebot aufrechterhält.

Der Leistungsbegriff ist abschließend betrachtet in keiner seiner möglichen Formen dazu geeignet, Aussagen über die Arbeitsprozesse der heutigen Gesellschaft zu treffen oder eine Warte zur Verfügung zu stellen, von der aus sie analytisch in den Blick genommen werden könnte. Seine Funktion kann niemals eine deskriptive (beschreibende) sein, da er immer schon ideologisch aufgeladen und mit den entsprechenden Diskursen fusioniert ist. Ihn zu benutzen, ob in affirmativer oder kritischer Absicht, bedeutet, ein Stück jene Ideologie zu reproduzieren, die es zu kritisieren und dekonstruieren gilt, wenn der Weg in eine Gesellschaft geebnet werden soll, die sich durch die Qualität des Lebens und der Beziehungen der in ihr lebenden Menschen definiert. Wer den Leistungsbegriff im Munde führt, sollte sich die Worte Erich Kästners ins Erinnerung rufen: „Was auch immer geschieht: Nie

dürft ihr so tief sinken, von dem Kakao, durch den man euch zieht, auch noch zu trinken.“

Literaturhinweis:

Lars Distelhorst, **Leistung. Das Endstadium der Ideologie** (Januar 2014), erschienen im transcript Verlag

Autor: Dr. Lars Distelhorst, Dozent für Sozialwissenschaft an der Hoffbauer Berufsakademie in Potsdam

Internationalismus oder „deutsche Arbeit“

von Ulrich Breitbach

Die freien Gewerkschaften und der 1. Weltkrieg

Am Abend des 1. August 1914 – die Sirenen der Kruppschen Fabrik haben gerade den Schichtwechsel angezeigt – macht unter der Bevölkerung Essens die Nachricht von der Anordnung der Mobilmachung die Runde. Schon eine Viertelstunde später werden in der Krupp-Verwaltung die ersten Einberufenen abgefertigt. Vor dem Essener Bahnhof sammelt sich wie bereits am Tag zuvor eine Menschenmenge. Man singt patriotische Lieder.

Wenige Tage später erscheint im „Allgemeinen Beobachter“, einer sozialdemokratischen Zeitung der Industriestadt im Westen Deutschlands, ein „Aufruf zum Kriegs-Liebesdienst“, einer Art Spendensammlung. In ihm heißt es:

„Für das Vaterland stürmen unsere tapferen Scharen mit todesmutiger Begeisterung und Vertrauen auf unsere gerechte Sache hinaus über die Grenzen, um der Welt zu zeigen, was wir vermögen, wenn frevelhaft das scharfe, deutsche Schwert aus der Scheide gezwungen wird.“

Neben dem Oberbürgermeister der Stadt Essen haben ihn auch der christliche Gewerkschafter Christian Kloft, der Sekretär des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes Otto Hue und der Krupp-Direktor Alfred Hugenberg

unterzeichnet. Letzterer ist auch als Mitbegründer des extrem nationalistischen „Alldeutschen Verbandes“ bekannt.

Von revolutionären Bekenntnissen zum Burgfrieden

Dass sich zu Beginn des 1. Weltkriegs ein Funktionär des Christlichen Metallarbeiterverbandes im Rausch der Siegeszuversicht an der Seite des Krupp-Managers und Verbandsvertreters der Schlotbarone und Zechenherren wiederfand, war nachvollziehbar. Der mit der Zentrumspartei politisch verbundene CMV teilte, bei aller Kritik an arbeitsrechtlichen und sozialpolitischen Zuständen des Kaiserreichs, deren grundsätzlich monarchistische und patriotische Ausrichtung.

Anders dagegen die zur sozialistischen Bewegung zählenden Freien Gewerkschaften, zu deren Führungskräften Hue gehörte. Sie hatten wie die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bis dahin eine internationalistische Orientierung vertreten. 1907 beschloss ein Internationaler Sozialistischer Kongress in Stuttgart:

„Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitende Klasse und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet (...) alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern. Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch eine Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.“

1912 war dieses Bekenntnis zu einer länderübergreifenden revolutionären Politik gegen den Krieg noch einmal bekräftigt worden. Und noch wenige Tage vor dem Beginn der ersten Menschheitskatastrophe des 20. Jahrhunderts, am 25. Juli, knapp einen Monat nach dem Attentat von Sarajevo, hatte die Sozialdemokratie die Regierung aufgefordert, „sich jeder kriegerischen Einmischung zu enthalten.“ Weiter hieß es in einem Aufruf an die Arbeiterschaft: „Gefahr ist im Verzuge! Der Weltkrieg droht! Die herrschenden Klassen, die Euch im Frieden knebeln, verachten, ausnutzen, wollen Euch als Kanonenfutter missbrauchen. (...) Wir wollen keinen Krieg! Nieder mit dem Kriege! Hoch die internationale Völkerverbrüderung.“ Auch die Essener SPD hatte diesen Aufruf aufgegriffen und Ende Juli wie viele andere Gliederungen der Partei mehre Kundgebungen organisiert. Doch nachdem das deutsche Kaiserreich Russland und Frankreich am 1. und 3. August den Krieg erklärte, unterstützte am 4. August 1914 die Reichstagsfraktion der SPD in krassem Gegensatz zu allen vorangegangenen Bekundungen durch Zustimmung zu den Kriegskrediten die Politik der Regierung.

Zwei Tage zuvor hatte die Generalkommission der freien Gewerkschaften unter dem Vorsitz von Carl Legien getagt, der in Personalunion auch sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter war. Ihr gehörten die Spitzen der sozialdemokratisch orientierten Gewerkschaften an. Nicht ein Wort war über Maßnahmen zur Abwehr der drohenden Kriegsgefahr gefallen. Stattdessen diskutierte man darüber, wie das Eigentum der Gewerkschaften vor eventueller Beschlagnahme geschützt werden könne. Außerdem wurde ein Streikverzicht für die Dauer des Krieges erwogen – und zwei Wochen später formell beschlossen. An die Stelle der internationalen Solidarität gegen den Krieg war innerhalb weniger Tage die als „Burgfrieden“ bezeichnete Unterstützung der eigenen Regierung für den Sieg getreten.

An der Seite der Kriegstreiber

Über die Motive für diesen krassen Kurswechsel der Führungen von SPD und freien Gewerkschaften wird bis heute kontrovers diskutiert. Wahrscheinlich hat ein ganzes Bündel von Gründen eine Rolle gespielt. Viele glaubten wohl, es ginge um die Verteidigung Deutschlands gegen den zaristischen Despotismus Russlands. Die verbreitete Kriegsbegeisterung der ersten Augusttage wird ebenso eine Rolle gespielt haben wie die Furcht vor einem neuen Sozialistengesetz. Dass die „Internationale“ am Vorabend des Krieges de facto auseinanderfiel, mag ein Übriges dazu beigetragen haben.

Es dauerte jedoch nicht lange, bis das Argument vom deutschen Verteidigungskrieg fadenscheinig wurde. Im Grunde war schon der deutsche Einmarsch nach Belgien am 3. August, der den Eintritt Großbritanniens in den Krieg nach sich zog, damit unvereinbar. Vollends unglaublich wurde es vor dem Hintergrund immer weiter ausufernder, teils öffentlich, teils mittels vertraulicher Denkschriften geführter Kriegsziel-Diskussionen in der deutschen Politik und Wirtschaft. „Belgien muss deutsch werden“, forderte Hugenberg's „Alldeutscher Verband“, während die Schwerindustrie an Plänen zur Annexion des lothringischen und nordfranzösischen Erz- und Kohlebeckens arbeitete. Paul Reusch, Generaldirektor der Oberhausener Gutehoffnungshütte und einer der Scharfmacher, erklärte: „Wenn wir Weltpolitik betreiben wollen, müssen wir England die Faust auf die Nase setzen und unser Gebiet nach dem Westen erweitern.“ Das waren keine Außenseiterpositionen. Die Durchsetzung der wirtschaftlichen Vorherrschaft Deutschlands über Mitteleuropa und territoriale Zugewinne in Belgien, Luxemburg, Nordfrankreich, im Osten und selbst in Afrika waren Ziel deutscher Regierungspolitik.

Für die Generalkommission war all das kein Anlass zur Korrektur ihrer politischen Linie, auch nicht, nachdem Millionen Arbeiter auf beiden Seiten der Fronten in den Materialschlachten verreckten. Verbal hielt sie an der Fiktion des Verteidigungskrieges fest. Tatsächlich ging es ihr, wie eine Flugschrift vom Mai 1916 zeigt, um „Deutschlands Anteil an der Weltproduktion und am Welthandel“, von dem

das „Gedeihen der deutschen Arbeit“ abhinge. Nicht Solidarität mit den Arbeitern aller Länder, sondern der Schulterchluss mit dem nationalen Kapital verbürgte in dieser Logik den sozialen Fortschritt, unter dem die Gewerkschaftsführer nicht zuletzt die Anerkennung der Gewerkschaften durch Unternehmer und Staat verstanden. Das befand sich zwar im krassen Gegensatz zu aller freigewerkschaftlichen Programmatik der Vorkriegszeit, hatte sich aber in manchen Aussagen führender Gewerkschafter bereits angebahnt. So etwa bei Gustav Bauer, dem stellvertretenden Vorsitzenden der Generalkommission, der bereits vor 1914 die Kriegsfrage zu einem bloß taktischen Problem erklärte. Es gelte „für das Proletariat der einzelnen Länder abzuwägen, ob der Krieg Vorteile bringen könne oder nicht und danach ihr Verhalten auszurichten.“ Mit dem Sieg der Kapitalisten des eigenen Landes werde dessen Industrie emporblühen und es auch dem Proletariat durch Lohnerhöhungen und sinkende Arbeitslosigkeit besser gehen.

Vaterländischer Hilfsdienst und Protestbewegung

Als im Dezember 1916 das „Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst“ erlassen wurde, glaubten sich die Gewerkschaftsführer am Ziel. Arbeiter- und Angestelltenausschüsse sollten jetzt in allen kriegswichtigen Betrieben eingerichtet werden, die Gewerkschaften in paritätischen Ausschüssen gemeinsam mit den Unternehmern strittige Fragen entscheiden. Einer der ihren, Alexander Schlicke vom „Deutschen Metallarbeiterverband“, wurde gar auf einen Posten im für kriegswirtschaftliche Fragen zuständigen Kriegsamt berufen. Der Preis: Die Bereitschaft der Gewerkschaften, direktes Organ der Militarisierung der Arbeit und Mobilisierung aller Kräfte für den Krieg zu werden, der für das Kaiserreich freilich längst nicht mehr zu gewinnen war. „Jeder muss in der heimischen Arbeitsarmee seinen Platz einnehmen“, erklärte die Generalkommission und der Deutsche Metallarbeiterverband sah im Hilfsdienstgesetz einen „ungeheuren Fortschritt.“

Von einer wachsenden Zahl gewerkschaftlich organisierter Arbeiter im ganzen Land wurde diese Einschätzung nicht geteilt. 1916 hatten Metallarbeiter in Hannover, Braunschweig und Berlin gestreikt, unter anderem gegen die Verurteilung des Kriegsgegners Karl Liebknecht zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus. Die kriegsbedingt schlechte Ernährungslage führte im April 1917 zu einer Ausweitung der Streikbewegung über die Industriestädte des ganzen Reiches. Allein in Berlin legten 200.000 in 319 Betrieben die Arbeit nieder. Politische Forderungen nahmen an Bedeutung zu. Am 28. Januar 1918 versammelten sich in Berlin 414 Delegierte, die rund 400.000 Streikende repräsentierten, und verlangten unter anderem: Frieden ohne Annexionen, Hinzuziehung von Arbeitervertretern zu den Friedensverhandlungen, Verbesserung der Lebensmittelversorgung, Aufhebung der Militarisierung der Betriebe, Freilassung aller politischen Gefangenen und Demokratisierung der gesamten Staatseinrichtungen. Die Generalkommission sah keinen Anlass zu Selbstkritik, noch zu politischer Neuausrichtung. Die

Massenbewegung gegen den Krieg war für sie lediglich „Revolutionsspielerei“ und das Werk „anonymer Agitatoren“. Doch der militärische und politische Zusammenbruch des Kaiserreiches erwies sich als unausweichlich. Seit August 1918 forderte die Oberste Heeresleitung angesichts der desaströsen Lage den Waffenstillstand und Friedensschluss. Mit der Meuterei der Matrosen Ende Oktober 1918 und der reichsweiten Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten in den folgenden Wochen war die alte Ordnung am Ende.

Auch die Essener Krupp-Arbeiter, die lange als kaisertreu gegolten hatten, waren seit 1916 Teil der Protestbewegung. Noch im September 1918 war Wilhelm II. nach Essen geeilt, um die Einheit von Thron und Amboss zu demonstrieren. Das Vorhaben scheiterte kläglich. Als er sich bei einer Besichtigung des Werkes in patriotischen Phrasen erging, antworteten die umstehenden Arbeiter mit Rufen nach Frieden. Er soll das Werk fluchtartig verlassen haben.

Verhängnisvolle Politik

Im Rückblick kann man den Kurs der Generalkommission (und der Mehrheit der mit ihr verbundenen Sozialdemokratie) nur als verhängnisvoll bezeichnen. Sicher: Der Ausbruch des Krieges wäre auch bei anderen politischen Entscheidungen der Führung der freien Gewerkschaften kaum zu verhindern gewesen. Aber ihr Übergang in das Lager der Unterstützer des Krieges zerstörte die Perspektive des organisierten Widerstandes gegen das Völkermorden. Sie hätte auch internationales Gewicht gehabt, war doch die deutsche Gewerkschaftsbewegung mit Abstand die stärkste weltweit und vertraten doch auch die anderen kriegführenden Mächte mehr oder weniger offensichtliche imperialistische Ziele.

Der Weg der Generalkommission und des 1919 aus ihr hervorgehenden Bundesvorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (Vorsitzender: Carl Legien) blieb verhängnisvoll über den Krieg hinaus. Sicherte der aus der Revolution hervorgegangene Volksbeauftragte und spätere Reichspräsident Ebert durch ein Abkommen mit dem General Groener dem reaktionären Offizierskorps das Überleben, so half Legien durch sein Abkommen mit dem Ruhrindustriellen Stinnes der Schwerindustrie im Wesentlichen unbeschadet durch die Revolution zu kommen. 15 Jahre später waren es Reichswehr und Industrie mit dem anfangs erwähnten Hugenberg, die die Republik von Weimar zerstörten und den Weg in die faschistische Diktatur ebneten, deren erstes Opfer die Gewerkschaftsbewegung wurde. Die ins Exil getriebene SPD stellte in ihrem Prager Manifest von 1934 fest:

„Die Sozialdemokratie als einzig intakt gebliebene organisierte Macht übernahm (1918) ohne Widerstand die Staatsführung, in die sie sich von vorneherein mit den bürgerlichen Parteien, mit der alten Bürokratie, ja mit dem reorganisierten militärischen Apparat teilte. Dass sie den alten Staatsapparat fast unverändert

übernahm, war der schwere historische Fehler, den (...) die deutsche Arbeiterbewegung beging.“

Autor: Ulrich Breitbach, geboren 1954, Referent beim Betriebsrat von MAN Turbo & Diesel in Oberhausen

Der Massenmörder und seine Parallelwelt (Buchrezension)

von Joachim Kasten

**Über: Åsne Seierstad: Einer von uns. Eine Erzählung über Norwegen.
Original: En av oss. En fortelling om Norge, Kagge forlag, Oslo 2013, 533
Seiten**

„Nach dem ersten Schuss wurde alles leichter. Nur der erste Schuss kostete Überwindung.“ Es sind makabre Gedanken von Anders Behring Breivik, aufgefangen und wiedergegeben im ersten Kapitel des Buches „En av oss“ der norwegischen Journalistin und Erfolgsautorin Åsne Seierstad. Sie schreibt das Porträt eines Massenmörders, der immer wieder schießt - gnadenlos und ohne Empathie. Er trifft und tötet. Schauplatz seines Massakers im Juli 2011 ist das Sommerlager des sozialdemokratischen Jugendverbandes AUF (Arbeidernes Ungdomsfylking) auf der Insel Utøya im Tyrifjord. Er tötet dort innerhalb kurzer Zeit 69 Menschen. Es ist der dramatische Schlussakt einer lange geplanten Tat. Zum Auftakt gehört eine Autobombe, die zuvor im Osloer Regierungsviertel acht Menschen das Leben kostet und eine Vielzahl weiterer Personen verletzt.

Schonungslos, im Stil einer Kriegsreportage, führt die Autorin ihre Leser an die Brutalität des Täters heran. Viele blutige Details sind genauso schwer auszuhalten, wie die verquere politische Motivation Breiviks. Es ist aber auch ein Buch über Veränderungen der norwegischen Gesellschaft und den psycho-sozialen Hintergrund eines Massenmörders. Åsne Seierstads Ansatz ist breit gefächert. Durch Lebensbeschreibungen einiger Opfer gehört „En av oss“ zur notwendigen Trauer- und Gedenkkultur.

Für den Täter lief alles nach Plan. Für die Behörden nicht. Zur Analyse des schwersten Verbrechens der norwegischen Nachkriegsgeschichte gehören fatale Fehler in der Fahndung. Sie bloßzulegen ist mit Sicherheit Salz auf die Wunden Überlebender und den Familien der Toten. Sie schmerzen.

Anatomie eines Massenmörders

Das absolut Böse gab es zu allen Zeiten und in allen Kulturen. Unter den Tätern befinden sich diktatorische Machthaber genauso wie „normale“ Bürger, die unter bestimmten Voraussetzungen zu brutalen Rechtsbrechern mutieren. Die Verbrechen der Nazis gegen unsere zivilisatorischen Grundwerte gehören genauso dazu wie das 9/11-Attentat von Al Qaida. Und jedes Mal lautet die bohrende Frage: Warum? Natürlich sind die Fakten breit interpretierbar, aber einfache Antworten gibt es selten.

Nun hat sich Åsne Seierstad mit Hilfe umfangreicher Recherchen auf die Suche bei Anders Behring Breivik gemacht. Sie hat Mosaiksteine gefunden, deren Zusammenwirken zu einer brisanten mentalen Mischung heranreifte, die der Täter selbst zur Explosion brachte. Die Autorin liefert uns ein Bild von schwierigsten Familienverhältnissen. Die Mutter Wenche Behring Breivik ist alleinerziehend mit zwei Kindern aus zwei geschiedenen Ehen. Als Mutter, insbesondere für den jungen Anders, ist sie überfordert. Mehrfach sucht sie freiwillig oder nach Anzeigen von Nachbarn, Hilfe bei der Familien- und Kinderfürsorge. Aktenvermerke über den vierjährigen Jungen lauteten „Aggressiv auf infame Weise“. Die Mutter beschrieb Mitarbeiter als „Verwirrt und gehetzt“. Versuche, ihr die Erziehungsverantwortung zu entziehen, scheitern.

Die Rolle des Vaters, Jens Breivik, ist ebenfalls zweifelhaft. Als Diplomat arbeitet er u.a. in London. Anerkennung, die Anders zeitweilig bei ihm sucht, bekommt er nicht. Als sein Sohn fünfzehn Jahre alt ist, bricht der Vater den Kontakt ab. Als Jugendlicher sucht Anders neue Herausforderungen und taucht in die Graffiti-Szene Oslos ein. Er will aufsteigen, gesehen werden und zu den „Kings“ der Sprayer gehören. Ohne Erfolg. Die Insider verachten und mobben ihn als „wannabe“.

In den 80er und 90er Jahren stiegen in Norwegen die Zahlen der Asylbewerber und Arbeitskraftmigranten. Insbesondere Pakistaner prägten das multikulturelle Milieu in einigen Stadtteilen Oslos. Als junger Erwachsener mit achtzehn Jahren erfindet sich Anders Behring Breivik neu: weg von der Straße und den „coolen“ Sprayern hin zur rechtsradikalen und ausländerfeindlichen „Fremsskrittspartiet“ (Fortschrittspartei). Er wird stellvertretender Vorsitzender des Jugendverbandes Oslo-West. Die angestrebte Parteikarriere bleibt ihm verschlossen. „Er ist ehrgeizig aber irgendwie vollständig leer“, zitiert Åsne Seierstad einen ehemaligen Parteifreund Breiviks. Es ist eine gefährliche Leere. Er wird erneut abgelehnt und füllt die Leere

mehr und mehr mit islamophoben Inhalten. Er wendet sich von der Gesellschaft ab und kommt zu seiner persönlichen „Einsicht“, dass sie auf demokratischem Weg nicht zu verändern sei. Seinen Hass fokussiert er insbesondere auf die „Arbeiderpartiet“. Deren vorderste Repräsentanten wie z.B. Gro Harlem Brundtland hätten die „muslimische Okkupation“ Norwegens zugelassen.

Der abgebrochene Gymnasiast Breivik sucht berufliche und materielle Erfolge. Nach erfolgreichen Aktienspekulationen gründet er eine dubiose Firma, die mit dem Verkauf falscher akademischer Titel zunächst erfolgreich ist. Aus Angst vor einer Entdeckung durch die Behörden gibt er sie jedoch auf. Wieder sieht er sich in einer Sackgasse. Um Kosten zu sparen, zieht er mit 27 Jahren zurück in die Wohnung der Mutter Wenche. Dort beginnt das letzte Kapitel seiner Wandlungen. Er isoliert sich sozial und gleitet in die virtuelle Szene brutaler Internetspiele. Endlich hat er Erfolge! Als „Anders Nordic“ avanciert Breivik zu den Führern bei „World of Warcraft“. Irgendwann nach dem Sommer 2004 beginnt eine verstärkte Phase politischer Selbstindoktrination. Er besucht häufiger rassistische Webseiten wie „Gates of Vienna“, „Stormfront“ oder „Jihad Watch“. Auch dort geht es um „Krieg“. Die Botschaften sind simpel und eindeutig: es gilt den Einfluss des Islams in Europa zu zerstören. „Wir gegen die Eindringlinge“, lautet die Parole, mit der sich Breivik selbst infiziert.

Er diskutiert aktiv in islamfeindlichen Foren und sucht sich Versatzstücke für sein späteres sog. Manifest. Die höchste Wertschätzung genießt bei ihm der rechtsextreme norwegische Blogger „Fjordman“. Nur in einer entscheidenden Frage geht Breivik auf Distanz zu seinem Vorbild. Trotz Ermahnungen schwieg „Fjordman“ über die Strategie der „Deportation“ von Migranten. „Wenn diese Autoren zu viel Angst haben, eine konservative Revolution und bewaffneten Widerstand zu starten, müssen andere es machen“, schreibt er hierzu unter dem Pseudonym Berwick. Vermutlich war das sein psychologischer Dammbbruch. Er fühlt sich nun berufen ein Signal zu setzen. Anders Behring Breivik mietet einen kleinen Hof außerhalb Oslos und beginnt mit Hilfe von Ersparnissen und Krediten die Vorbereitungen für das Attentat.

Viljar, Bano, Lara, Simon und viele andere...

Åsne Seierstads Analyse besticht durch den gekonnten Umgang mit Kontrasten. Man liest über die dunklen Abgründe eines Mannes, der ein inhumanes Wertesystem entwickelt. Dann präsentiert sie hoffnungsvolle Jugendliche, die bereits früh soziale Verantwortung übernehmen und gelernt haben, dass gesellschaftliche Konflikte durch Debatten und demokratische Prozesse gelöst werden müssen. Sie strahlen hell durch ihre Lebensfreude. Gerade dadurch entfalten sich Gefühle der Bitterkeit beim Leser, denn ein Happy End kann die Autorin nicht bieten. Da sind zum Beispiel Mustafa und Bayan Rashid. Das Paar flieht 1999 mit ihrer kleinen Tochter Bano vor Saddam Husseins Giftgas und den Überfällen der irakischen Armee. Die Familie

erhält Asyl in Norwegen. Sie lernen die Sprache, bekommen nach anfänglichen Schwierigkeiten auch einen Arbeitsplatz. Die zweite Tochter Lara wird geboren. Dann erhalten sie die norwegische Staatsbürgerschaft. Beide Mädchen engagieren sich gesellschaftspolitisch im AUF. Åsne Seierstad berichtet insbesondere über Banos Engagement in der Integrationsdebatte und im Kampf für die Rechte von Frauen. Zu den islamophoben Vorurteilen eines Breivik hätte sie nicht gepasst. Die Schrecken in Kurdistan lagen weit zurück. Als auch das nahe Utøya zum Symbol des Grauens wurde, gehört die fast erwachsene Bano zu den Opfern. Ausführlich schildert die Autorin auch Episoden und Entwicklungslinien aus dem kurzen Leben von Viljar, Simon und anderen. Was alle vereint ist die frühe Bereitschaft zur Mitverantwortung am politischen Geschehen. Auf den Spuren von Gro Harlem Brundtland und Jens Stoltenberg wollen sie die Gesellschaft mitgestalten. Und genau das machte diese Jugendlichen zu erklärten Feinden eines Anders Behring Breivik. Während die jungen Menschen heiße Debatten führten, mischte er Dünger und Chemikalien zu einer Autobombe und trainierte mörderische Zielsicherheit im Osloer Pistolclub.

Fehler, die Leben kosten

Die Statistik von Utøya ist unfassbar grausam. Sie besagt, dass Breivik innerhalb von 75 Minuten 69 Menschen tötete. Seine Opfer sind im Alter von 14 bis 51. 32 Menschen von ihnen sind unter 18 Jahre. Folgt man den Recherchen von Åsne Seierstad, sind auch fatale Fehler der Polizeibehörden mitverantwortlich für diese Dimension des Schreckens. Die Liste ihrer kritischen Anmerkungen und Fragen ist lang. Da gibt es kurz nach dem Bombenanschlag im Regierungsviertel bereits einen Zeugen, der Breivik und sein Fluchtfahrzeug fotografiert hat. Der Hinweis kommt nie in der Operationszentrale an. Man spekuliert über Terroristen von Al Qaida, aber nicht über das Risiko eines Sekundäranschlags. Ein landesweiter Alarm erfolgt erst 78 Minuten nach der Explosion der Autobombe. Ausfallstraßen bleiben ungesperrt. Norwegen besitzt im Juli 2011 nur einen Polizeihubschrauber, deren Besatzung befindet sich jedoch im Urlaub. Eine mögliche Anmietung privater Helikopter oder die Hilfe der Armee wird nicht erwogen. Breivik hatte freie Fahrt, um als Polizist getarnt sein Massaker auf Utøya unbehindert und nach Plan abzuwickeln. Während die „Delta“-Spezialeinheit der Polizei umständlich auf dem Landweg zum Schauplatz des Verbrechens herangeführt werden muss, macht das norwegische Fernsehen NRK bereits Aufnahmen aus einem Hubschrauber. Das Pannenszenario lässt sich lange fortsetzen. Es kostet viele Leben.

Åsne Seierstad berichtet parallel dazu über den Fall eines Busfahrers. In einem kurzen Moment der Unaufmerksamkeit verursacht er einen Unfall und den Tod zweier Menschen. Er wird vom Gericht verurteilt. Die Autorin möchte wissen, ob Polizei und Behörden am 22. Juli 2011 „unaufmerksam“ handelten. Ihre Recherchen dazu sind eindeutig. Mit Sicherheit gibt es zu viele Fehler. Die Frage nach den juristischen Konsequenzen bleibt indessen unbeantwortet. Im Sommer des Attentats

hat Jens Stoltenberg die schwere Last ein Land im Schockzustand zusammenzuhalten. Als Ministerpräsident und Vorsitzender der „Arbeiderparti“ übernimmt er die politische Verantwortung. „Unsere Antwort ist mehr Demokratie, mehr Offenheit und mehr Humanität, aber niemals Naivität“, lautet die vielzitierte Antwort auf die Tragödie.

Lebenslänglich und fünf Jahre und fünf Jahre....

In den ersten Verhören und vor Gericht rechtfertigt Breivik seine Mordtaten damit, dass es keine Unschuldigen getroffen hätte, sondern sich um den „extrem marxistischen Nachwuchs“ handele, der wie die mächtige „Arbeiderparti“ für die „Islamisierung Norwegens“ verantwortlich sei. Als Kommandeur der „Knights Templar“ hätte er politische Hinrichtungen begangen um sein Land zu retten, lautet eine weitere krude Begründung.

Ist jemand, der mit solch paranoiden Aussagen 77 Morde erklärt, im rechtlichen Sinne für seine Taten verantwortlich zu machen? War er unzurechnungsfähig oder ein politischer Terrorist? Diese Frage spaltet die Nation, berichtet Åsne Seierstad. Das Gericht in Oslo tut sich schwer. Zwei psychologische Gutachten kommen zu unterschiedlichen Ergebnissen. Breivik selbst hätte es als ungeheure Niederlage verstanden, vor der internationalen Öffentlichkeit zum „Idioten“ erklärt zu werden. Auch Sprecher von Opfern und Angehörigen lehnen eine mögliche Einweisung des Täters zur Behandlung in eine geschlossene Anstalt ab. Er soll bestraft werden. Die Richter in Oslo schließen sich dem Gutachten an, dass eine „dissoziale Persönlichkeitsstörung mit nazistischen Zügen“ diagnostiziert. In der Konsequenz erfolgt somit eine Verurteilung nach Strafrecht. Er bekommt die Höchststrafe mit 21 Jahren Gefängnis sowie einer Sicherheitsverwahrung, die im Rhythmus von fünf Jahren zu überprüfen ist. Bei der Urteilsverkündung lächelt Breivik. Er hat sein Ziel erreicht. Anschlag, Gerichtsverhandlung und Gefängnis sind Elemente seines Plans. Anders Behring Breivik hat sich selbst aus der Gemeinschaft ausgeschlossen, schreibt Åsne Seierstad. Er ist keiner mehr „von uns“. Lebenslänglich eingesperrt sind indessen wohl kaum sein abstruser Rassismus und seine angelesene Islamophobie.

Åsne Seierstad hat mit ihrem Buch eine tiefgründige und alle Aspekte einschließende Analyse dieser Wahnsinnstat vorgelegt. Es bleibt zu wünschen übrig, dass dieses Buch auch ins Deutsche übersetzt wird.

Autor: Joachim Kasten, Lehrer an der Handelsschule Holstenwall in Hamburg

Sieben Wege zu einer Korrektur der Vermögensverteilung in Deutschland

von Prof. Dr. Brigitte Unger

Deutschlands Einkommens- und Vermögensverteilung hat sich in den letzten zwanzig Jahren systematisch verschlechtert. Die untersten zwanzig Prozent der Einkommensbezieher bestehen aus Rentnern, Minijobbern und Beschäftigten, die trotz Vollzeitarbeit unter der Armutsgrenze leben. Der Armut am untersten Einkommensende steht ein zunehmender Reichtum der obersten zehn Prozent gegenüber, dem politisch noch nachgeholfen wurde mit Steuererleichterungen, Möglichkeiten der Steuerumgehung und -hinterziehung, der Abschaffung der Vermögensteuer im Jahr 1997 und einer geringen Erbschaftssteuer. So konnten die Reichen nicht nur höhere Einkommen erzielen, sondern auch immer mehr Vermögen anhäufen. Dadurch hat sich die soziale Ungleichheit noch weiter verschärft. Zugleich haben die Steuersenkungen der letzten 14 Jahre die Staatsfinanzen sehr stark strapaziert. Ein weiteres Auseinanderklaffen der Vermögensverteilung wäre sowohl sozial als auch wirtschaftlich äußerst bedenklich. Eine Korrektur der Vermögensverteilung ist daher dringend nötig.

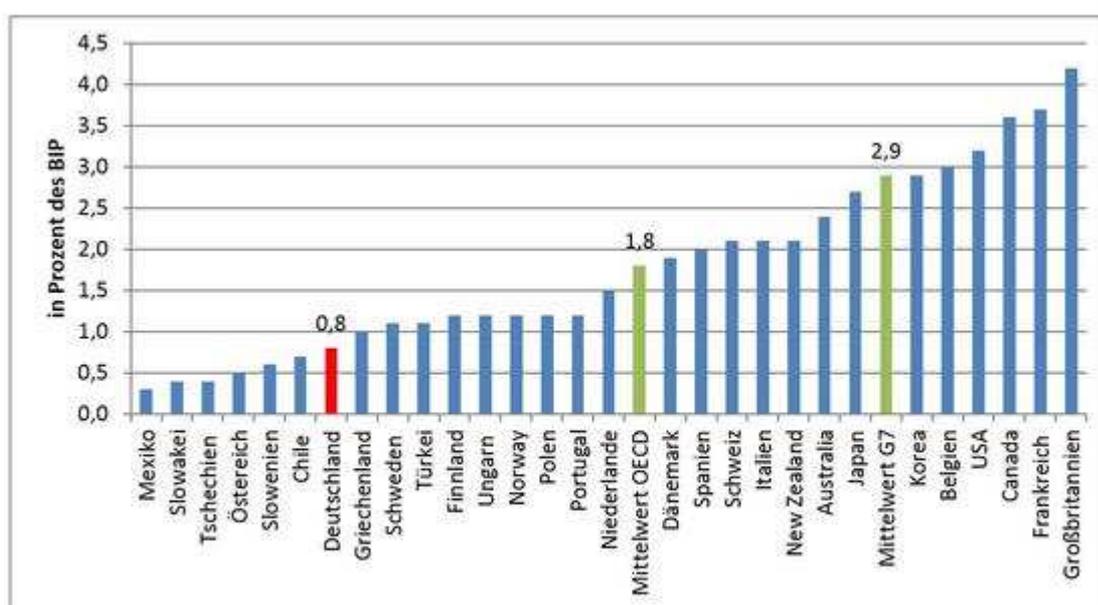
Angesichts der jüngsten Vorfälle um Steuerhinterziehung und Steuervermeidung in Deutschland, ist die Diskussion über die wachsende Ungleichverteilung der Einkommen und Vermögen als Hintergrund für Steuerhinterziehung in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Steuersystematisch können bestimmte vermögensbezogene Steuern (insbesondere die allgemeine Vermögensteuer sowie Erbschaft- und Schenkungsteuer) nämlich als „Nachhol- und Kontrollsteuer“ verstanden werden, mit der nichterfasste Einkommen, die in die Vermögensbildung fließen, später „nachversteuert“ werden. Hinterzogenes Einkommen wird auf kurz oder lang wieder in Vermögenswerten angelegt. Die Offensive gegen Steueroasen in Europa und die Durchsetzung des automatisierten Datenabgleichs verstärken den Trend zur Erhöhung des „legalen“ Vermögens, weshalb eine Vermögensteuer genau zum richtigen Zeitpunkt käme.

Eine Korrektur der Vermögensverteilung ist auch im Sinne einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung wünschenswert, denn die Konsumquote der Reichen ist stets geringer als jene der Armen. Will man die gesamtwirtschaftliche Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen steigern, muss man den untersten Einkommensbeziehern mehr Geld zukommen lassen, um ihre Kaufkraft zu stärken.

Aktuell erhobene vermögensbezogene Steuern in Deutschland

Die vermögensbezogenen Steuern sind derzeit die Grundsteuer, die Erbschaft- und Schenkungsteuer, die Grunderwerbsteuer und die 2011 neu eingeführte Bankenabgabe. Die Einnahmen aus diesen Steuern beliefen sich in Deutschland 2010 auf nur 24,3 Mrd. €, was 0,8% des BIP bzw. 4% des gesamten Steueraufkommens sind. Das reiche Deutschland liegt damit in der untersten Kategorie von Vermögensteuern noch hinter Griechenland. Mehr als die Hälfte der Einnahmen entfällt auf die Grundsteuer (11,3 Mrd. Euro), weitere 4,4 Mrd. Euro auf die Erbschafts- und Schenkungsteuer und 5,3 Mrd. auf die Grunderwerbsteuer.

Vermögensbezogene Steuern im internationalen Vergleich im Jahr 2010



Quelle: OECD 2012 zitiert in Scholz und Truger 2013, WSI Gutachten zur Vermögensbesteuerung, die Durchschnittsdaten wurden ungewichtet, berechnet. D. h., jedes Land fließt mit dem gleichen Gewicht ein unabhängig von seiner Größe.

OECD 2012

In Deutschland werden folgende vermögensbezogene Steuern nicht mehr erhoben: die Vermögensabgabe, die als Lastenausgleich für Kriegsschäden diente, die Gewerbekapitalsteuer und diverse Kapitalverkehrssteuern. Ferner wurde 1997 die allgemeine Vermögensteuer, die bundeseinheitlich geregelt war, aufgrund eines Verfassungsgerichtsurteils ausgesetzt. Das Urteil bemängelte die Versteuerung von Immobilien, die sich von anderen Vermögenswerten unterschied. Unter Vermögen

wurde Geldvermögen (Spareinlagen, Anleihen, Beteiligungen etc.) und Sachvermögen (Betriebsvermögen, Grundvermögen, Lizenzen, Patente, Urheberrechte, Bodenschätze, Wälder, Hausrat, Kunstsammlungen, Autos, Schmuck) verstanden.

Sieben Wege zur Korrektur der Vermögen

Im Folgenden werden sieben konkrete Vorschläge gemacht, wie man die Reichsten in Deutschland stärker besteuern könnte, um die Polarisierung der Vermögen zu stoppen und negative wirtschaftliche Effekte zu verhindern. Die jeweils vorgeschlagene Steuer sollte viel einbringen, sie sollte wenig Ausweichmöglichkeiten bieten (geringe Substitutionseffekte), sie sollte die Zielgruppe treffsicher erreichen (und nicht ungeplant ärmere Gruppen plötzlich zur Kasse bitten), sie sollte möglichst das Problem der Doppelbesteuerung vermeiden (z.B. dass der Zinsertrag sowohl in der Einkommensteuer als auch in der Vermögensteuer besteuert wird) und sie sollte keine Substanzbesteuerung sein (die Substanz von Betrieben darf nicht verringert werden). Außerdem sollte die Steuer geringe Erhebungskosten (Verwaltungsaufwand) aufweisen. Grundsätzlich sollten Bund, Länder und Gemeinden von diesen Vorschlägen profitieren.

1. Die Wiedereinführung einer allgemeinen Vermögensteuer (=Ländersteuer)

Die Wiedereinführung einer allgemeinen Vermögensteuer (die unterschiedslos sämtliche Vermögen der privaten Haushalte und/oder Unternehmen besteuert) ist nach wie vor die ertragreichste aller vermögensbezogenen Steuern. Ausgegangen wird von einem Steuersatz von 1% auf das zum Verkehrswert bewertete Nettovermögen und von Freibeträgen von 2 Millionen für Privatpersonen. Dabei ist ein jährliches Steueraufkommen zwischen 11,6 Mrd. und 16,5 Mrd. €, also 0,64% des BIP zu erwarten; hier sind vermutete Ausweichreaktionen der Betroffenen von 3-4 Mrd. € schon abgezogen. Die Verwaltungskosten dieser Steuer (Schätzung aller Vermögenswerte und Steuereintreibung) nehmen zwischen 1.8% und 3% des Steueraufkommens ein. Praktikable Bewertungsverfahren sind bereits bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer entwickelt.

Eine Reform zur Verfassungskonformität der Vermögensteuer wäre 1997 möglich gewesen und ist es auch noch heute. Die Vermögenssubstanz wird durch die Steuer nicht beeinträchtigt, wenn man sie als Sollertragsteuer konzipiert, persönliches Gebrauchsvermögen verschont und Grund- und Immobilienvermögen verkehrswertnah bewertet. Man kann diese Steuer daher aus guten Gründen fordern.

2. Die Einführung einer einmaligen Vermögensabgabe

Im Zuge der besonderen Belastungen der öffentlichen Haushalte durch die globale Wirtschafts- und Finanzkrise rückte die Möglichkeit der Erhebung einer einmaligen bzw. zeitlich befristeten Vermögensabgabe in den Fokus der Steuerdebatte, schließlich wurde in der Krise deutlich, dass den skandalisierten Staatsschulden weitaus höhere private Vermögen gegenüberstehen. Die Vermögensabgabe ist eine einmalige Steuer von zehn Prozent auf das zum Verkehrswert bewertete Nettovermögen zu einem bestimmten Stichtag. Dadurch können in einem Jahr in Deutschland 14 Mrd. € erhoben werden, unter der Voraussetzung, dass die Ertragsbelastung bei Betriebsvermögen begrenzt wird und hohe Freibeträge von 1 Mio. € für Privatvermögen und 5 Mio. € für Betriebsvermögen gewahrt werden. So trifft diese Steuer wirklich nur die Superreichen. In Deutschland wären von ihr ca. 330.000 bis 340.000 Personen betroffen bzw. abgabepflichtig; das entspricht 0,6% der erwachsenen Bevölkerung.

Der Staatsrechtler Joachim Wieland kommt in einem Rechtsgutachten^[1] zu dem Ergebnis, dass eine angestrebte Reduzierung der Staatsverschuldung, die im Rahmen der Wirtschaftskrise sprunghaft angestiegen ist, eine hinreichende Begründung zur Erhebung einer Vermögensabgabe ist. Sie darf aber nicht dauerhaft, sondern nur anlassbezogen zur Deckung eines außerordentlichen Finanzbedarfs erhoben werden. Ein Zugriff auf die Vermögenssubstanz sei zulässig, soweit die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Besteuerten nicht überdehnt werde. Es gelte, dass die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit mit ansteigenden Vermögen steige. Ebenso sei die Belastung von Betriebsvermögen wie von Kapitalgesellschaften zulässig. Auch hier gelte die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit als Maßstab. Hieraus folge auch die Möglichkeit eines progressiven Tarifs.

Ein weiterer Vorteil sind die kaum möglichen Ausweichreaktionen (Transfers ins Ausland) der Besteuerten. Der Gesetzgeber muss jedoch mögliche negative wirtschaftliche Effekte durch Liquiditäts- und Finanzierungsprobleme einkalkulieren. Auch unter Aspekten der intergenerativen Steuergerechtigkeit spricht vieles für Vermögensabgaben zur Reduzierung der Staatsschulden. Von hohen Staatsschulden haben vor allem die älteren Generationen durch zu niedrige Steuern profitiert, die durch eine Vermögensabgabe wiederum stärker belastet werden als Jüngere. Ein weiteres Argument ist, dass die Vermögensbesitzer von den staatlichen Stabilisierungsmaßnahmen in der Finanzmarktkrise enorm profitiert haben.

3. Eine progressive Besteuerung von Kapitalerträgen

Eine Anhebung der Kapitalertragsteuer hat gegenüber der Wiedereinführung der Vermögensteuer den Vorteil, dass sie Doppelbesteuerung sowie mögliche Substanzbesteuerung bei geringen oder fehlenden Erträgen bzw. bei Verlusten

vermeidet. Steuerpflichtig sind natürliche Personen, die Kapitaleinkünfte (Zinserträge, Dividendeneinkünfte, Veräußerungsgewinne aus Finanztiteln) von mehr als 801 € (Freibetrag) haben. Derzeit wird eine einheitliche Abgeltungssteuer von 25% erhoben, die 2012 ein Steueraufkommen von 8,2 Mrd. €, d.h. 0,31% des BIP erbrachte.

Dass Arbeitseinkommen progressiv besteuert werden, aber Kapitaleinkommen nicht, ist eine Ungleichbehandlung von Arbeit und Kapital und widerspricht dem finanzwissenschaftlichen Prinzip der synthetischen Besteuerung, wonach alle Einkunftsarten gleichbehandelt werden sollen. Eine Besteuerung von Kapitalerträgen mit einem regulären progressiven Einkommensteuertarif, statt mit 25% Abgeltungssteuer würde 3 bis 4 Mrd. € Mehreinnahmen erbringen, langfristig zunehmende Einnahmen sichern und eine Korrektur der zunehmenden Einkommensungleichheit darstellen. Da es eine Steuer auf Erträge ist, wird eine Substanzbesteuerung vermieden, da bei fehlenden Erträgen oder Verlusten keine Steuer anfällt. Die Steuer hätte allerdings hohe Einnahmeschwankungen und mögliche Ausweichreaktionen zu anderen Wertanlagen zur Folge. Auch könnte sich ein Lock In Effekt bei der Besteuerung von Veräußerungsgewinnen ergeben.

4. Reform der Erbschaft- und Schenkungsteuer (=Ländersteuer)

Das Aufkommen der Erbschaftsteuer sank in den letzten Jahren (2012 auf nur noch 0,16% des BIP), obwohl das Volumen des vererbten Vermögens anstieg. Hier liegt ein großes Potenzial, denn die Treffsicherheit und das potenzielle Aufkommen der Erbschaftsteuer sind hoch. Das Gros der Einnahmen wird von einer relativ kleinen Zahl von besteuerten Erbschaften erzielt: 0,35% der unbeschränkt Steuerpflichtigen erbrachten 25,7% des Aufkommens. Da der Anteil des Unternehmensvermögens (Betriebsvermögen plus Anteile an nichtnotierten Kapitalgesellschaften) auf 22% bis 32% an allen Übertragungen geschätzt wird, haben sich die Ausnahmetatbestände für das Unternehmensvermögen erheblich auf die gesamten Erbschaftsteuereinnahmen ausgewirkt. International sind die Verschonungsregeln für Unternehmensvermögen nicht selten anzutreffen, allerdings gehen sie in der Regel nicht so weit wie in Deutschland. Das Ziel der Verschonungsregeln ist die Sicherstellung der Beschäftigung (Verhinderung von Arbeitsplatzverlusten) bei der Unternehmensnachfolge. Ein solcher Lenkungszweck ist zwar grundsätzlich legitim, aber nur, wenn der Lenkungszweck durch die getroffene Regel überhaupt erreicht werden kann. Nach Ansicht des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen ist die Sorge um Arbeitsplatzverluste weitgehend unbegründet. Hinzu komme, dass die Begünstigung auch Unternehmensteile betreffe, die im Ausland liegen.

Ende 2011 sprach sich der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium der Finanzen in einem Gutachten dafür aus, das neue Erbschaftsteuerrecht grundlegend

zu novellieren. Die Kritik rief vor allem die weitgehende Freistellung von Betriebsvermögen und selbst genutztem Wohneigentum hervor. Auch die hohen Grenzsteuersätze von bis zu 50% wurden unter Effizienzgesichtspunkten abgelehnt. Stattdessen empfahl der Beirat, drei Viertel der Erbschaften von der Besteuerung auszunehmen und ein Viertel mit durchschnittlich 8% zu besteuern, um bei geschätzten Erbschaften von 200 Mrd. € ein Aufkommen von 4 Mrd. € zu erzielen. Zusätzlich soll das Recht auf Steuerstundung eingeführt werden, um die Fortführung von Betrieben zu ermöglichen.[\[2\]](#)

Der Reformvorschlag des Wissenschaftlichen Beirats zielt darauf ab, das gegenwärtige Einnahmenvolumen von 4 Mrd. € pro Jahr zu erhalten. Es muss jedoch gefragt werden, warum 4 Mrd. € Einnahmen bei geschätzten Erbschaften in Höhe von 200 Mrd. € ausreichend sein sollen. So könnte ein Steuersatz von 16% die Einnahmen auf 8 Mrd. € verdoppeln. Noch höhere Steuersätze, bspw. 32% würden zu Mehreinnahmen von 12 Mrd. € führen und bewegen sich damit in Dimensionen wie bei einer Wiedererhebung der Vermögensteuer.

5. Einführung einer Finanztransaktionssteuer

Die EU-Debatte um eine Finanztransaktionssteuer ist sehr zu begrüßen. Steuerpflichtig sind dabei professionelle Finanzmarktakteure. Eine Finanztransaktionssteuer von 0,1% Steuer auf den Handel von Wertpapieren und Aktien und 0,01% auf den Handel von Derivaten bringt 20 Mrd. € bis 2020. Würde man auch den Handel mit ausländischen Währungen mit 0,1% Steuer einbeziehen, betrüge das Aufkommen 50 Mrd. €. Eine tatsächliche Einführung und Erhöhung der Finanztransaktionssteuer, insbesondere auf Derivate, würde das Aufkommen deutlich erhöhen und könnte auch als Strafe für Wetten auf Finanztitel gelten, als Strafe für das Zocken auf den Finanzmärkten. Eine Finanzaktivitätssteuer – also eine Steuer nicht nur auf Transaktionen, sondern auf Bilanzsummen von Finanzinstituten – von 5% auf die Summe von Profiten und Löhnen von Finanzinstitutionen würde 25 Mrd. € einbringen.

6. Reform der Grundsteuer (=Gemeindesteuer)

Die Grundsteuer, die den Besitz von Immobilienvermögen der privaten Haushalte, der Land- und Forstwirtschaft und der Unternehmen betrifft, ist neben der allgemeinen Vermögensteuer die vermögensbezogene Steuer mit dem größten Aufkommen. Im Jahr 2010 betrug das Aufkommen der Grundsteuer A (landwirtschaftliche Grundstücke) 0,4 Mrd. € und das der Grundsteuer B (für bebaute oder bebaubare Grundstücke) 11 Mrd. €. Die Einnahmen stehen den Gemeinden zu. Die Grundsteuer zeichnet sich durch eine stabile Bemessungsgrundlage und ein zu erwartendes langfristig hohes Aufkommenspotenzial aus. Angesichts der bestehenden Unterbewertung der Grund-

und Immobilienvermögen durch die Anwendung völlig veralteter Einheitswerte bei der Bemessung der Grundsteuerschuld dürfte das zusätzliche Aufkommenspotenzial einer Stärkung der Grundsteuer durch eine verkehrswertnähere Bewertung beträchtlich sein.

Die Anpassungsreaktionen der Steuerpflichtigen auf eine Erhöhung der Grundsteuer dürften begrenzt sein. Für eine Hinterziehung der Grundsteuer besteht faktisch kein Spielraum, und internationale Steuerflucht scheidet aufgrund der Immobilität von Grund- und Immobilienvermögen als Ausweichoption aus. Die Steuer stärkt auch das Äquivalenzprinzip, das den Zusammenhang zwischen kommunalen Leistungen und Steuern betont. Eine teilweise Überwälzung der Steuer auf Mieter ist nicht auszuschließen. Eine verkehrswertbasierte Bewertung birgt Gefahr von Einnahmeschwankungen. Die Verfassungskonformität der geltenden Regelung ist fraglich, daher besteht ohnehin ein Reformbedarf dieser Steuer.

7. Reform der Bankenabgabe

Durch das Restrukturierungsfondsgesetz vom 9.12.2010 sind Kreditinstitute seit 2011 zur Zahlung einer Bankenabgabe verpflichtet. Die Bemessungsgrundlage der Abgabe ist die Summe der Passiva abzüglich bestimmter Posten, soweit sie den Freibetrag von 300 Mio. € übersteigt. Die Passivseite einer Bankbilanz besteht aus den Verbindlichkeiten gegenüber der Zentralbank, den Einlagen von Banken und Nichtbanken (Kunden), den Bankanleihen sowie dem Eigenkapital.

Die Abgabe ist progressiv nach dem Volumen der beitragserheblichen Passiva gestaffelt und beträgt zwischen 0,02% und 0,06%. Daneben wird das außerbilanzielle Derivatevolumen mit 0,0003% belastet. Die Abgabe bemisst sich somit anhand der Größe des Instituts und dessen Grad der Vernetzung mit dem Finanzsystem. Der Jahresbeitrag einer Bank aus der Summe der Beitragskomponenten „Passiva“ und „Derivate“ wird bei 20% des Jahresüberschusses gekappt (sog. Zumutbarkeitsgrenze). Auf jeden Fall wird aber ein Mindestbeitrag von 5 % des regulären Jahresbeitrags erhoben. Mit der Bankenabgabe wird ein Restrukturierungsfonds mit einer Zielgröße von 70 Mrd. € aufgebaut, durch den notwendige Abwicklungs- oder Restrukturierungsmaßnahmen systemrelevanter Banken finanziert werden.

Im Jahr 2011 nahm der Restrukturierungsfonds mit 600 Mio. € nur halb so viel ein, wie ursprünglich vom Finanzministerium geplant war. Eine Erhöhung des Abgabesatzes und eine Verbesserung der Einhebung sollten deshalb erwogen werden. Die Bankenabgabe liefert langfristig steigende Einnahmen und trägt zu einer Begrenzung des Größenwachstums von Banken bei. Sie reguliert allerdings nur gering die spekulativen Finanztransaktionen.

Fazit

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass der Staat auch in Zeiten der Globalisierung noch viele Möglichkeiten hat, um Einkommens- und Vermögensungleichheiten zu korrigieren. Die Ausweichmöglichkeiten einer sehr kleinen Gruppe von Superreichen sind begrenzt, denn der Wohn- und Standort Deutschland bietet wirtschaftliche und soziale Vorteile, die kaum ein anderes Land zu bieten hat. Und Deutschland hat, wie eingangs erwähnt, im internationalen Vergleich enormen Nachholbedarf.

Literatur/Quellen:

[1] Im Auftrag von ver.di und der Hans-Böckler-Stiftung

[2] Vgl. ausführlich Wissenschaftlicher Beirat 2011

Autorin: Prof. Dr. Brigitte Unger, geboren 1955 in Österreich, Wissenschaftliche Direktorin des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans Böckler Stiftung

Warum Arbeitsgestaltung wichtig ist und worum es dabei geht

von Dr. Martin Kuhlmann

In der öffentlichen Debatte spielen die Zunahme wenig gesicherter Beschäftigungsverhältnisse, der stark gewachsene Niedriglohnsektor sowie das Thema Bildungsungleichheit seit einigen Jahren eine besonders prominente Rolle. Die gesellschaftliche Aufmerksamkeit für soziale Probleme und Entwicklungsperspektiven im Bereich der Arbeitsgestaltung ist dagegen umso geringer. Dabei gibt es auch im Themenfeld Arbeitsgestaltung Hinweise auf problematische Entwicklungen der Gesellschaft und vernachlässigte politische Handlungsoptionen.

Psychische Belastungen und Arbeitsintensität haben zugenommen

In den Medien taucht die Tatsache, dass auch bei der betrieblichen Organisation der Arbeit nicht alles zum Besten bestellt ist, immer dann auf, wenn in den Jahresberichten der großen Krankenversicherer deutlich wird, dass vor allem die Probleme im Bereich psychischer Erkrankungen massiv zugenommen haben. Sie haben mittlerweile einen ähnlich großen Stellenwert als Bedrohungsfaktor für die Arbeitsfähigkeit der Beschäftigten wie die früher dominierenden physischen Gesundheitsrisiken (Staublunge etc.) von Arbeit: „Unter Berufstätigen stiegen die gemeldeten Fehlzeiten mit der Diagnose von psychischen Störungen von 2006 bis 2011 um 65 Prozent“.^[1] Die BKK-Gesundheitsreporte weisen v.a. seit 2008 (BKK Gesundheitsreport 2008: Seelische Krankheiten prägen das Krankheitsgeschehen) auf die besondere Bedeutung arbeitsbedingter psychische Belastungen hin. Nicht nur in den Daten der Krankenkassen werden die Arbeitsbedingungen als Problemfaktor genannt, auch die Beschäftigten selbst sagen, dass die Gefährdungen in der Arbeit zugenommen haben. Sowohl die Repräsentativumfragen für den DGB-Index „Gute Arbeit“ als auch die Beschäftigtenbefragung der IG Metall kommen zu dem Ergebnis, dass die übergroße Mehrheit der Beschäftigten an ihrem Arbeitsplatz einen zunehmenden Leistungsdruck erlebt.^[2] Eine Zunahme der Arbeitsintensität über einen längeren Zeitraum (1995-2010) hinweg zeigt sich für Deutschland auch in den im Rahmen europäischer Vergleichsstudien erhobenen Daten (Eurofound 2012).

Alternsgerechte Arbeitsgestaltung wird wichtiger

Dass es einen zunehmenden Handlungsbedarf bei der Gestaltung von Arbeit gibt, gilt auch für ein weiteres, gegenwärtig viel diskutiertes Themenfeld - den demografischen Wandel. Wissenschaft und Politik weisen schon seit geraumer Zeit darauf hin, dass der seit vielen Jahren absehbare Trend eines steigenden Durchschnittsalters der Erwerbsbevölkerung besondere Anforderungen an die Gestaltung der Arbeitswelt stellt. Vorliegende Studien zeigen allerdings, dass in den Betrieben von einer alters- und alternsgerechten Arbeitsgestaltung bislang nur in Ausnahmefällen die Rede sein kann (Latniak u.a. 2010, Freidank u.a. 2011, Buss/Kuhlmann 2013). Dabei liegen ausreichende Hinweise vor, dass Fragen der Arbeitsorganisation einen erheblichen Einfluss auf die Arbeitsfähigkeit haben (Ilmarinen 2006). Angesichts der Tatsache, dass die geburtenstarken Jahrgänge mittlerweile in das letzte Drittel ihres Erwerbslebens eintreten und der Anteil der über 50-Jährigen in den Betrieben in den nächsten Jahren deutlich steigen wird, gibt es dringende Gründe, das Thema Arbeitsgestaltung verstärkt auf die Tagesordnung zu setzen.

Arbeit in der Industrie 4.0

Aus einem ganz anderen Blickwinkel heraus wird Arbeit in jüngster Zeit im Rahmen der Debatte über Industrie 4.0 (vgl. Forschungsunion/acatech 2013, Kurz 2013, Hirsch-Kreinsen 2014) zum Gegenstand öffentlicher Diskussionen. Behauptet wird, dass die Entwicklung der industriellen Arbeitswelt in eine neue Phase eintritt, die durch einen neuerlichen Technisierungsschub auf der Basis flexibler, dezentral-selbststeuernder Automatisierungstechnologien gekennzeichnet sein wird. Prägend für diesen Trend ist, dass computerbasierte Informations- und Kommunikationstechnologien sehr viel breiter verfügbar, mobil einsetzbar und zudem interaktiver sind. Hinzu kommt, dass Automatisierungslösungen sich funk- und internetbasiert sehr viel besser und weiträumiger vernetzen lassen. In dieser Diskussion ist nicht immer klar, ob es sich um prognostizierte oder propagierte Entwicklungen handelt. Anders als bei früheren Automatisierungsdiskussionen wird jedoch die bleibende Bedeutung der menschlichen Arbeitskraft betont. Sie spielt in den automatisierten Abläufen der Industrie 4.0 eine zentrale und wichtige Rolle. Allerdings bleibt weitgehend ungeklärt, was dies konkret bedeutet und in welcher Weise mit einem Anforderungswandel zu rechnen ist. Die Aussagen über die zukünftige Bedeutung der Arbeit in der Industrie 4.0 bleiben eher Lippenbekenntnisse. Arbeitsorganisation und Arbeitsgestaltung gehören daher auch aus dieser Perspektive erneut auf die Agenda.

Einsichten der Arbeitssoziologie: Arbeitsorganisation ist wichtig

Es gibt also gute Gründe, sich wieder stärker mit den Gestaltungsmöglichkeiten von Arbeit zu beschäftigen. Anlass genug, hierbei einen kurzen Blick auf vorliegende Erkenntnisse der Arbeitssoziologie zu werfen. Zu den Grundeinsichten der arbeitssoziologischen Forschung gehört, dass unterschiedliche Formen der Arbeitsorganisation nicht nur mit gravierenden Unterschieden in den Arbeitssituationen sowie der Bewertung der Arbeit durch die Beschäftigten einhergehen. Die Gestaltung der Arbeitsorganisation hat erhebliche Auswirkungen auf das Wohlbefinden der Beschäftigten, deren Gesundheit, Arbeits- und Leistungsfähigkeit, aber auch auf die Fähigkeit und die Bereitschaft der Beschäftigten sich in ihrer Arbeit aktiv zu engagieren und zum Beispiel an betrieblichen Problemlösungsprozessen mitzuwirken.^[3] Hierbei werden Unterschiede insbesondere zwischen Tätigkeiten mit verschiedenen Qualifikationsniveaus deutlich. Beschäftigte in höher qualifizierten Tätigkeitsfeldern verfügen in der Regel nicht nur über größere Handlungs- und Entscheidungsspielräume, sie haben zumeist auch mehr betriebliche Mitsprachemöglichkeiten und ihre Arbeits- und Berufssituation bietet bessere Voraussetzungen, die eigene Arbeitsfähigkeit auch langfristig zu erhalten. Auch beim Thema Frühverrentungen zeigen sich erhebliche Unterschiede zwischen den Tätigkeitsfeldern.

Arbeitsverbesserungen und erhöhte Wirtschaftlichkeit lassen sich kombinieren

Wichtig für das Thema Arbeitsgestaltung ist noch ein weiterer Befund. Selbst innerhalb von Tätigkeitsfeldern in einer Branche, d.h. zwischen vergleichbaren Betrieben mit weitgehend ähnlichen Produkten und Produktionsverfahren, lässt sich eine erhebliche Bandbreite in der Ausgestaltung der Arbeit beobachten. Mehr noch: Verschiedene Organisationsformen gehen auch in diesen Fällen mit deutlichen Unterschieden in den Arbeitssituationen der Beschäftigten einher. Eine ganze Reihe von Untersuchungen, die sich unter Überschriften wie High-Performance Work Systems oder Innovative Arbeitspolitik mit den Auswirkungen unterschiedlicher Formen der Arbeitsorganisation in weitgehend ähnlichen Tätigkeitsfeldern und mitunter sogar identischen Produktionsprozessen befasst haben, kommen zu dem Schluss, dass bestimmte Organisationskonzepte sogar in der Lage sind, Arbeitsverbesserungen für die Beschäftigten mit Verbesserungen der Wirtschaftlichkeit zu kombinieren.[\[4\]](#)

Worauf es bei Arbeitsgestaltung ankommt

Bei der Systematisierung der Forschungsergebnisse wird in der englischsprachigen Literatur verschiedentlich auf die Formel „Ability, Motivation, Opportunity“ zurückgegriffen, bei der es um die Fähigkeiten, die Bereitschaft und die organisatorischen Möglichkeiten der Beschäftigten geht. Den Ergebnissen dieser Studien zufolge ist sowohl für bessere Arbeitsbedingungen aus Sicht der Beschäftigten als auch für die wirtschaftlichen Vorteile innovativer Arbeitsformen entscheidend:

(1) dass die Beschäftigten über ausreichende Fähigkeiten (Ability) verfügen, was aus arbeitssoziologischer Sicht allerdings nicht nur eine Frage der Bildungs- und Ausbildungssysteme ist. Ebenso wichtig ist es, dass die Arbeit selbst Lernmöglichkeiten bietet und die Anforderungen und die Personalausstattung Freiräume für Lernprozesse bieten. Die Lernförderlichkeit der Arbeit ist auch deshalb bedeutsam, weil Weiterbildungsangebote in Deutschland zwar zunehmend wahrgenommen werden, im internationalen Vergleich aber immer noch gering ausfallen und in hohem Maße selektiv sind.[\[5\]](#) Den Daten der Beschäftigtenbefragung der IG Metall zufolge bleibt selbst bei Hochqualifizierten, die eher zu den Privilegierten betrieblicher Weiterbildungsangebote gehören, aufgrund des hohen Arbeitsdrucks oft zu wenig Zeit für solch Qualifizierungsangebote.

(2) Die Forschungsbefunde über die Bereitschaft (Motivation) der Beschäftigten, sich in der Arbeit zu engagieren, sind weniger eindeutig. Es ist vor allem umstritten, ob Entgeltanreize eine positive Rolle für die Motivationsförderung spielen oder ob sie letztlich kontraproduktiv wirken. Unstrittig ist dagegen, dass interessante, beruflich

herausfordernde Aufgaben und ein positives Betriebsklima am Arbeitsplatz wichtig sind. Auch unter diesem Gesichtspunkt kommen Fragen der Arbeitsorganisation und der Arbeitsgestaltung eine wichtige Rolle zu. Für die Bereitschaft, aktiv an der Optimierung der betrieblichen Arbeitsprozesse und Abläufe mitzuwirken, sind den Untersuchungen zufolge Beschäftigungssicherheit und die Einschätzung, dass Gewinne und Lasten fair verteilt werden, von Bedeutung.

(3) Im Zentrum der High-Performance-Forschung und der Forschung über innovative Arbeitspolitik steht allerdings die Frage, welche Formen der Arbeitsorganisation geeignet sind, die Möglichkeiten (Opportunity) der Beschäftigten zu verbessern, ihre Arbeits- und Leistungsfähigkeit zu entfalten und sie dauerhaft zu erhalten und weiter zu entwickeln. Breite Übereinstimmung herrscht, dass ausreichende Handlungsspielräume in der Arbeit sowie erweiterte Mitsprache- und Mitgestaltungsmöglichkeiten von zentraler Bedeutung sind. Tätigkeiten sollten vielfältig und von den Beschäftigten selbst gestaltbar sein. Ausführende, steuernde und planende Aufgaben möglichst eng miteinander verbunden werden. Innovative Arbeitsformen zeichnen sich außerdem durch gute Kooperationsmöglichkeiten aus. Da die erweiterten Handlungsspielräume innovativer Arbeitsformen nicht selten mit dem Risiko steigender Leistungsanforderungen verbunden sind und gerade bei beruflich herausfordernden Tätigkeiten mit (Selbst-)Überforderungstendenzen einhergehen können, spielen bei den organisatorischen Möglichkeiten außerdem regulierte Leistungsbedingungen eine wichtige Rolle. Die Beschäftigten müssen Gelegenheit haben, Leistungsanforderungen zu diskutieren und benötigen auch in dieser Hinsicht gesicherte Mitsprache- und Einflussmöglichkeiten.

Die Grundprinzipien der hier genannten innovativen Arbeitspolitik müssen auf die jeweiligen Produktionsanforderungen und Tätigkeitsfelder bezogen werden und betriebs- und bereichsspezifisch konkretisiert werden. Das ist ein Prozess, der aus arbeitssoziologischer Sicht nur unter aktiver Einbeziehung der Beschäftigten und der betrieblichen Interessenvertretung gelingt. Wichtig ist außerdem, dass arbeitspolitische Maßnahmen in den Bereichen Arbeits- und Betriebsorganisation, Entgeltsystemgestaltung, Lernförderlichkeit der Arbeit und Weiterbildung bis hin zu leistungspolitischen Regularien und betrieblichen Führungsstrukturen aufeinander abgestimmt werden.

Verbreitung innovativer Arbeitsformen

Gesicherte Aussagen über die Verbreitung der hier grob umrissenen Formen innovativer Arbeitspolitik sind schwierig. Vieles deutet darauf hin, dass sie, obwohl sie Vorteile für die Beschäftigten und die Betriebe bieten, bisher wenig verbreitet sind. Die Gründe hierfür sind vielfältig: Neben den Investitions- und Einführungskosten spielt auch die Tatsache eine Rolle, dass die erweiterten Handlungs- und Mitsprachemöglichkeiten einen sehr weit reichenden Wandel der

vielfach immer noch stark hierarchisierten und von einem hohem Maß an sozialer Ungleichheit geprägten betrieblichen Arbeits- und Sozialstrukturen erfordern. Hinzu kommt, dass ein derartiger Wandel nur über einen längeren Zeitraum gelingt und den Betrieben ein hohes Maß an arbeitspolitischer – und häufig auch personeller – Kontinuität abverlangt.

Innovative Formen der Arbeitsgestaltung finden sich häufiger in solchen Ländern, die sich durch weniger soziale Ungleichheit (nicht zuletzt im Bildungsbereich), stärkere individuelle und kollektive Mitspracherechte sowie durch breiter verankerte Kooperationsbeziehungen auszeichnen. Insbesondere die skandinavischen Länder befinden sich auf einem solchen Entwicklungspfad. International vergleichende Studien kommen regelmäßig zu dem Befund, dass innovative Arbeitsformen in skandinavischen Betrieben stärker verbreitet sind (Gallie 2007, Kalmi/Kauhanen 2008, Eurofound 2009).

Die vorliegenden Erkenntnisse zum Thema Arbeitsgestaltung geben erste Anhaltspunkte, worauf es bei einer neuen Rollenbestimmung und einem erweiterten Anforderungsprofil der Beschäftigten ankommt: Handlungsfähige, verhaltenssouveräne Beschäftigte, die in der Lage sind, mit erhöhten Lern- und Reaktionserfordernissen sowie den gestiegenen Kooperationsanforderungen umzugehen und die sich aktiv an Problemlösungs- und Optimierungsprozessen beteiligen. Innovative Formen der Arbeitsgestaltung bieten die Chance, dass steigende Anforderungen nicht auf Kosten der Arbeits- und Leistungsfähigkeit der Beschäftigten sondern durch die Entfaltung ihrer Handlungs- und Mitsprachemöglichkeiten bewältigt werden. Dass derartige Arbeitsformen in Gesellschaften stärker verbreitet zu sein scheinen, die durch ein geringeres Maß an Ungleichheit im Bildungs- und Beschäftigungssystem gekennzeichnet sind und gewerkschaftlichen Interessenvertretungsstrukturen eine größere Bedeutung zumessen, ist ein nicht zu vernachlässigender Hinweis auf die engen Verbindungslinien zwischen Bildungs-, Beschäftigungs- und Arbeitspolitik.

Literatur/Quellen:

Appelbaum, Eileen, Thomas Bailey, Peter Berg, Arne L. Kalleberg (2000):
Manufacturing Advantage. Why High-Performance Works Systems Pay Off, Ithaca,
NY: ILR Press.

Baethge, Martin, Eckart Severing, Reinhold Weiß (2013): Handlungsstrategie: berufliche Weiterbildung (BiBB: Berichte zur beruflichen Bildung), Bielefeld: W. Bertelsmann Verlag.

Bauer, Joachim (2013): Arbeit. Warum unser Glück von ihr abhängt und wie sie uns krank macht, München: Karl Blessing Verlag.

Bilger, Frauke, Dieter Gnahs, Josef Hartmann, Harm Kuper (Hg.) (2013): Weiterbildungsverhalten in Deutschland. Resultate des Adult Education Survey 2012, Bielefeld: W. Bertelsmann Verlag. www.bmbf.de/pubRD/2013-weiterbildungsverhalten-01.pdf

BKK (2008): BKK Gesundheitsreport 2008: Seelische Krankheiten prägen das Krankheitsgeschehen, Essen: BKK Bundesverband. http://www.bkk.de/fileadmin/user_upload/PDF/Arbeitgeber/gesundheitsreport/Gesundheitsreport2008_kompletter_Report.pdf

Boxall, Peter (2012): High-performance work systems: what, why, how and for whom?, in: Asia Pacific, Jg. 50, Nr. 2, S. 169-186.

Buss, Klaus-Peter, Martin Kuhlmann (2013): Akteure und Akteurskonstellationen alter(n)sgerechter Arbeitspolitik, in: WSI-Mitteilungen, Jg. 66, Nr. 5, S. 350-359.

DAK (2013): DAK-Gesundheitsreport 2013, Hamburg: DAK. http://www.dak.de/dak/download/Vollstaendiger_bundesweiter_Gesundheitsreport_2013-1318306.pdf

DAK (2014): DAK-Gesundheitsreport 2014. Die Rushhour des Lebens. Gesundheit im Spannungsfeld von Job, Karriere und Familie., Hamburg: DAK. http://www.dak.de/dak/download/Vollstaendiger_bundesweiter_Gesundheitsreport_2014-1374196.pdf

DGB-Index Gute Arbeit (2013): Arbeitsfähig bis zur Rente? DGB-Index Gute Arbeit - Der Report, Berlin: DGB. <http://www.dgb-index-gute-arbeit.de/downloads/publikationen/data/dgb-index-gute-arbeit-arbeitsfaehig-bis-zur-rente.pdf>

Eurofound (2009): Working conditions in the European Union: Work organisation, Luxembourg: Office for Official Publications of the European Communities. <http://www.eurofound.europa.eu/pubdocs/2008/62/en/1/EF0862EN.pdf>

Eurofound (2012): Trends in job quality in Europe. A report based on the fifth European Working Conditions Survey, Luxembourg: Office for Official Publications of the European Communities.

<http://www.eurofound.europa.eu/pubdocs/2012/28/en/1/EF1228EN.pdf>

Eurofound (2013): Work organisation and employee involvement in Europe. A report based on the fifth European Working Conditions Survey, Luxembourg: Publications Office of the European Union.

<http://www.eurofound.europa.eu/pubdocs/2013/30/en/1/EF1330EN.pdf>

Forschungsunion, acatech (Hg.) (2013): Umsetzungsempfehlungen für das Zukunftsprojekt Industrie 4.0. Abschlussbericht des Arbeitskreises Industrie 4.0, Frankfurt/Main: Geschäftsstelle der Plattform Industrie 4.0.

http://www.acatech.de/fileadmin/user_upload/Baumstruktur_nach_Website/Acatech/root/de/Material_fuer_Sonderseiten/Industrie_4.0/Abschlussbericht_Industrie_4.0_barrierefrei.pdf

Freidank, Johannes, Johannes Grabbe, Jürgen Kädtler, Knut Tullius (2011): Altersdifferenzierte und altersgerechte Betriebs- und Tarifpolitik. Eine Bestandsaufnahme betriebspolitischer und tarifvertraglicher Maßnahmen zur Sicherung der Beschäftigungsfähigkeit, Dortmund: BAuA.

<http://gso.gbv.de/DB=2.2/FAM?PPN=689553455>

Gallie, Duncan (2007): Production Regimes and the Quality of Employment in Europe, in: Annual Review of Sociology, Jg. 33, S. 85-104.

irsch-Kreinsen, Hartmut (2014): Wandel von Produktionsarbeit – „Industrie 4.0“, Dortmund: TU Dortmund. http://www.wiso.tu-dortmund.de/wiso/is/de/forschung/soz_arbeitspapiere/Arbeitspapier_Industrie_4_o.pdf

IG Metall (2013): Arbeit: sicher und fair! Die Befragung. Ergebnisse, Zahlen, Fakten, Frankfurt/Main: IG Metall Vorstand.

http://www.arbeitsicherundfair.de/w/files/igm26/130617_themenheft_ergebnisbefragung.pdf

Imarinen, Juhani (2006): Towards a Longer Worklife. Ageing and the Quality of Worklife in the European Union, Helsinki: Finnish Inst. of Occupational Health.

Kalmi, Panu, Antti Kauhanen (2008): Workplace Innovations and Employee Outcomes: Evidence from Finland, in: Industrial Relations, Jg. 47, Nr. 3, S. 430-459.

Kuhlmann, Martin, Hans Joachim Sperling, Sonja Balzert (2004): Konzepte innovativer Arbeitspolitik. Good-Practice-Beispiele aus dem Maschinenbau, der Automobil-, Elektro- und Chemischen Industrie, Berlin: edition sigma.

Kurz, Constanze (2013): Industrie 4.0 verändert die Arbeitswelt. Gewerkschaftliche Gestaltungsimpulse für „bessere“ Arbeit, in: Gegenblende, Jg. 24, Nr. Nov./Dez. <http://www.gegenblende.de/24-2013/++co++c6d14efa-55cf-11e3-a215-52540066f352>

Latniak, Erich, Dorothea Voss-Dahm, Uwe Elsholz, Mario Gottwald, Silvia Gerisch (2010): Umsetzung demografiefester Personalpolitik in der Chemischen Industrie: Inhaltliche und prozessuale Analyse betrieblicher Vorgehensweisen, Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung. http://www.boeckler.de/pdf_fof/S-2008-110-3-1.pdf

TK (2012): Gesundheitsreport 2012. Mobilität, Flexibilität, Gesundheit, Hamburg: TK. <http://www.tk.de/centaurus/servlet/contentblob/457490/Datei/81039/Gesundheitsreport%202012.pdf>

TK (2013): Gesundheitsreport 2013. Berufstätigkeit, Ausbildung und Gesundheit, Hamburg: TK. <http://www.tk.de/centaurus/servlet/contentblob/516416/Datei/83065/Gesundheitsreport-2013.pdf>

[1] TK Gesundheitsreport 2012, S. 13 sowie TK Gesundheitsreport 2013, S. 90. Zu vergleichbaren Befunden kommen die Berichte der DAK (2013, 2014). Einen aktuellen Überblick über Gesundheitsgefährdungen der heutigen Arbeitswelt und wichtige verursachende Faktoren gibt Joachim Bauer (2013): Arbeit – Warum unser Glück von ihr abhängt und wie sie uns krank macht.

[2] Dem DGB-Index zufolge sagen über 50 % der Befragten, dass sie „in hohem“ oder sogar „sehr hohem Maß“, „in den letzten Jahren immer mehr Arbeit in der gleichen Zeit schaffen müssen“ (DGB-Index 2013). In der in den Organisationsbereichen der IG Metall durchgeführten Beschäftigtenbefragung aus dem Jahre 2013 (IG Metall 2013) haben fast 80 % diese Einschätzung („trifft voll und ganz zu“, „trifft eher zu“).

[3] Exemplarisch anhand neuerer, EU-weiter Daten: Eurofound 2013.

[4] Zwei Beispiele hierfür sind Appelbaum u.a. 2000, Kuhlmann u.a. 2004. Einen neueren, zusammenfassenden Überblick bietet Boxall 2012

[5] Aktuelle Daten und einen Überblick zum Thema berufliche Weiterbildung bieten Baethge u.a. 2013 und Bilger u.a. 2013.

Autor: Dr. Martin Kuhlmann, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Soziologischen Forschungsinstitut (SOFI) an der Georg-August-Universität Göttingen

Von Lateinamerika lernen?

von Prof. Dr. Hans-Jürgen Burchardt, Nico Weinmann

Vom neoliberalen Musterschüler zum Ideengeber arbeitspolitischer Innovationen

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise schlägt sich auf dramatische Weise in der europäischen Arbeitswelt nieder. Sie beschleunigt einen Trend, der bereits in den letzten Jahrzehnten immer deutlichere Konturen annahm: Unbefristete, betriebliche Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse büßen als Normgröße für Arbeits- und Tarifpolitik an Bedeutung ein. Zugleich weitet sich niedrig-entlohnte, zeitlich befristete und vom Sozial- und Arbeitsrecht ungeschützte Beschäftigung deutlich aus. Besonders ausgeprägt zeigen sich diese Dynamiken an den geografischen Rändern Europas, wo die Krise die Arbeitslosigkeit rasant nach oben schnellen ließ (ILO 2013a; ESDE 2013). Existenzsicherung jenseits formalisierter Arbeitsmärkte und wohlfahrtsstaatlicher Politiken ist seitdem kein Alleinstellungsmerkmal mehr von Entwicklungsländern, sondern beginnt sich als Prekarisierung und Informalisierung nicht nur im globalen Süden, sondern auch in die industriellen Kernregionen einzufressen. Mittlerweile gelten zwei Drittel aller weltweit Erwerbstätigen als informell beschäftigt (Jütting/de Laiglesia 2009).

Von Politik und Wissenschaft noch relativ unbemerkt gibt es einen Ort, der diesen globalen Trends widersteht: das gallische Dorf der Arbeitspolitik heißt Lateinamerika. Gestärkt mit dem Zauberspruch eines robusten Wirtschaftswachstums hat sich die Region unter der Regie zahlreicher (Mitte-)Links-Regierungen in den letzten zehn Jahren zu einem Laboratorium neuer Arbeits- und Sozialpolitiken gemausert. Die (Re-) Formalisierung von Arbeitsbeziehungen, die Registrierung von

Arbeit und die Ausweitung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung wurde hier von den meisten Regierungen zu einem zentralen Politikziel erklärt. Die Sozialausgaben sind in der ganzen Region merklich gestiegen, während Armut (signifikant) und soziale Ungleichheiten (diskret) abnehmen. War Lateinamerika seit dem [Putsch Pinochets in Chile 1973](#) noch Exerzierregion neoliberaler Deregulierung, die später in vielen anderen Ländern Schule machte, wird die Weltregion heute von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) für zahlreiche Innovationen bei der Re-Regulierung der Arbeitsbeziehungen gelobt. Grund genug für eine Spurensuche.

Die ausgetretenen Pfade der `exklusiven´ Arbeitspolitik

Die ersten umfassenden Arbeits- und Sozialpolitiken des Subkontinents konzentrierten sich ab den 1920er/30er Jahren auf die städtische, meist männliche Arbeiterschaft. Sie waren entweder im öffentlichen Dienst beschäftigt oder gingen Tätigkeiten in Branchen nach, die für die damaligen Industrialisierungsbemühungen strategisch relevant waren (Weinmann/Burchardt 2013). Wohlfahrtsstaatliche Leistungen waren seinerzeit im bismarckschen Stil eng an den Berufsstatus gekoppelt, avancierten schnell zu einem Privileg einzelner Beschäftigungsgruppen und wurden zu sozial und rechtlich hoch regulierten Inseln, umgeben von einem Meer informeller Beschäftigung; ohne arbeitsrechtlichen Schutz, gewerkschaftliche Interessenvertretungen oder Sozialversicherungsansprüche. Diese Ordnung geriet unter Druck, als sich der Neoliberalismus – erst gewalttätig über Militärdiktaturen und dann ab den 1980er Jahren demokratisch legitimiert – als dominantes Entwicklungsmodell durchsetzte. In der Arbeits- und Sozialpolitik wurde im Zuge dessen zunächst das Arbeitsrecht stark flexibilisiert. Arbeit wurde massenweise über sogenannte „Schrottverträge“ verbrieft, die vielfältige Auslagerungen, Unterverträge oder „Ein-Personen-Unternehmen“ ermöglichten. Die darauf folgende Atomisierung der Arbeitenden untergrub gleichzeitig gewerkschaftliche Kollektivrechte. Auch von der robusten Wirtschaftsentwicklung in den 1990er Jahren profitierten die Beschäftigten nicht. Das Jahrzehnt ging so als Wachstumsdekade ohne Beschäftigung in die Annalen der Region ein. Zusätzlich wurden die Sozialsysteme teilprivatisiert. Dadurch kam es zu einem deutlichen Rückgang sozialversicherter Arbeit. Auch verschiedene Kompensationsmaßnahmen wie Sozialfonds, Mikrokredite oder Einkommenstransfers konnten die dramatische Zunahme von Armut und Ungleichheit nicht verhindern, so dass sich Lateinamerika um die Jahrtausendwende sozial und politisch zunehmend polarisierte.

Auf neuen Wegen ins 21. Jahrhundert?

Mit Hugo Chávez in Venezuela, 'Lula' da Silva in Brasilien oder Néstor Kirchner in Argentinien wurden seit 1998 zahlreiche Regierungen ins Amt gewählt und bis heute immer wieder demokratisch bestätigt. Die neuen Regierungsformationen räum(t)en der Bearbeitung der sozialen Frage und der Neuorganisation der Arbeits- und

Sozialpolitik eine große Bedeutung ein. Sie agieren seither vor dem Hintergrund einer außergewöhnlich langen ökonomischen Boomphase, die vor allem auf der Extraktion und dem Export von Rohstoffen und Agrargütern fußt (Burchardt/Dietz 2013). Viele Regierungen haben die Einnahmen aus den Extraktionsökonomien im nennenswerten Umfang für soziale Belange bzw. für nationale Entwicklungsprogramme eingesetzt.

Als politische Veränderung ist vor allem die Initiierung und deutliche Ausweitung von zahlreichen Programmen mit Nähe zum Fürsorgeprinzip zu nennen – sogenannten conditional cash transfers (CCTs). Maßnahmen dieser Art wie Bolsa Familia in Brasilien bewegen sich seitdem zwischen Momenten des Einkommenstransfers, der Bereitstellung von sozialen Basisdienstleistungen (vor allem Bildung und Gesundheit) und teilweise Instrumenten der aktiven Arbeitsmarktintegration. Sie erreichen derzeit etwa 12 Prozent der Haushalte Lateinamerikas, wobei der Deckungsgrad länderspezifisch erheblich variiert. Anders als die tradierte Sozialversicherung kommen diese Sozialleistungen auch jenen zu Gute, die keiner formellen Arbeit nachgehen. Insgesamt gelingt es mit den CCTs gezielte Ressourcentransfers an die ärmsten Bevölkerungsteile weiterzuleiten und darüber deren soziale Vulnerabilität zu verringern. Zahlreiche Studien attestieren den Maßnahmen, dass sie entscheidend zu einer Reduzierung der Armut beigetragen haben: In der Region sank in der letzten Dekade die Armutsrate von 50 Prozent auf unter 30 Prozent. Aufgrund dieser Erfolgsgeschichte finden die Programme derzeit in anderen Weltregionen zahlreiche Nachahmer (Barrientos 2013). Ein weiteres Vehikel zur Bearbeitung der sozialen Frage ist die Restaurierung und die Konsolidierung der Sozialversicherung. Bis heute stieg der Anteil der Sozialausgaben am BIP in vielen Staaten Lateinamerikas auf bis zu 30 Prozent an. Wichtig war hier ein weitgehender Privatisierungsstopp bzw. teilweise die Rückführung der Sozialversicherung in die öffentliche Hand.

Im Feld der Arbeitspolitik wurden vermehrt Standards und Konventionen der ILO implementiert. In einigen Ländern wurden arbeitsvertragliche Individualrechte ausgebaut und der Kündigungsschutz, Befristungen oder Ausgliederungen wieder stärker reguliert. Zusätzlich kam es oft zu einer Aufwertung von Arbeitsministerien und über Inspektionen zu einer stärkeren Kontrolle von Rechts- und Arbeitsschutzgarantien. Teilweise wurde die Registrierung zur Sozialversicherung oder Steuerregelungen erleichtert, wodurch die Eingangsschwellen zur Formalisierung kleinerer Betriebe und informeller Arbeit gesenkt wurde. Gleichzeitig stiegen in der Region die Reallöhne im Durchschnitt um rund 14%, die Mindestlöhne um fast die Hälfte (!) (ILO 2013b). Auch gibt es einen dezenten Trend zur Formalisierung. In Argentinien reduzierte sich der Anteil nicht-registrierter Arbeit in den letzten zehn Jahren um rund zehn Prozent, in Brasilien wuchs die formelle Beschäftigung im privaten Sektor um 25 und im öffentlichen Dienst um 19 Prozent. Ergänzend kam es in einigen Ländern wie Argentinien, Brasilien und vor allem

Uruguay zu einem deutlichen Erstarren der Gewerkschaften. In den beiden erstgenannten Ländern liegt die Verbindlichkeit von Kollektivvereinbarungen heute bei circa 60 Prozent der formellen Lohnarbeit, in Uruguay sogar bei 100 Prozent (Uruarte 2008; Filgueira u.a. 2011; Weinmann 2013; Keifman/Maurizio 2014).

Alte und neue Grenzen

Diese beachtlichen Erfolge weisen dennoch Grenzen auf. Kritiker wenden zu Recht ein, dass sich vor allem die Sozialversicherungen durch stark regressiv wirkende Effekte auszeichnen, also vorwiegend den privilegierten Einkommenschichten zugutekommen. Auch Steuerreformen, die zu einer gerechteren Lastenverteilung führen könnten, fehlen bisher völlig oder sind versandet. Die CCTs wiederum stehen unter permanenten Klientelismusverdacht, da sie die Leistungen mit Bedarfsprüfungen koppeln. Auf diese Weise können Ressourcen paternalistisch – z.B. für politisches Wohlverhalten – gewährt werden. In der aktuellen Debatte wird darum eine stärkere Formalisierung und Institutionalisierung der CCTs gefordert. Zusätzlich wird darauf hingewiesen, dass die Programme oftmals mit ihrem Fokus auf Frauen als Haushaltsvorstand diese nicht nur ökonomisch stärken, sondern auch traditionelle Geschlechterrollen zementieren und dadurch für die am stärksten diskriminierte Gruppe im Arbeitsmarkt eine ambivalente Rolle spielen (Barrientos 2012; Lavinás 2013).

Zweifelsohne bleibt eine der größten sozialen Probleme der lateinamerikanischen Gesellschaften, dass es mit den neuen Politiken (noch) nicht gelungen ist, mit der extrem ungleichen Arbeitsmarktstruktur zu brechen: Auch heute sind fast die Hälfte aller Erwerbsfähigen in der informellen Ökonomie tätig; konkret arbeiten mindestens 120 Millionen Menschen – die Mehrheit Jugendliche und Frauen – weiter informell, unter extrem prekären Bedingungen und bei schlechter Entlohnung (ILOb 2013b:63). Gleichzeitig hat sich, trotz merklicher Reallohnsteigerung gegenüber den 1990er Jahren, an der Lohnquote wenig verändert; ein Hinweis dafür, dass gesamtgesellschaftlicher Reichtum kaum umverteilt wurde. Ungleiche Vermögens-, Besitz- oder Produktionsverhältnisse bleiben auch unter (Mitte-)Links-Regierungen weitgehend unangetastet.

Dennoch können die bisherigen sozialen Erfolge in einer Zeit, in der sich Armut, Prekarisierung und Ungleichheit global ausbreiten, nicht genug hervorgehoben werden. Sie haben nicht nur gezeigt, dass die Politik der Gestaltung der Arbeitsbeziehungen imposante Optionen bereithält. Sie haben gleichzeitig vielen Armen und Bedrängten ihre Stimme, Würde, Hoffnung und ein neues Selbstwertgefühl zurückgegeben und damit eine wichtige Voraussetzung für weiteren sozialen Fortschritt geschaffen. Aktuelle soziale Proteste in Ländern wie Brasilien, die in vielen Bereichen immer mehr Mitbestimmung einfordern, deuten bereits an, dass das gallische Dorf in Bewegung bleibt. Die deutschen Gewerkschaften kennen

Lateinamerika besonders gut aus der Solidaritätsarbeit. Jetzt heißt es, nicht mehr nur zu helfen, sondern sich gleichzeitig auch inspirieren lassen. Denn viele lateinamerikanische Erfahrungen bieten das Potential, auch hierzulande zum Zauberelexier zu werden.

Weitere globale Perspektiven der Autoren auf Arbeit:

Burchardt, H.J.; Peters S.; Weinmann, N. 2013 (Hg.): Arbeit in globaler Perspektive. Facetten informeller Beschäftigung, Frankfurt/New York.

Literatur/Quellen:

Barrientos, A. 2013: Social Assistance in Developing Countries. Cambridge.

Burchardt, H.J.; Dietz, K. 2013: Extraktivismus in Lateinamerika – der Versuch einer Fundierung, in: Burchardt, H.J.; Dietz, K.; Öhlschläger, R. (Hg.), Umwelt und Entwicklung im 21. Jahrhundert. Impulse und Analysen aus Lateinamerika, Baden-Baden, S. 181–200.

CEPAL 2009: Social Panorama of Latin America. Santiago de Chile

ESDE 2013: Employment and Social Developments in Europe 2012, European Commission, Brüssel.

Filgueira, F.; Reygadas, L.; Luna, J. P.; Alegre, P. 2011: Shallow States, Deep Inequalities, and the Limits of Conservative Modernization: The Politics and Policies of Incorporation in Latin America, in: Blofield, M. (Hg.), The Great Gap. Inequality and the Politics of Redistribution in Latin America, Pennsylvania, S. 245–277.

ILO 2013a: Global Employment Trends 2013. Recovering from a second jobs dip, Genf.

ILO 2013b: Panorama Laboral. América Latina y el Caribe, Lima

Jütting, J.; de Laiglesia, J. R. 2009: Is Informal Normal? Towards More and Better Jobs in Developing Countries, OECD Publishing.

Keifman, S.N.; Maurizio, R. 2014: Changes in Labour Market Conditions and Policies, and Their Impact on Wage Inequality During the Last Decade, in: Cornia, G.A. (Hg.): Falling Inequality in Latin America. Policy Changes and Lessons, Oxford, S. 251-273.

Lavinas, L. (2013): 21st Century Welfare, in. New Left Review 84: 5-40

Uriarte, O. E. 2008, Die Arbeitspolitik progressiver Regierungen, in: Nueva Sociedad, Sonderheft September, S 88–106.

Weinmann, N.; Burchardt, H.J. 2013: Politikzyklen der In-Formalität? Dynamiken informeller Arbeit in Lateinamerika, in: Burchardt, H.J.; Peters, S.; Weinmann, N. (Hg.): Arbeit in globaler Perspektive. Facetten informeller Beschäftigung, Frankfurt/New York, S. 97-122.

Weinmann, N. 2013: Uruguay: Gewerkschaftliche Erneuerung durch korporatistische Integration, in: Schmalz, S.; Dörre, K. (Hg.): Comeback der Gewerkschaften. Machtressourcen, innovative Praktiken, internationale Perspektiven, Frankfurt/New York, S.332-342.

Autoren: **Prof. Dr. Hans-Jürgen Burchardt**, Leiter des Fachgebiets für "Internationale und intergesellschaftliche Beziehungen" der Universität Kassel, **Nico Weinmann**, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachgebiet für "Internationale und intergesellschaftliche Beziehungen" der Universität Kassel

Die große Transformation: Wie wollen wir leben?

von Dr. Inge Paulini

Wie nie zuvor verändern wir Menschen den Planeten auf dem und von dem wir leben. Die Menschheit ist zu einem so dominanten Faktor im Erdsystem geworden, so dass das gegenwärtige Erdzeitalter sogar häufig [als Anthropozän](#) bezeichnet wird, als „das menschlich [gemachte] Neue“. Wir sind dabei die Grenzen der Tragfähigkeit der Erde für unsere menschliche Zivilisation zu überschreiten. An folgenden Beispielen werden diese globalen Trends sichtbar: Der Ausstoß von Treibhausgasen steigt und der Klimawandel schreitet ungebremst voran; die Vermeidung der gefährlichen Klimaveränderungen wird immer schwieriger. Die Hauptursache ist die zunehmende Nachfrage nach fossilen Energieträgern, aber auch die Rodung von Wäldern und die nicht-nachhaltige Landnutzung. Die vom Menschen verursachten CO₂-Emissionen übersäuern die Weltmeere und dies gefährdet die marinen Ökosysteme, besonders die Korallenriffe.

Die Weltbevölkerung wächst Schätzungen zufolge bis 2050 auf über 9 Milliarden Menschen. Das sind über 2 Milliarden mehr Menschen als heute leben; damit ist absehbar, dass auch die Nachfrage nach Energie, nach Nahrungsmitteln und nach anderen Rohstoffen steigt. Die Ökosysteme werden immer schneller zerstört; wobei immer mehr biologische Vielfalt unwiederbringlich verloren geht. Die Nachfrage nach Agrarprodukten und der Druck auf Landflächen wachsen, die Nahrungsmittelpreise steigen, nicht zuletzt durch Spekulationen. Fruchtbare Landflächen werden knapp, gleichzeitig gehen zunehmend Böden durch Erosion, Überweidung, Versalzung oder Versiegelung verloren.

Angesichts dieser globalen Megatrends wird deutlich, dass eine Transformation zur klimaverträglichen und nachhaltigen, also zukunftsfähigen Gesellschaft notwendig ist. Die Nutzung fossiler Energieträger hat der Menschheit einen nie dagewesenen Wohlstand beschert, doch diese positive Entwicklung wird zunehmend durch die wachsenden Nebenwirkungen gefährdet. Ohne eine Transformation zur Nachhaltigkeit würden planetarische „Leitplanken“ des Erdsystems überschritten, z.B. die 2°C Erwärmung beim Klima. Die heutigen natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit sind gefährdet und ihre künftigen Entwicklungschancen werden deutlich eingeschränkt.

Die Notwendigkeit einer Großen Transformation leitet der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) aus dem [Gutachten „Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“](#) (2011) ab. Dieser Beirat wurde

1992 im Vorfeld der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung („Erdgipfel von Rio“) von der Bundesregierung als unabhängiges wissenschaftliches Beratergremium eingerichtet und hat unter anderem die Aufgabe, globale Umwelt- und Entwicklungsprobleme zu analysieren und Lösungen vorzuschlagen. Im genannten Gutachten legte der WBGU viele Empfehlungen vor, wie die Transformation gelingen kann. Das Aufgreifen der Empfehlungen und die Gestaltung der Transformation obliegt hauptsächlich der Politik, aber auch einer Vielzahl anderer Akteure im demokratischen System. In diesem Konzert sind die Gewerkschaften ein sehr gewichtiger Akteur.

Worum geht es bei der Großen Transformation?

Die Große Transformation meint nichts weniger als einen weltweiten Strukturwandel. Es geht um den Umbau unserer Wirtschafts-, Produktions- und Lebensweisen in Richtung Nachhaltigkeit. Ein menschenwürdiges Leben für alle Menschen unter Achtung der Grenzen des Planeten muss ebenso garantiert sein, wie das Recht auf Entwicklung, Bildung und gesellschaftliche Teilhabe für alle. Solch ein gesamtgesellschaftliches Vorhaben erfordert immense Anstrengungen, aber es ist für ein zukunftsverträgliches, gutes Leben weltweit unausweichlich. Trotz der Größe der Herausforderung und aller Schwierigkeiten können wir aber hoffnungsvoll ans Werk gehen, denn es gibt bereits Alternativen – zum Beispiel die erneuerbaren Energien – die allen Menschen die Chance auf ein gutes Leben in den Grenzen des natürlichen Umweltraumes eröffnen können. Seit geraumer Zeit gibt es einen empirisch belegten globalen Wertewandel hin zu mehr Umweltbewusstsein, der den Transformationsprozess unterstützen kann. Dieser ist etwa erkennbar am Konsumentenwunsch nach Fairness und Gerechtigkeit, in der Nachfrage nach Fairtrade-Produkten, biologisch erzeugten Produkten oder nach energieeffizienten Geräten. Der breite Wunsch nach Zukunftssicherung wurde kürzlich auch durch die große Studie der IG Metall „So wollen wir leben!“ unterstrichen, mit dem Ergebnis „Die Sicherung der Zukunft für die nächste Generation ist den Befragten besonders wichtig“.

Die Einhegung des Klimawandels ist am dringlichsten: Sollen mehr als 2 °C Erwärmung vermieden werden, müssen vor allem die Energiesysteme, die Landnutzung und die urbanen Räume klimaverträglich umgebaut werden. Das bedeutet: Wenn wir den Klimawandel stoppen wollen, müssen wir aufhören, Öl, Kohle und Gas zu verbrennen, es bedeutet also den Ausstieg aus fossilen Energien und den Aufbau von Energiesystemen, die weltweit im Wesentlichen auf erneuerbaren Energien basieren. Die Weichen für diese Große Transformation sollten im nächsten Jahrzehnt gestellt werden, der Umbau sollte möglichst in einem halben Jahrhundert erfolgt sein. Das ist ein Generationenprojekt und klingt zunächst nach einer langen Zeitspanne. Für ein Vorhaben dieser Größenordnung bedeutet das aber einen immensen Zeitdruck.

Wie kann die Transformation gelingen?

Im WBGU-Gutachten „Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“ wurde ausführlich diskutiert, wie die Transformation erfolgreich gestaltet werden kann. Die größte und wichtigste Rolle bei der Gestaltung der Transformation kommt laut WBGU der Politik zu: Ein „gestaltender Staat“ sollte die großen Weichen stellen. Solch ein Staat setzt sich klare Ziele für eine nachhaltige Entwicklung, schafft einen entsprechenden Ordnungsrahmen und etabliert ein effektives, rechtliches Instrumentarium. Er sorgt für langfristige Planungs- und Investitionssicherheit und eröffnet damit Bürgern, Unternehmen und Verbänden Optionen für nachhaltiges Handeln. Er schafft Anreize und Raum für geeignete Experimente durch Pioniere des Wandels. Nicht zuletzt geschieht dies auch über eine verlässliche Bepreisung von CO₂ und die Abschaffung von umweltbelastenden Subventionen für fossile Energieträger.

Für solche Rahmensetzungen bedarf es einer integrierten Politik aller Ressorts ebenso wie internationaler Kooperation in ungekanntem Ausmaß. Im demokratischen Staat bedeutet dies aber auch: Die Transformation braucht vor allem auch mündige, verantwortungsvolle Bürgerinnen und Bürger, die den gestaltenden Staat wollen, wählen und den Wandel aktiv durch ihre Partizipation unterstützen. Auch die Unterstützung der Gewerkschaften ist dafür unerlässlich. In Deutschland erleben wir mit der Energiewende das erste große Transformationsprojekt. Nach dem großen gesellschaftlichen und politischen Konsens zum Atomausstieg lernen wir nun viel über die Herausforderungen, über die Mühen und die Schwierigkeiten, etwa bei ambitionierten Klimazielen oder beim Ausbau der erneuerbaren Energien und der Stromnetze. Wir lernen auch viel über die Notwendigkeit von Information, Kommunikation, Partizipation und Kooperation – und wie wichtig der Zeitpunkt der Beteiligung ist.

Wir brauchen für die Transformation eine aktive Demokratie, viel Partizipation und vermehrte Zusammenarbeit aller relevanten Akteure. Gefordert ist die gesamte Gesellschaft, von Bürgerinnen und Verbrauchern über Länder und Kommunen, Unternehmern, Verbänden, Bildungseinrichtungen bis zur Wissenschaft. Das große Engagement Einzelner ist bereits vielfach zu beobachten. Wir erleben, wie sich viele Akteure an der bereits laufenden Transformation in Richtung Nachhaltigkeit beteiligen, in der Öffentlichkeit, als auch im Privatbereich. Wir haben über Jahrzehnte beobachtet, wie die Energiewende vorbereitet wurde, etwa mit der Forschung für erneuerbare Energien, in Bürgerbewegungen und in Verbänden – auch wenn wir damals diesen Begriff noch nicht benutzten. Wir haben daraus gelernt, dass es einen langen Atem braucht. Pioniere des Wandels bewirkten bisher und erzielen weiterhin viele Fortschritte im Kleinen. Je mehr sie sich vernetzen und beginnen, Veränderungen auf unterschiedlichen Ebenen im Sinne der Transformation anzustoßen, desto eher werden Entscheidungsträger ermutigt, auch vermeintlich unpopuläre, große Weichenstellungen anzupacken. In einem derart dynamischen

gesellschaftlichen Umfeld können Maßnahmen, die heute noch als unrealistisch gelten, morgen durchaus umsetzbar sein. Die heute schon praktikablen, aber auch sehr ambitionierten Handlungsempfehlungen für die Transformation hat der WBGU in zehn Maßnahmenbündeln zusammengefasst. Deren Wichtigste sind, den gestaltenden Staat mit erweiterten Partizipationsmöglichkeiten auszubauen, die CO₂-Bepreisung global voranzubringen und die Europäisierung der Energiepolitik auszuweiten und zu vertiefen.

Die Gewerkschaften und die Transformation

Die Transformation ist ein gewaltiger gesellschaftlicher Such- und Lernprozess. Den Gewerkschaften kommt dabei eine wesentliche Rolle zu. Sie haben viele Mitglieder und somit eine große Breitenwirkung. Sie haben die Mittel und die Kraft, Diskurse über ein zukunftsfähiges Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell zu führen und breite Debatten zum guten Leben in Verbindung mit Veränderungsprozessen anzustoßen. Insbesondere zu dem als Transformation bezeichneten großen Strukturwandel bedarf es zeitnah besonders wirkungsvoller Aktivitäten, gerade auch aus der Verantwortung für zukünftige Generationen. Dieser Wandel sollte aktiv befördert werden und er sollte sozialverträglich stattfinden. Ein Festhalten an Altem, etwa bei der Kohleförderung, verteuert und erschwert den Aufbau zukunftsträchtiger Industrien. Die gigantischen Summen, die bisher als Subventionen in Kohle und Kernenergie flossen, sind viel besser in Erneuerbaren Energien investiert. Diese sollte man nicht ausbremsen, denn vom Ende her gedacht gibt es in einer Welt, in der gefährliche Klimaveränderungen auftreten, keine zu schützenden Arbeitsplätze oder Produktionsstandorte mehr, jedenfalls nicht im heutigen Sinn.

Das DGB-Grundsatzprogramm spricht sich aus für ein ökologisches Umsteuern, eine fairere Verteilung der Ressourcen weltweit, soziale Gerechtigkeit und die Stärkung von Bildung und der Demokratie, eine weitgehende Kreislaufwirtschaft und für nachhaltige Konsum- und Lebensgewohnheiten – also für wesentliche Elemente der Großen Transformation. Die Transformation ist also für Gewerkschaften nichts Neues, sondern passt gut zu ihrem Selbstverständnis. Auch haben sie in den letzten Jahren bereits große Aktivitäten dazu entfaltet: Im Juni 2012 veranstaltete der DGB zusammen mit dem Deutschen Naturschutzring und Einrichtungen der Evangelischen Kirche in Deutschland einen [beachtlichen Kongress](#) zu den politischen und wirtschaftlichen Umbrüchen unserer Zeit. Mit der gesellschaftspolitischen Kampagne „Kurswechsel für ein gutes Leben“ wollte die IG Metall „den ökologischen Umbau der Wirtschaft mit der Erweiterung von Lebenschancen und einer Demokratisierung der Gesellschaft“ verbinden und „ihren eigenen konzeptionellen Beitrag in die gesellschaftspolitische Diskussion über grundlegend neue Formen des Wirtschaftens einbringen“. Die Ergebnisse des Kongresses zur Kurswechseldebatte im Dezember 2012 sowie weitere Aspekte wurden im Buch „Kurswechsel für ein gutes Leben“ gebündelt. Marika Höhn schrieb [Ende 2013 in der Gegenblende](#) über dieses

Buch: „... (die Buchbeiträge) sehen übereinstimmend ... die Gewerkschaften als einen der wichtigsten Akteure auf dem Spielfeld, um auch die Menschen zu motivieren und zu mobilisieren. Dies gelingt aber nicht in einem Automatismus. ... Wenn die Gewerkschaften die Vielfalt der Interessen der Menschen zusammenbinden können, dann kann ein Kurswechsel gelingen.“

Die Gewerkschaften sollten den eingeschlagenen Weg weiter gehen, sie sollten aber das Tempo erhöhen und sollten noch sehr viel stärker transformative Aktivitäten entfalten, sprich: sie sollten keine Angst vor Strukturwandel haben. Das gilt für die internen gesellschaftspolitischen Diskussion über Themen der Zukunftssicherung unter Wahrung der Grenzen unseres Planeten. Das gilt für Aus- und Weiterbildungen, in denen das Bewusstsein für die Notwendigkeit von transformativem Wandel und für die Verbindung von ökologischem und zukunftsverträglichem „Gutem (Arbeits)Leben“ gelehrt werden sollte. Hier müssen Grundlagen für informierte, demokratische Debatten und für Teilhabe gelegt werden. Alle Ebenen – möglichst alle Arbeitenden, Führungskräfte und Betriebsräte – sollten eingebunden werden. Dann (erst) kann Jede und Jeder an seinem Platz, beruflich wie privat, die Augen für die Möglichkeiten zum Wandel offen halten; so kann gemeinsam die Kreativität, kann die Kraft für Zukunftskonzepte und den demokratischen zukunftsverträglichen Wandel gesteigert werden.

Vielleicht bietet sich als Material auch der Transformations-Comic vom WBGU-Beirat an? (<http://www.wbgu.de/comic-transformation/>).

Autorin: Dr. Inge Paulini, Generalsekretärin des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) in Berlin